Freie und Hansestadt Hamburg

Haushaltsplan-Entwurf

2003

Einzelplan 2 Justizbehörde

Vorwort zum Einzelplan 2

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplanes

- Funktionsfähigkeit des Hanseatischen Oberlandesgerichts, des Landgerichts, des Amtsgerichts Hamburg einschließlich der angeschlossenen Amtsgerichte, des Hamburgischen Oberverwaltungsgerichts, des Verwaltungsgerichts, des Finanzgerichts, des Landesarbeitsgerichts, des Arbeitsgerichts, des Landessozialgerichts, des Sozialgerichts, der Generalstaatsanwaltschaft Hamburg, der Staatsanwaltschaft Hamburg und der Justizvollzugsanstalten sowie die Aufsicht über die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten
- Rechtliche und fachliche Betreuung der Bundes- und Landesgesetzgebung
- Rechtsprüfung in Angelegenheiten des Senats sowie der hamburgischen Behörden und Ämter
- Gerichts- und Bewährungshilfe sowie soziale Dienstleistungen in Strafrechtsangelegenheiten
- Entwicklung und Begleitung von justizpolitischen Konzepten und Projekten
- Verbesserung der Juristenausbildung
- Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften, insbesondere durch den verstärkten Einsatz moderner Kommunikationsmittel und -wege
- Effizienzsteigerung im Intendanzbereich der Justizbehörde, der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der Vollzugsanstalten
- Erhöhung der Sicherheit und Verbesserung der Chancen zur Resozialisierung von Gefangenen in den Vollzugsanstalten
- Laufende Überprüfung aller Sicherheitseinrichtungen in den Vollzugsanstalten
- Gewährleistung differenzierter Belegungsmöglichkeiten in den unterschiedlich ausgerichteten Vollzugsanstalten
- Fortführung des Programms zur Sanierung und Modernisierung der Vollzugsanstalten
- Entwicklung eines effizienten Konzepts gegen Drogen im Strafvollzug
- Verbesserung der medizinischen Versorgung der Gefangenen
- Bedarfsgerechte Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Gefangene
- Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Billwerder

2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

		2003	2002	+/–	
		in Tsd. EUR			in %
Einnahmen		129.134	127.957	1.177	0,92
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc.	(Hgr. 1)	127.512	126.335	1.177	0,93
Zuweisungen, Zuschüsse	(Hgr. 2)	1.622	1.622	-	-
Investitionszuschüsse, etc.	(Hgr. 3)	-	-	-	-
Ausgaben		408.594	422.685	-14.091	-3,33
Davon:					
Personalausgaben		266.589	269.749	-3.160	-1,17
Sach- und Fachausgaben		120.686	120.595	91	0,08
Investitionen		21.319	32.341	-11.022	-34,08

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2003 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 2
Personalausgaben	36,4	65,3
Sach- und Fachausgaben	41,5	29,5
Investitionen	9,9	5,2

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2001				2000			
Gesamtsoll[1]	Ist	auf 2002 übertragene Reste		Gesamtsoll[1]	Ist	auf 2000 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %
35.396	22.367	17.008	48,05	35.376	22.725	15.764	44,56

[1] Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Justizbehörde ist wie folgt organisiert:

Justizbehörde

Intendanz

Justizverwaltung	**Hamburgischer Datenschutzbeauftragter**	**Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften**	**Verwaltungsgerichte und Finanzgericht**	**Arbeitsgerichte und Sozialgerichte**	**Justizvollzug**
Produktbereich 01 Justizverwaltung	**Produktbereich 02** Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	**Produktbereich 03** Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	**Produktbereich 04** Verwaltungsgerichte und Finanzgericht	**Produktbereich 05** Arbeitsgerichte und Sozialgerichte	**Produktbereich 06** Justizvollzug
– Produktgruppe 01 Allgemeine Steuerung und Verwaltungsservice, Justizaufsicht	– Produktgruppe 04 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	– Produktgruppe 05 Hanseatisches Oberlandesgericht	– Produktgruppe 09 Hamburgisches Oberverwaltungsgericht	– Produktgruppe 12 Arbeitsgerichte	– Produktgruppe 14 Strafvollzugsamt
– Produktgruppe 02 Fachaufsicht Staatsanwaltschaften, Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung, Soziale Dienste		– Produktgruppe 06 Landgericht	– Produktgruppe 10 Verwaltungsgericht	– Produktgruppe 13 Sozialgerichte	– Produktgruppe 15 Justizvollzugsanstalten
		– Produktgruppe 07 Amtsgerichte	– Produktgruppe 11 Finanzgericht		
– Produktgruppe 03 Justizkassenwesen		– Produktgruppe 08 Staatsanwaltschaften Hamburg			

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 422.91, 425.91, 426.91 und 427.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2002, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Minderbedarfe aus aufgabenkritischen Ansätzen (z.B. durch Einschränkung der Intendanzaufgaben, Arbeitszeitverlängerung im Beamtenbereich)
- Altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2002 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2001, Altersmodell);
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
  - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2001), sofern dauerhaft fortwirkend,
  - im Planansatz 2002 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen
- notwendige Korrekturen aufgrund von Veränderungen im Beitragsrecht Sozialversicherung.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
  - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91)
  - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
  - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (ab 2003 gesondert bei dem neu eingerichteten Titel 436.91 veranschlagt)

sowie

- an den Beihilfen (Titel 441.91).

Die finanziellen Auswirkungen möglicher linearer Tariferhöhungen (frühestens ab 1. November 2002) und linearer Besoldungserhöhungen (frühestens ab 1. Januar 2003) werden ***zentral*** vorgehalten und den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt..

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO sowie der nettoveranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs 2 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenbestände entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Veränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe (17.06.2002).

Einzelplan Justizbehörde

Kapitel		Stellen-zahl2003	Neue Stellen 2003 [2]		Stellenhebungen 2003 [2]			Umwandlungen [2]
			Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	In Tsd. EUR	Progr.	Anzahl
2000	Amt für Allgemeine Verwaltung	238,22						
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	16,63						1
2100	Justizamt	140,40						
2110	Ordentliche Gerichte	2.269,47	9	373,8	2	12,5		7
2120	Verwaltungsgerichte	157,63						
2150	Finanzgericht	41,80						
2160	Arbeitsgerichte	111,55						
2170	Sozialgerichte	131,00						
2180	Staatsanwaltschaften	544,36						3
2300	Strafvollzug	1.738,86	3	132,9	4	18,4		
2005	Staatlicher Hochbau	9,00						
2304	Landwirtschaft Hahnöfersand	3,00						

5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

entfällt

6. Einzelplandeckungskreise

Die im Einzelplan 2 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Eine Übersicht der dazugehörigen Titel findet sich in Anlage 3 (weißer Teil).

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Justizbehörde gehören die folgenden Landesbetriebe nach § 26 LHO und Einrichtungen nach § 15 LHO; das voraussichtliche Jahresergebnis je Einrichtung ist wie folgt veranschlagt:

[2] wie vom Senat beantragt

Einrichtung	Gesamtaufwand	Zuführung (-) aus dem) Ablieferung (+) an den)Haushalt
Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand	410	0
Wirtschaftsplan Staatlicher Hochbau	528	0

Wirtschaftspläne, Lageberichte und Erläuterungen finden sich in Anlagen 2.1 und 2.2 (rosa Seiten).

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gem. bürgerschaftlichen Ersuchen

- Das Geschäftsstellenpersonal bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften besteht zu mehr als siebzig Prozent aus Frauen. Durch die Einführung der Einheitssachbearbeitung in diesen Bereichen wird speziell Frauen ein vielfältig ausgestalteter Arbeitsplatz bei gleichzeitiger Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit durch anspruchsvollere Aufgaben eröffnet.

- Die Justizbehörde verfolgt anstelle spezieller Maßnahmen und Projekte zur Frauenförderung im Wesentlichen die Zielsetzung einer Gleichstellung der Geschlechter im Interesse der Förderung einer gleichgewichtigen Teilhabe und Erreichung effektiver Chancengleichheit für Frauen und Männer.

9. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Die Produktinformationen für den Einzelplan 2 sind in 6 Produktbereiche mit insgesamt 15 Produktgruppen gegliedert.

Weitere Informationen über die mittelfristige Entwicklung in den ausgewählten Aufgabenfeldern „Gerichte und Staatsanwaltschaften“ sowie „Justizvollzug“ sind im Finanzbericht 2003 dargestellt.

Die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Produktbereiche ergibt folgendes Bild:

Haushaltsplan 2003

	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 2	129.134	266.589	120.686	21.319	408.594
davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	753	15.852	8.391	97	24.340
Produktbereich 02	64	1.079	250	0	1.329
Produktbereich 03	121.962	147.372	84.320	1.271	232.963
Produktbereich 04	1.080	11.777	2.624	175	14.576
Produktbereich 05	1.157	10.824	5.679	0	16.503
Produktbereich 06	4.118	79.685	19.422	19.776	118.883

Haushaltsplan 2002

	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 2	127.957	269.749	120.595	32.341	422.685
davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	453	15.587	8.743	1.343	25.673
Produktbereich 02	64	1.074	245	0	1.319
Produktbereich 03	121.282	150.307	84.043	3.031	237.381
Produktbereich 04	1.060	11.853	2.193	0	14.046
Produktbereich 05	980	10.822	5.562	0	16.384
Produktbereich 06	4.118	80.106	19.809	27.967	127.882

Produktinformationen

Produktbereich: 01 Justizverwaltung

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	753	453	1.473
Personalausgaben in Tsd. EUR	15.852	15.587	15.104
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	8.391	8.743	9.200
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	97	1.343	4.228
Stellen[1]	620,62[2]	508,1	546,60

Ziele des Produktbereiches

Z 1 Unterstützung der Behördenleitung bei der politischen und fachlichen Steuerung.

Z 2 Effiziente Steuerung der zur Verfügung stehenden Ressourcen, Finanzmanagement.

Z 3 Mitgestaltung, Koordinierung und Umsetzung länderübergreifender Justizangelegenheiten.

Z 4 Sicherstellung von Justizaufsicht, Justizgesetzgebung und Rechtsprüfung.

Z 5 Sicherung eines Rahmens für die Aufgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch entsprechende Service-, Führungs- und Lenkungsdienste.

Produktgruppen – Überblick

PG 01 Allgemeine Steuerung, Justizaufsicht und Verwaltungsservice

PG 02 Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften, Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung und Soziale Dienste

PG 03 Justizkassenwesen

Produktgruppe 01 Allgemeine Steuerung, Justizaufsicht und Verwaltungsservice Kapitel 2000

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

- Ressourcensteuerung, Aufgaben- und Leitungsunterstützung
- Steigerung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit vor allem durch mehr Kostentransparenz und -bewusstsein
- Stärkung der Kunden- und Bedarfsorientierung
- Sicherstellung des erforderlichen Personalnachwuchses mit entsprechender Qualifizierung einschließlich Prüfungswesen
- Qualifizierung des Personals und Personalentwicklung, Verbesserung der Mitarbeiterorientierung/ Mitarbeiterzufriedenheit

Folgende fachliche Entwicklungen sollen 2003 schwerpunktmäßig verfolgt werden:

- Effizienzsteigerung in den Intendanzbereichen der Justizbehörde, der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der Justizvollzugsanstalten
- Gesamtsteuerung des Prozesses zur Einführung von SAP R/3
- Intensivierung des Einsatzes moderner Kommunikationsmittel und -wege
- Begleitung des Prozesses der Integration der Bewährungshilfe und der Jugendbewährungshilfe in die sozialen Dienste der Justiz

Produkte

P 1 Personalmanagement

P 2 Ressourcensteuerung

P 3 Organisation

P 4 IuK-technische Lösungen

P 5 Recht

P 6 Infrastrukturleistungen

P 7 Leitungsunterstützung

[1] Einschließlich Stellen für Nachwuchskräfte.

[2] Inklusive der Stellen der Erwachsenen- und Jugendbewährungshilfe. Die zu übertragenden Ressourcen im Personal- und Sachhaushalt werden erst nach Abstimmung zwischen den beteiligten Behörden im Einzelplan 2 ausgewiesen.

Produktbereich 01
Justizverwaltung

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR[3]	753	453	1.473
• Betriebseinnahmen	753	453	1.473
• Investitionseinnahmen	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	15.766	15.843	15.856
• Personalausgaben	9.959	9.792	9.489
• Sach- und Fachausgaben gesamt	5.807	6.051	6.367
− davon Zuwendungen	69	69	3
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	49	685	3.307

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.394	1.371	1.328
• Innerbehördlich	1.245	1.224	1.186
• Überbehördlich (1,5%)	149	147	142

Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte:

Der Einnahmebereich wird geprägt durch vermischte Einnahmen (rd. 66 %) sowie durch Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung (rd. 13 %).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 63 %), den Kosten für die Inanspruchnahme des LIT (rd. 17 %) und den Gebäudekosten (rd. 10 %)

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen[4]	406,72	374,21[5]	412,21
Anzahl der Stellen höherer Dienst bei Gerichten und Staatsanwaltschaften	891,89	828,78	890,89
Gesamtstellenzahl EPL 2, ohne Nachwuchskräfte und LHO-Betriebe	5.389,92[6]	5.100,35	5.297,96
Anzahl der Beschäftigten EPL 2	6.000[7]	5.756	5.665
Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten der Behörde in %[8]	5,99	6,6	6,85
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen in %	100	95,8	90,7
Durchschnittliche Fortbildungstage je Beschäftigter/Beschäftigtem	1,3	1,3	0,8
Personalbetreuungskosten pro Beschäftigter/Beschäftigtem in EUR	742,12	578	753,52
Davon Personalverwaltungskosten pro Beschäftigter/Beschäftigtem in EUR	569,35	443	578,10
Davon Personalentwicklungskosten pro Beschäftigter/Beschäftigtem in EUR	172,76	135	175,42

[3] Hier sind die Einnahmen für den Produktbereich insgesamt ausgewiesen.
[4] Stellenzahl inklusive Stellen für Nachwuchskräfte.
[5] Ohne 36 Stellen für Nachwuchskräfte, die gem. Artikel 8 Nr. 4 des Haushaltsbeschlusses für die Unterbringung von geprüften Nachwuchskräften im Allgemeinen Vollzugsdienst in Anspruch genommen wurden. Diese Stellen waren im Kapitel 2300 ausgewiesen.
[6] Inklusive der Arbeits- und Sozialgerichte sowie der Erwachsenen- und Jugendbewährungshilfe.
[7] Inklusive der Arbeits- und Sozialgerichte sowie der Erwachsenen- und Jugendbewährungshilfe
[8] Ohne dezentral erstellte Verwaltungsleistungen.

Produktgruppe 02 Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften, Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung, Soziale Dienste der Justiz — Kapitel 2000

Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung:

- Förderung der justiziellen Qualität durch
  - Mitwirkung an der Gesetzgebung und der Umsetzung der Gesetze
  - Verbesserung der Interaktion der an der Justiz Beteiligten
- Sicherstellung der fachlichen Qualität der Staatsanwaltschaften (Generalstaatsanwaltschaft Hamburg, Staatsanwaltschaft Hamburg)
- Sicherstellung der rechtlichen Qualität der Entscheidungen des Senats, Verbesserung der rechtlichen Qualität von Entscheidungen der Behörden, Wahrnehmung der Interessen des Senats in Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
- Verbesserung der Grundlagen für justizielle Entscheidungen durch soziale Dienstleistungen in Strafrechtsangelegenheiten
- Sicherstellung von Justizdienstleistungen; Aufsichten

Folgende fachliche Entwicklungen sollen 2003 schwerpunktmäßig verfolgt werden:

- Verbesserung der Juristenausbildung
- Integration der Bewährungshilfe und der Jugendbewährungshilfe in die sozialen Dienste der Justiz

Produkte

P 1 Justizgesetzgebung

P 2 Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften

P 3 Rechtsprüfung

P 4 Justizveröffentlichungen

P 5 Soziale Dienste (Gerichtshilfe, Bewährungshilfe, Jugendbewährungshilfe, Täter-Opfer-Ausgleich, Zeuginnen- und Zeugenbetreuung, Beratungsstelle „Gemeinnützige Arbeit"); Führungsaufsicht

P 6 Justiziariat

P 7 Justizverwaltungsangelegenheiten (Entschädigungsanträge nach dem Strafrechtsänderungsgesetz, Anträge auf Anerkennung ausländischer Ehescheidungen), Aufsichten

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.463	4.462	4.433
• Personalausgaben	3.206	3.152	3.055
• Sach- und Fachausgaben	1.257	1.310	1.378
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	19	658	1.323

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	449	441	428
• Innerbehördlich	401	394	382
• Überbehördlich (1,5%)	48	47	46

Ausgabenschwerpunkte

Die Betriebsausgaben werden im Wesentlichen geprägt durch die Personalausgaben (rd. 72 %).

Produktbereich 01
Justizverwaltung

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	140,40[9]	59,19	60,69
P 1: Justizgesetzgebung			
Anzahl der betreuten Verfahren im Bundesrat und seinem Rechtsausschuss	140	140	198
P 3: Rechtsprüfung			
Anzahl der Rechtsprüfungen (ohne Anfragen nach Art. 18 HV)	750	750	914
Anzahl der betreuten Verfahren beim Bundesverfassungs-gericht	50	50	84
P 5: Soziale Dienste			
Eingänge in der allgemeinen Gerichtshilfe	1.200	1.400	959
Anzahl eingegangener Verfahren beim Täter-Opfer-Ausgleich (Erwachsene)	400	400	593
Anzahl der zu betreuenden Zeuginnen und Zeugen	1.500	1.600	1.264
Eingänge in der Beratungsstelle für Gemeinnützige Arbeit	1.800	2.000	1.588
Eingänge der Verfahren der Führungsaufsicht	180	150	167
Anteil erfolgreich abgeschlossener Verfahren (hergestellte Befriedung beim Täter-Opfer-Ausgleich) in %	70	60	66
Anzahl der ersparten Hafttage (durch gemeinnützige Arbeit)	22.000	25.000	20.548
P 6: Gnadenangelegenheiten			
Anzahl zu bearbeitender Gnadensachen	0[10]	3.500	3.607
P 8: Justizverwaltungsangelegenheiten			
Anzahl von Entschädigungsanträgen nach dem StrafrechtsentschädigungsG	150	150	143
Anzahl von Anträgen auf Anerkennung ausländischer Ehescheidungen	225	225	233

Produktgruppe 03 Justizkassenwesen — Kapitel 2000

Ziele der Produktgruppe und Erläuterung der Entwicklung

- Abwicklung des gesamten Zahlungsverkehrs der Justizbehörde
- Sollstellung, Überwachung der Einnahmen, Buchung
- Überweisung der Ausgaben, Buchung
- Beitreibung von Gebühren und Auslagen, Vollstreckung
- Durchführung, Sicherung und Fortentwicklung des DV-technischen Kassenbetriebs
- Gestaltung, Steuerung und Qualitätssicherung im Kassenwesen der Justiz

Folgende fachliche Entwicklungen sollen 2003 schwerpunktmäßig verfolgt werden:

- Optimierung der in der Justizkasse eingesetzten IuK-Verfahren
- Begleitung des Prozesses zur Einführung von SAP R/3

Produkte

P 1 Zahlungsverkehr
P 2 Buchhaltung
P 3 Vollstreckung
P 4 Information und Kommunikation (IuK)
P 5 Leitung

[9] Inklusive der Stellen der Erwachsenen- und Jugendbewährungshilfe. Die zu übertragenden Ressourcen im Personal- und Sachhaushalt werden erst nach Abstimmung zwischen den beteiligten Behörden im Einzelplan 2 ausgewiesen.
[10] Das Aufgabengebiet Gnadenangelegenheiten wird nicht mehr vom Justizamt, sondern von der Staatsanwaltschaft wahrgenommen.

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.014	4.025	4.015
- Personalausgaben	2.688	2.643	2.561
- Sach- und Fachausgaben	1.327	1.382	1.455
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	29	-	1.984

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	376	370	358
• Innerbehördlich	336	330	320
• Überbehördlich (1,5%)	40	40	38

Ausgabenschwerpunkte

Die Betriebsausgaben werden im Wesentlichen geprägt durch die Personalausgaben (rd. 67%).

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	73,50	74,70	73,70
Anzahl Sollstellungen	195.000	195.000	192.365

Produktbereich: 02 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	64	64	4
Personalausgaben in Tsd. EUR	1.079	1.074	1.073
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	250	245	245
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-

Ziele des Produktbereiches und Erläuterung zur Entwicklung

Z 1 Gewährleistung des Grundrechtes der Bürger auf Datenschutz (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs 1 GG)

Z 2 Einhaltung der Vorschriften des Datenschutzes bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen im Zuständigkeitsbereich

Die Entwicklung wird aktuell geprägt durch die zunehmende personenbezogene Überwachung einschließlich der Folgen des Terrorismusbekämpfungsgesetzes. Außerdem führt die Daueraufsicht für die Wirtschaft zu einer intensiveren Unternehmensberatung und einer Verdopplung der Prüfungen. Der Schwerpunkt der Überwachung wird im technischen Bereich liegen, insbesondere bei der Datensicherheit der eingesetzten IuK-Technik. Neue Medien (z. B. Internet, E-Maildienste) nehmen verstärkt die Beratungsdienste des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten in Anspruch.

Produktgruppe 04 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter — Kapitel 2050

Produkte (unterteilt nach Leistungen)

P 1 Überwachung der datenverarbeitenden Stellen

P 2 Beratung in rechtlichen, technischen und organisatorischen Fragen

P 3 Rechtsetzungsverfahren

P 4 Öffentlichkeitsarbeit

P 5 Ressourcensteuerung, Aufgaben- und Leitungsunterstützung

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	151	150	150
• Innerbehördlich	135	134	134
• Überbehördlich (1,5%)	16	16	16

Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte:

Der Einnahmen resultieren aus Verwaltungsgebühren.

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 81 %).

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	16,63	15,63	16,63
Anzahl der Eingaben	650	590	657
Gemeldete Firmen nach § 4d BDSG	30	50	19
Prüfungen vor Ort nach § 38 I BDSG	80	80	0 [11]
Anzahl der Beratungen	2.300	2.300	1.900

[11] Nach dem Inkrafttreten des neuen BDSG im Mai 2001 stand die Beratung der nicht öffentlichen Stellen im Hinblick auf die Anwendung der neuen Vorschriften im Vordergrund. Daneben musste die Aufsichtsbehörde neue Richtlinien erarbeiten, auf deren Basis ab 2002 wieder Prüfungen bei nicht öffentlichen Stellen vor Ort durchgeführt werden.

Produktbereich: 03 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR[12]	121.962	121.282	116.762
Personalausgaben in Tsd. EUR[13]	147.372	150.307	154.471
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	84.320	84.043	71.075
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.271	3.031	3.944
Stellen[14]	2.813,83	2.787,77	2.799,86

Ziele des Produktbereiches

Z 1 Gewährung von individuellem Rechtsschutz

Z 2 Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit

Z 3 Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs, Sicherstellung der Strafverfolgung

Z 4 Gewährleistung der Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses

Z 5 Gewährleistung von Serviceleistungen und Verbesserung der Abläufe durch organisatorische und IuK-technische Maßnahmen

Produktgruppen – Überblick

PG 05 Hanseatisches Oberlandesgericht (einschl. der Prüfungsämter für die 1. und 2. Juristische Staatsprüfung und der Personalstelle für Referendare)

PG 06 Landgericht

PG 07 Amtsgerichte

PG 08 Staatsanwaltschaften Hamburg

Produktgruppe 05 Hanseatisches Oberlandesgericht Kapitel 2110

Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz
- Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung auf dem Sektor des Zivil- und Familienrechts, des Strafrechts sowie in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
- Sicherstellung der Ausbildung des Juristennachwuchses

Die Fallzahlen in den einzelnen Produkten sind von dem Hanseatischen Oberlandesgericht nicht beeinflussbar, sondern abhängig von

- der Entwicklung der Kriminalität, der Effektivität der polizeilichen Ermittlungstätigkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den sozialpolitischen Verhältnissen und
- dem Geschäftsanfall in den Vorinstanzen sowie der damit im Zusammenhang stehenden Anzahl der eingelegten Rechtsmittel.

Um diese Ziele zu erreichen und zusätzlich die Kundenfreundlichkeit der Justiz sowie die Mitarbeiterzufriedenheit zu erhöhen,

- sind unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterschiedlicher Funktionsbereiche diverse Themenarbeitsgruppen gegründet worden, die das Ziel verfolgen, die Arbeitsabläufe innerhalb des Gerichts systematisch zu optimieren,
- sind im Bereich des nichtrichterlichen Dienstes Zeitaufschreibungen vorgenommen worden, die eine Optimierung der Personaleinsatzplanung gewährleisten sollen,
- wird das IuK-Fachverfahren MEGA, das bisher lediglich das Zivilverfahren unterstützt, um das Modul MEGA-Familie erweitert,
- ist ein Modernisierungsplan für das Hanseatische Oberlandesgericht erstellt worden, der bis Ende 2004 umgesetzt werden soll,
- wird einmal jährlich – beginnend mit dem Berichtszeitraum 2000 – ein Jahresbericht veröffentlicht, der die Kunden der Justiz über die Aufgaben des und den Geschäftsanfall beim Hanseatischen Oberlandesgericht informieren soll.

[12] Eine Zuordnung der Einnahmen auf die Produktgruppen ist nicht möglich. Die Einnahmen sind geprägt durch Gerichtskosten (rd. 66 %), Einnahmen aus Mahnverfahren (rd. 12 %) und Geldstrafen, Geldbußen (13 %).
[13] Aufteilung auf die Produktgruppen entsprechend der Aufteilung des Ist-Ergebnisses.
[14] Stellenangabe ohne Ausbildungsstellen für Referendarinnen und Referendare.

Produktbereich 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Produkte

P 1 Rechtsschutz in Zivilsachen und Familiensachen (einschl. Bauland- und Notarsachen). Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz (Arreste, einstweilige Verfügungen und einstweilige Anordnungen). Entscheidungen über Rechtsmittel in Verfahren wegen der Vollstreckbarkeitserklärung von Titeln, die außerhalb des Gerichts geschaffen wurden

P 2 Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren (einschl. Strafvollstreckungs- und Strafvollzugssachen sowie Auslieferungssachen) sowie Steuerbevollmächtigten- und Steuerberatersachen

P 3 Rechtsschutz in Rechtsmittelverfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit

P 4 Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses

P 5 Justizverwaltungsangelegenheiten (insbes. Verfahren nach § 10 Abs. 2 EheG und § 23 EGGVG)

P 6 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (Bibliothek, Annahmestelle, Registratur, IuK-Technik und Schreibdienste)

P 7 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	25.997	26.743	27.201
• Personalausgaben	23.358	24.169	24.839
• Sach- und Fachausgaben gesamt	2.639	2.565	2.363
− davon gesetzliche Leistungen	402	415	403
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	165	1.167	196

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	3.270	3.375	3.477
• Innerbehördlich	2.920	3.014	3.105
• Überbehördlich (1,5%)	350	362	373

Ausgabenschwerpunkte

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 90 %).

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Stellen gesamt (ohne Referendare)	172,07	163,57	164,57	164	169
Richter-/nichtrichterliches Personal, davon	73/99,07	73/90,57	74/90,57	73/91	82/87
Richter-/nichtrichterliches Personal (Ausbildung)	17/22	18/22	17/22		
Richter-/nichtrichterliches Personal (Verfahren)	56/77,07	55/68,57	57/68,57		
Stellen für Nachwuchskräfte (Referendare)	775	775	775	775	865
Anzahl der beschäftigten Referendarinnen/Referendare	900	900	900	893	922
P 1: Rechtsschutz in Zivil- und Familiensachen					
1. Rechtsschutz in Zivilsachen					
Berufungen					
Eingänge Berufungen	2.300	2.300	2.524	2.216	2.497
Erledigungen Berufungen	2.500	2.400	2.337	2.337	2.363
Eingänge je Richterin/Richter				79,5	100,6
Erledigungen je Richterin/Richter				83,4	95,2
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg			10,9	11,1	10,8
im Bundesdurchschnitt				8,7	8,7

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Beschwerden					
Eingänge Beschwerden	1.700	1.700	1.712	1.467	1.672
2. Rechtsschutz in Familiensachen					
Berufungen und Beschwerden (UF-Sachen[15])					
Eingänge	500	505	475	476	499
Erledigungen	480	465	476	443	514
Eingänge je Richterin/Richter				54,8	82,1[16]
Erledigungen je Richterin/Richter				51,0	81,4[16]
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg	8,0	8,0	8,5	9,5	8,2
im Bundesdurchschnitt				5,5	5,4
Beschwerden (WF-Sachen[17])					
Eingänge	630	630	533	624	597
Erledigungen	650	650	528	614	577
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg	2,0	2,0	1,97	1,9	1,8
Im Bundesdurchschnitt				1,6	1,5
P 2: Rechtsschutz in Strafsachen					
1. Erstinstanzliche Sachen					
Eingänge	3	3	2	3	3
Erledigungen	3	4	1	4	4
2. Revisionen					
Eingänge	240	250	212	234	264
Erledigungen	240	250	232	230	272
Eingänge je Richterin/Richter				90,7	109,9
Erledigungen je Richterin/Richter				89,1	113,1
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg			1,2	1,4	1,2
im Bundesdurchschnitt				1,2	1,2
3. Bußgeldverfahren (Beschwerden)					
Eingänge	130	135	109	120	146
Erledigungen	130	135	112	115	150
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in Hamburg			1,0	0,8	0,5
im Bundesdurchschnitt					

[15] **UF-Sachen** = Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen
[16] Abweichungen zur Produktinformation 2002 durch Neuberechnungen des Statistischen Landesamtes.
[17] **WF-Sachen** = Sonstige Beschwerden in Familiensachen

Produktbereich 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
4. sonstige Beschwerden					
Eingänge	950	1.025	907	951	1141
Anzahl erfolgreicher Abschlüsse (Große Jur. Staatsprüfung) im Verhältnis zu den abgelegten Prüfungen insgesamt in %	90	90	90	89,1	90,6

Produktgruppe 06 Landgericht — Kapitel 2110

Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz
- Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Strafverfahren sowie Teilaspekte der Strafvollstreckung

Die Höhe der Fallzahlen der jeweiligen Produkte ist vom Landgericht nicht beeinflussbar, sondern abhängig von der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit und dem Verhalten der Allgemeinheit, insbesondere der Prozessfreudigkeit der Bürger.
Fast jeder Büroarbeitsplatz ist mit IuK-Technik ausgestattet. Von allen Richterarbeitsplätzen aus besteht die Möglichkeit der Kommunikation über das Intranet und des Zugangs zum Internet, insbesondere zu den dort abrufbaren juristischen Datenbanken.
Eine Leistungssteigerung/ Zeitersparnis wurde durch interne Datenbanken und Programme erzielt. Die Gliederung des Zivilverfahrens in „Tandem"-Gruppen hat sich bewährt und ist abgeschlossen.
Eine neue Geschäftsstellensoftware für das Zivil- und das Strafverfahren ist in der Erprobung und soll möglichst ab 2003 eingeführt werden.

Produkte

P 1 Rechtsschutz in Zivilsachen erst- und zweitinstanzlicher Verfahren einschließlich Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren, Familiensachen, Baulandsachen, Entschädigungssachen, Wiedergutmachungssachen, schiedsgerichtlichen Sachen, Vollstreckbarkeitserklärungen von außergerichtlichen Titeln, Bestimmung des zuständigen Gerichts

P 2 Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren einschließlich Bewährungsaufsicht, Sicherungs-, Nach- und Objektive Verfahren, Steuerberatungs- und Steuerbevollmächtigtensachen

P 3 Rechtsschutz in Verfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Freiheitsentziehungssachen, Vormundschafts-, Betreuungs-, Pflegschafts- und Beistandschaftssachen, Personenstands-, Adoptions-, Todeserklärungs- und Nachlasssachen, Wohnungseigentums-, Register- sowie Notarsachen)

P 4 Strafvollstreckungsverfahren und Strafvollzugsstreitigkeiten

P 5 Justizverwaltungsangelegenheiten (Notaraufsicht, Vereidigungen, Akteneinsicht für Dritte, Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland, Apostillen und Legalisationen)

P 6 Serviceleistung für interne und externe Bedarfsträger (Iuk-Technik, Post- und Telefaxannahme, Vorschalt- und Verteilerstelle, Generalregister, Archiv, Hausrecht, Ausbildung, Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen)

P 7 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	37.600	38.128	39.489
– Personalausgaben	27.775	28.137	28.917
– Sach- und Fachausgaben gesamt	9.825	9.991	9.572
Davon gesetzliche Leistungen	7.699	7.947	7.709
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	245	375	1.429

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	3.889	3.930	4.048
• Innerbehördlich	3.472	3.509	3.615
• Überbehördlich (1,5%)	417	421	434

Ausgabenschwerpunkte

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 74 %) und den Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (rd. 20 %).

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Stellen gesamt	518,24	520,07	520,07	528,49	545
Richter/ nichtrichterliches Personal	209,89/ 308,35	210,89/ 309,18	210,89/ 309,18	216/ 312,49	232/ 313
P 1: Rechtsschutz in Zivilsachen					
1. Erstinstanzliche Sachen					
Eingänge	15.000	15.000	15.011	14.738	13.855
Erledigungen	15.000	15.000	14.760	14.005	13.965
Eingänge je Richterin/Richter [18]				175,3	163,7
Erledigungen je Richterin/Richter [18]				166,1	165,8
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in Hamburg [19]				6,3	6,5
im Bundesdurchschnitt [19]				7,0	7,1
2. Berufungen					
Eingänge	2.800	3.000	2.608	2.715	2.797
Erledigungen	2.800	3.000	2.702	2.734	2.793
Eingänge je Richterin/Richter				183,9	168,9
Erledigungen je Richterin/Richter				185,2	168,7
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in Hamburg				5,4	5,5
im Bundesdurchschnitt				5,6	5,5
3. Beschwerden					
Eingänge	3.600	4.000	3.246	3.769	3643
P 2: Rechtsschutz in Strafsachen					
1. Erstinstanzliche Sachen					
Eingänge	450	450	399	377	421
Erledigungen	450	480	386	362	451
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in Hamburg			5,1	k.A.	5,9[20]
im Bundesdurchschnitt				6,2	6,1
2. Berufungen					
Eingänge	2.000	2.300	1.861	1.815	2.245
Erledigungen	2.000	2.300	1.730	1.961	2.286
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in Hamburg			3,3	k.A.	3,6
im Bundesdurchschnitt				3,8	6,1
Eingänge je Richterin/Richter (1. u. 2. Instanz)				27,2	31,9

[18] Daten ohne Handels-, Bauland-, Entschädigungs- und Wiedergutmachungssachen.
[19] Ohne Kammern für Handelssachen.
[20] Hochrechnung.

Produktbereich 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Erledigungen je Richterin/Richter (1. u. 2. Instanz)				28,2	32,8
3. Beschwerden					
Eingänge	2.300	2.500	1.954	1.861	2.212

Produktgruppe 07 Amtsgerichte — Kapitel 2110

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz
- Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtssprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
- Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs
- Wahrnehmung der Strafverfolgung

Die Fallzahlen in den einzelnen Produkten sind von den Amtsgerichten nicht beeinflussbar, sondern abhängig von der Entwicklung der Kriminalität und der Effektivität der polizeilichen Ermittlungstätigkeit sowie der wirtschaftlichen Entwicklung und den sozialpolitischen Verhältnissen.

Um die Ziele zu erreichen und grundsätzlich die Kundenfreundlichkeit der Justiz zu erhöhen, ist das Projekt „Segmentierung des Amtsgerichts Hamburg-Mitte“ eingerichtet worden mit dem Ziel, die vier Segmente Zivilverfahren/ Vollstreckung, Strafverfahren, Familien- und Vormundschaftsgericht sowie Freiwillige Gerichtsbarkeit als weitgehend selbständige Teilbereiche zu organisieren. Gleichzeitig wurden bzw. werden durch die Gründung der zwei neuen Stadtteilgerichte Hamburg-Barmbek und Hamburg-St. Georg die Bürgernähe der Justiz erhöht sowie Organisation und Gebäudenutzung optimiert. Bei den einzelnen Teilprojekten zeichnet sich folgender Realisierungsstand ab:

- Das Teilprojekt Gründung eines Stadtteilgerichts Barmbek ist abgeschlossen.
- Das Teilprojekt Vollautomation des Handelsregisters hat ab November 2001 den Echtbetrieb aufgenommen. Ein Abschluss der Umstellung wird im laufenden Haushaltsjahr erreicht.
- Das Teilprojekt Strafsegment, welches die Zusammenführung einzelner Strafdezernate zu einer organisatorisch selbständigen Einheit zum Ziel hat, stattet die Strafbereiche IuK-technisch und baulich aus, damit das Strafsegment zusammengeführt werden kann. Das Teilprojekt liegt in der Realisierung zur Zeit im Plan.
- Das Teilprojekt Modernisierung des Ziviljustizgebäudes begleitet die Gebäudesanierung und unterstützt die weitere IuK-technische Ausstattung, die Mobiliarbeschaffung sowie baulich-technische Maßnahmen.
- Das Teilprojekt Gründung eines Stadtteilgerichts St. Georg befindet sich im Zeitplan und wird voraussichtlich Anfang 2003 abgeschlossen sein.

Die Amtsgerichte versprechen sich von diesen Maßnahmen eine nachhaltige Steigerung sowohl der Effizienz als auch der Kundenzufriedenheit.

Produkte

P 1 Rechtsschutz in Zivilsachen (inkl. Kindschaftsrechts- und Aufgebotsverfahren), Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz (Arrest, einstweilige Verfügungen), Vollstreckbarkeitserklärung von Titeln, die außerhalb des Gerichts geschaffen wurden

P 2 Rechtsschutz in Familiensachen

P 3 Rechtsschutz in Straf-, Haft- und Bußgeldverfahren, Sicherungsverfahren, Nachverfahren, Objektive Verfahren

P 4 Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, namentlich Verfahren nach dem Freiheitsentziehungsgesetz (Psych KG, Asylverfahren), Angelegenheiten von Vormundschaften, Betreuungen, Pflegschaften, Beistandschaften, Angelegenheiten betreffend den Status einer Person (z.B. Adoptionsverfahren, Verfahren nach dem Transsexuellengesetz, Personenstandssachen) und Nachlasssachen

P 5 Angelegenheiten der öffentlichen Register und des Grundbuchs, Wohnungseigentumssachen (ebenfalls Freiwillige Gerichtsbarkeit)

P 6 Vollstreckung zivilrechtlicher Ansprüche (Allgemeine Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren einschließlich Verteilungs- und seerechtliches Verteilungsverfahren, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen der Gerichtsvollzieher)

P 7 Justizverwaltungsangelegenheiten (Hinterlegungssachen, Zulassung und Aufsicht über Rechtsbeistände, Entscheidungen über Anträge auf Erteilung einer Feststellungserklärung, Gewährung von Akteneinsicht für Dritte, Erteilung weiterer Ausfertigungen von notariellen Urkunden, Apostillen und Legalisationen)

P 8 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik, Ausbildung des einfachen, mittleren und gehobenen Justizdienstes, Telefonzentrale für die Behörden Neustadt, Gemeinsame Annahmestelle, Bibliotheken)

P 9 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	132.690	133.984	124.230
• Personalausgaben	68.938	70.344	72.292
• Sach- und Fachausgaben gesamt	63.752	63.640	51.938
− Davon gesetzliche Leistungen	37.932	38.642	33.496
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	556	1.116	1.676

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	9.651	9.824	10.121
• Innerbehördlich	8.617	8.771	9.037
• Überbehördlich (1,5%)	1.034	1.053	1.084

Ausgabenschwerpunkte

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 52 %), den Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (rd. 27 %), den Gebäudekosten (rd. 9%) sowie den Vollstreckungskosten (rd. 5 %).

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Stellen gesamt	1.579,16	1.578,93	1.585,52	1.585,87	1.588
Richter/ nichtrichterliches Personal	248/ 1.327,16	249/ 1.329,93	252/ 1.333,52	249/ 1.336,87	249/ 1.339
P1: Rechtsschutz in Zivilsachen					
1. Mahnsachen					
Eingänge	530.000	520.000	527.605	520.756	527.716
2. Zivilsachen					
Eingänge	44.800	46.500	44.624	46.347	49.356
Erledigungen	44.800	48.000	46.348	48.216	51.746
Eingänge je Richterin/Richter					688,4
Erledigungen je Richterin/Richter					712,7
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg			4,4	4,4	4,3
im Bundesdurchschnitt					4,4
Beschäftigungsvolumen (1 u. 2) [21]	215,03	223,47	215,03	226,26	
P 2: Rechtsschutz in Familiensachen					
Eingänge	13.700	13.000	13.912	12.672	13.444
Erledigungen	13.700	13.000	12.461	12.556	11.879
Eingänge je Richterin/Richter					383,6
Erledigungen je Richterin/Richter					338,9
Durchschnittliche Dauer der Eheverfahren in Monaten					
in Hamburg			10,7	10,6	10,5
im Bundesdurchschnitt					
Beschäftigungsvolumen [21]	105,80	101,60	105,80	104,44	

[21] Bei dem Beschäftigungsvolumen handelt es sich um die auf Vollkräfte umgerechnete Anzahl der in den einzelnen Verfahrensbereichen über das Jahr tatsächlich eingesetzten Arbeitskräfte. Die angegebenen Werte entsprechen dem durchschnittlichen Personalkostenanteil des jeweiligen Produktes im Sinne einer Kosten- und Leistungsrechnung.

Produktbereich 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
P 3: Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren					
1. Strafsachen					
Eingänge	31.000	23.500	27.557	23.489	24.573
Erledigungen	31.000	23.000	25.013	22.883	25.850
Eingänge je Richterin/Richter				375,0	377,5
Erledigungen je Richterin/Richter				365,3	397,2
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg			4,2	4,2	4,5
im Bundesdurchschnitt				4,0	4,2
2. Bußgeldsachen					
Eingänge	7.000	7.100	6.713	7.140	8.391
Erledigungen	7.000	7.300	6.433	7.274	8.263
Eingänge je Richterin/Richter				618,7	685,0
Erledigungen je Richterin/Richter				630,3	675,0
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg			2,2	2,1	2,6
im Bundesdurchschnitt				2,5	2,6
Beschäftigungsvolumen (1. u. 2.)		219,86	207,79	214,44	
P 4: Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit					
1. Vormundschaft					
am Jahresende anhängige Betreuungen	21.200	18.800	18.756	16.846	15.784
am Jahresende anhängige Vormundschaften	3.000	3.000	3.055	3.045	3.707
am Jahresende anhängige Pflegschaften und Beistandschaften	3.200	3.300	2.955	2.870	6.917
Unterbringungsverfahren	3.500	3.000	3.590	3.054	2.577
Sonst. FGG-Angelegenheiten, Beurkundungen pp.	18.000	18.000		17.937	18.136
Beschäftigungsvolumen [21]	76,20	78,39	76,20	78,22	
2. Nachlass					
Nachlass- und Teilungssachen	14.000	15.000		14.885	15.116
Beschäftigungsvolumen [21]	41,39	42,39	41,39	43,18	
P 5: Angelegenheiten der öffentlichen Register und des Grundbuchs					
1. Grundbuch					
Eintragungen von Eigentumsveränderungen	19.000	22.000	19.137	21.957	28.141
Eintragungen und Löschungen Abt. II und III	125.000	142.000	125.219	142.084	189.168
Beschäftigungsvolumen [21]	67,9	73,21	67,90	79,85	
2. Registersachen					
am Jahresende eingetragene Firmen	54.000	56.000		55.504	52.920
am Jahresende eingetragene Vereine	9.700	9.800	9.787	9.726	9.665
am Jahresende eingetragene Schiffe u. Schiffsbauwerke	6.000	6.000	6.037	6.006	6.061
Beschäftigungsvolumen [21]	55,24	60,43	55,24	56,30	

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
P 6: Zivilvollstreckungssachen					
Anträge auf Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens	2.000	1.500	1.736	1.460	1.527
Anträge auf Eröffnung des Verbraucher-/ Kleininsolvenzverfahrens	900	900	464	628	245
Anträge auf Zwangsversteigerungs- und -verwaltungssachen	1.200	1.300	1.324	1.344	912
Sonst. Vollstreckungssachen	75.000	70.000	73.870	70.737	67.282
Gerichtsvollzieheraufträge	227.000	227.000	225.128	225.776	232.328
Beschäftigungsvolumen [21]	194,18	182,94	194,18	193,95	
Rechtshilfesachen	10.000	10.000		9.820	9.534
Beschäftigungsvolumen [21]	Diese Aufgaben werden in allen Verfahrensbereichen mit unterschiedlichen Anteilen wahrgenommen, so dass eine differenzierte Darstellung nicht möglich ist.				

Produktgruppe 08 Staatsanwaltschaften Hamburg — Kapitel 2110

Ziel der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung

- Gewährleistung der Sicherheit der Bürger mittels Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs

Die Höhe der einzelnen Fallzahlen der einzelnen Produkte ist von der Staatsanwaltschaft nicht beeinflussbar, sondern abhängig von der Entwicklung der Kriminalität und der Effektivität der polizeilichen Ermittlungstätigkeit.
Die Neuordnung des Verfahrens- und Verwaltungsbereichs hat sich bewährt. Eine Steigerung der Effizienz wird durch Erweiterung und Nutzung der Verfahrensdatenbank, der Vernetzung mit anderen Behörden und Ausbau der Informationsdienste im Intranet erwartet.
Zur Verbesserung der Datenqualität werden regelmäßige Workshops veranstaltet. Die Einrichtung von Qualitätszirkeln und die Umsetzung von Personalentwicklungsmaßnahmen werden weiter ausgebaut.
Der Ausbau der bundesweiten DNA-Datenbank wird durch Abordnung von Mitarbeitern und Einsatz von Leiharbeitskräften prioritär unterstützt.
Die Staatsanwaltschaft verspricht sich von diesen Maßnahmen eine nachhaltige Steigerung sowohl der Effizienz als auch der Kundenzufriedenheit.
Aufgrund der Umstrukturierungen innerhalb der Justizbehörde wurde die Bearbeitung von Gnadenangelegenheiten vom Justizamt an die Staatsanwaltschaften übertragen.

Produkte

P 1 Ermittlungsverfahren in Bekannt- und Unbekanntsachen

P 2 Ordnungswidrigkeitenverfahren

P 3 sonstige Verfahren

P 4 Strafvollstreckung (mit Ausnahme der Jugendsachen)

P 5 Serviceleistung für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik, Registratur)

P 6 Verwaltung, Justizverwaltungssachen, Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Dienstaufsicht, Pressestelle der Staatsanwaltschaften

P 7 Gnadenangelegenheiten

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	35.403	35.504	35.625
– Personalausgaben	27.300	27.656	28.423
– Sach- und Fachausgaben gesamt	8.103	7.848	7.203
Davon gesetzliche Leistungen	864	892	862
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	305	373	643

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	3.822	3.862	3.979
• Innerbehördlich	3.413	3.449	3.553
• Überbehördlich (1,5%)	410	414	426

Ausgabenschwerpunkte

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 77 %) und den Gebäudekosten (rd. 12%).

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Vorläufiges Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Stellen	544,36	525,20	529,70	531,85	538
Staatsanwälte/ übriges Personal	178/ 366,36	176/ 349,20	181/ 348,70	177/ 354,25	182/ 356
P 1: Ermittlungsverfahren					
1. Bekanntsachen					
Eingänge	195.000	160.000	159.925 [22]	144.786	145.361
Erledigungen	210.000	175.000	190.313 [22]	161.534	158.480
2. Unbekanntsachen					
Eingänge	180.000	170.000	169.491	163.643	149.192
P 2: Ordnungswidrigkeitenverfahren					
Eingänge	13.000	13.000	11.179	12.488	9.009
P 3: Sonstige Verfahren (Entschädigungs- Zivil- und Rechtssachen)					
Eingänge	1.700	1.600	1.687	1.527	1.688
P 4: Strafvollstreckung					
Zahl der Personen, gegen die Strafvollstreckung eingeleitet wurde	31.000	27.200	27.428	25.362	k.A.
Revisionen und Rechtsbeschwerden					
Eingänge	500	560	439	476	502
Haftprüfungsverfahren					
Eingänge	80	90	51	87	75
Sonstige Verfahren (Auslieferungs- und Durchlieferungssachen, Rechtshilfeangelegenheiten mit Ausland, Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen sowie Staats- und Amtsanwälte etc.)					
Eingänge	2.900	3.500	2.403 [23]	2.607 [24]	3.278
P 7: Gnadenangelegenheiten					
Anzahl zu bearbeitender Gnadensachen	[25]	3.500	3.607	2.830	4.303

[22] Die Datenerfassung ab 2001 erfasst auch die Todesermittlungsverfahren. Diese wurden vorher noch nicht erfasst.
[23] Der Rückgang beruht auf einer Umstellung der statistischen Erfassung bei der Staatsanwaltschaft.
[24] Ursache für das niedrige Ergebnis 2000 waren Rückstände im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Staatsanwaltschaft.
[25] Eine Prognose für die Planzahl 2003 kann seitens der Staatsanwaltschaften nicht abgegeben werden, da der Umfang der Veränderungen durch die Verlagerung der Gnadensachen noch nicht abzuschätzen ist.

Produktbereich: 04 Verwaltungsgerichte und Finanzgericht

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	1.080	1.060	1.178
Personalausgaben in Tsd. EUR	11.777	11.853	11.884
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	2.624	2.193	2.129
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	175	-	10
Stellen	199,43	199,68	199,52

Ziele des Produktbereiches

Z 1 Gewährung von individuellem Rechtsschutz

Z 2 Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen

Produktgruppen – Überblick

PG 09 Hamburgisches Oberverwaltungsgericht

PG 10 Verwaltungsgericht

PG 11 Finanzgericht

Produktgruppe 09 Hamburgisches Oberverwaltungsgericht **Kapitel 2120**

Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz
- Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen

Das Hamburgische Oberverwaltungsgericht (HOVG) ist die Rechtsmittelinstanz für die verwaltungsgerichtlichen Verfahren sowie in Heilberufs- und Disziplinarangelegenheiten. Ferner ist das HOVG erstinstanzliches Gericht für Verfahren nach § 48 VwGO (z.B. Großverfahren, Vereinsverbote) sowie für Normenkontrollverfahren. Die Anzahl der Verfahrenseingänge ist nicht beeinflussbar; sie hängt u.a. von der Intensität des Verwaltungshandelns der Behörden, der Tätigkeit des Verwaltungsgerichts (I. Instanz) sowie in Asylsachen u.a. auch von den politischen Entwicklungen in den Herkunftsländern ab.

Mit Beginn des Jahres 2002 hat sich das Verfahrensrecht der VwGO geändert. Die Zulassung der Beschwerde in Antragsverfahren wurde durch die direkte Beschwerde ersetzt. Die Auswirkungen können jedoch zurzeit nicht näher präzisiert werden.

Produkte

P 1 Rechtsschutz in allgemeinen Sachen

P 2 Rechtsschutz in Asylsachen

P 3 Serviceleistungen (z.B. Information der Öffentlichkeit, Bibliothek, Asyldokumentation, Beratungen, Ausbildung von Referendaren, Juristische Datenbank VERIS, Tätigkeiten in anderen Gerichten, z.B. Senat für Baulandsachen beim Hanseatischen Oberlandesgericht)

P 4 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

Haushaltsdaten [26]	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.880	2.870	2.869
• Personalausgaben	2.517	2.548	2.554
• Sach- und Fachausgaben gesamt	363	322	315
– Davon gesetzliche Leistungen	11	11	10
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	10

[26] Die Einnahmen der Verwaltungsgerichte werden gesamt bei der Produktgruppe 10 ausgewiesen.

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	352	357	358
• Innerbehördlich	315	319	319
• Überbehördlich (1,5%)	38	38	38

Ausgabenschwerpunkte

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 87 %)

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Stellen	37,19	37,39	37,23	38,62	40
Richter/ nichtrichterliches Personal	19/ 18,19	19/ 18,39	19/ 18,23	20/ 18,62	20/ 20
P 1: Rechtsschutz in allgemeinen Sachen[27]					
1. Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren					
Eingänge	30	30	9	31	9
Erledigungen	30	30	13	31	35
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg [28]			31,4	3,2	37,4
im Bundesdurchschnitt				17,3	11,0
2. Berufungen und Anträge auf Zulassung der Berufung in Hauptsacheverfahren					
Allgemeine Verfahren					
Eingänge	300	300	367	336	329
Erledigungen	250	250	295	309	332
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg			11,2	12,2	11,0
im Bundesdurchschnitt				9,1	10,7
3. Beschwerden und Anträge auf Zulassung der Beschwerden in Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes					
Allgemeine Verfahren					
Eingänge	500	500	479	403	519
Erledigungen	450	450	457	441	537
4. Numerus-clausus-Verfahren					
Eingänge	250	250	123	257	341
Erledigungen			24	250	437
P 2: Rechtsschutz in Asylsachen					
Berufungen und Anträge auf Zulassung der Berufung in Hauptsacheverfahren					
Eingänge	200	200	212	201	294
Erledigungen	220	220	273	220	504
Eingänge je Richterin/Richter				80	118
Erledigungen je Richterin/Richter				88	202

[27] Es erfolgte eine Fortschreibung des zu erwartenden Trends.
[28] Die durchschnittliche Verfahrensdauer ist abhängig von der Art der jeweiligen Verfahren.

Produktgruppe 10 Verwaltungsgericht — Kapitel 2120

Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz
- Herstellung von Rechtssicherheit auch durch Leitentscheidungen für die Verwaltung
- Vielfältige Serviceleistungen

Das Verwaltungsgericht gewährleistet Rechtsschutz in sog. allgemeinen Sachen und in Asylsachen. Im Bereich der allgemeinen Sachen ist eine signifikante Änderung nicht absehbar, hier wirkt sich auch eingangserhöhend aus, dass am 1.2.2002 die Zuständigkeit für Disziplinarverfahren nach dem Bundesdisziplinargesetz und dem Zivildienstgesetz auf die Verwaltungsgerichte übergegangen ist. Die Eingangszahlen im Bereich Asyl können nur fortgeschrieben werden, da sie in erheblichem Maße von politischen Entwicklungen, von Schwerpunktbildungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und der Abschiebepraxis der Ausländerbehörde abhängen, von Entwicklungen also, die kaum vorhersehbar sind.

Produkte

P 1 Rechtsschutz in allgemeinen Sachen (einschl. Baulandsachen und Prozesskostenhilfe)

P 2 Rechtsschutz in Asylsachen

P 3 Serviceleistungen (Beratungen, Auskünfte, Öffentlichkeitsarbeit, Juristische Datenbank VERIS, Asyldokumentation,

P 4 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

Haushaltdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	599	579	596
• Betriebseinnahmen	599	579	596
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.125	8.021	8.003
• Personalausgaben	6.474	6.552	6.566
• Sach- und Fachausgaben gesamt	1.651	1.469	1.437
– Davon gesetzliche Leistungen	255	255	238
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	125	-	-

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	874	885	886
• Innerbehördlich	809	819	821
• Überbehördlich (1,5%)	65	66	65

Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Gerichtskosten, Geldstrafen (rd. 92 %).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 80 %) und den Gebäudekosten (rd. 13%).

Kennzahlen [29]	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Stellen	120,44	120,49	120,49	128,95	130
Richterliches/nichtrichterliches Personal	64/56,44	64/56,49	64/56,49	65/63,95	67/63
P 1: Rechtsschutz in allgemeinen Sachen					
1. Klagverfahren					
Eingänge	2.700	2.700	2.444	2.581	2.816
Erledigungen	2.700	2.700	2.649	2.883	2.698
Eingänge je Richterin/Richter				146	169
Erledigungen je Richterin/Richter				163	162
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					

[29] Kennzahlen z. T. noch nicht ermittelt

Produktbereich 04
Verwaltungsgerichte und Finanzgericht

Kennzahlen [29]	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
in Hamburg			14,1	18,7	18,3
im Bundesdurchschnitt				16,1	16,4
2. Eilverfahren					
Eingänge	2.900	2.900	1.973	2.229	2.168
Erledigungen	2.900	2.900	2.069	2.242	2.225
Eingänge je Richterin/Richter				142	165
Erledigungen je Richterin/Richter				143	169
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg[30]			2,2	2,3	1,6
P 2: Rechtsschutz in Asylsachen					
1. Klagverfahren					
Eingänge	1.500	2.000	1.063	1.556	2.052
Erledigungen	1.500	2.000	1.587	1.862	1.859
Eingänge je Richterin/Richter				144	156
Erledigungen je Richterin/Richter				142	141
2. Eilverfahren					
Eingänge	700	800	716	892	694
Erledigungen	700	800	844	778	725
Eingänge je Richterin/Richter				141	170
Erledigungen je Richterin/Richter				123	177

Produktgruppe 11 Finanzgericht — Kapitel 2150

Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz
- Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen

Das Finanzgericht Hamburg gewährleistet den Rechtsschutz auf den Gebieten des Steuerrechts, des Steuerberatungsgesetzes und in Kindergeldsachen. Im Zoll- und Verbrauchssteuerrecht sowie in Sachen des Marktordnungsrechts ist das Finanzgericht Hamburg über den Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg hinaus auch für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein zuständig.

Die Rechtsgebiete sind durch häufige und einschneidende Gesetzesänderungen gekennzeichnet, so z.B. die Einkommensteuer- und Körperschaftsteuer-Reform, die Erhöhung der Spielgerätesteuer, Änderungen des europäischen Marktordnungsrechts. Dies hat unter anderem in den vergangenen Jahren ein deutliches Ansteigen der Klageeingänge ausgelöst. Für die Zukunft ist zumindest eine Stabilisierung auf hohem Niveau zu erwarten.

Um die gesetzlichen Vorgaben für eine zügige Rechtsfindung noch besser zu erfüllen, wird die vorhandene IuK-Technik laufend dem technischen Fortschritt angepasst. Modernisierungsmaßnahmen auf dem IuK-Sektor wie z.B. elektronischer Rechtsverkehr, Protokollführung am PC, zur Verfügungstellung umfangreicher Datenbanken einschließlich der gerichtseigenen Entscheidungssammlung und Erprobung von Spracherkennungssystemen ermöglichen darüber hinaus ein noch effektiveres Arbeiten. Des weiteren ist eine Organisationsreform durchgeführt worden. Die Einführung von Einheitssachbearbeitung in den Teamgeschäftsstellen und die Einführung von Qualitätszirkeln im nichtrichterlichen und richterlichen Dienst haben eine Steigerung von Effektivität und Effizienz zur Folge.

Produkte

P 1 Rechtsschutz in Steuersachen sämtlicher Hamburger Finanzämter

P 2 Rechtsschutz in Zoll- und Verbrauchssteuerrechtssachen sowie in Sachen des Marktordnungsrechts für den Bereich der Länder Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein

P 3 Rechtsschutz auf dem Gebiet der Verfahren nach dem Steuerberatungsgesetz

P 4 Rechtsschutz in Kindergeldsachen

P 5 Serviceleistungen (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Bibliothek)

P 6 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung (Personal, Sachmittel, Organisation)

[30] Die Daten werden auf Bundesebene nicht erfasst.

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	481	481	582
• Betriebseinnahmen	481	481	582
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.396	3.155	3.141
• Personalausgaben	2.786	2.753	2.764
• Sach- und Fachausgaben gesamt	610	402	377
− Davon gesetzliche Leistungen	20	20	20
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	50	-	-

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	390	385	387
• Innerbehördlich	348	344	346
• Überbehördlich (1,5%)	42	41	41

Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen sind geprägt durch die Gerichtskosten, Geldstrafen (rd. 62 %) und die Kostenerstattung durch Niedersachsen und Schleswig-Holstein für den gemeinsamen Senat für Zoll- und Verbrauchssteuern (rd. 37 %).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 82 %) und den Gebäudekosten (rd. 13 %).

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Stellen	41,80	41,80	41,80	42,30	43
Richterliches/nichtrichterliches Personal	21/20,80	21/20,80	21/20,80	21/21,30	21/22
1. Klagen					
Eingänge	2.150	2.150	1.987	1.914	2.213
Erledigungen [31]	2.000	2.000	1.889	2.061	1.878
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg	17,0	17,0	17,0	16,0	15,9
im Bundesdurchschnitt				17,0	16,7
2. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz					
Eingänge	450	350	458	356	364
Erledigungen	450	350	349	384	314
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg [32]	4,3	4,8	4,0	4,3	4,3
Eingänge je Richterin/Richter (1. u. 2.)	118	119	116	112	126
Erledigungen je Richterin/Richter (1. u. 2.)	107	112	107	121	108
3. Sonstige Verfahren					
Kostensachen	20	20	12	17	7
Sonstige selbständige Verfahren	40	40	30	37	26

[31] Die Zahl der Erledigung von Klagen wird sich in 2003 im Vergleich zu 2001 erhöhen. Im Jahr 2001 wurden mehr als 20% der Richterstellen neu besetzt. Die neu eingestellten Richter werden in 2002 durch Teilnahme an Lehrgängen an der Bundesfinanzakademie in Brühl und aufgrund von Einarbeitungs- und Probezeiten weniger Fälle erledigen können. In 2003 sind sie jedoch eingearbeitet, so dass von einer Steigerung der Erledigungszahlen auszugehen ist.

[32] Die Daten werden auf Bundesebene nicht erfasst.

Produktbereich: 05 Arbeits- und Sozialgerichte

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	1.157	980	975
Personalausgaben in Tsd. EUR	10.824	10.822	11.317
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	5.679	5.562	5.197
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-
Stellen	242,55	239,6 [33]	236,6

Ziele des Produktbereiches

Z 1 Gewährung von individuellem Rechtsschutz

Z 2 Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen

Die Arbeits- und Sozialgerichte wurden im Zuge der Neustrukturierung der Hamburger Behörden zum 01.01.2002 von der damaligen Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales in die Justizbehörde verlagert.

Produktgruppen – Überblick

PG 12 Arbeitsgerichte

PG 13 Sozialgerichte

Produktgruppe 12 Arbeitsgerichte Kapitel 2160

Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung

– Gewährung von individuellem Rechtsschutz

– Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen

Die Arbeitsgerichte gewährleisten den Rechtsschutz auf dem Gebiet des Arbeitsrechts.

Das Arbeitsgericht lag im Jahr 2000 im (Länder-)Vergleich der Arbeitsgerichte bundesweit bei der Verfahrensdauer auf Platz 13, bei den Erledigungen pro Richter/in auf Platz 14 und beim Geschäftsanfall pro Richter/in auf Platz 13.

Das Landesarbeitsgericht lag im Jahr 2000 im (Länder-)Vergleich der Landesarbeitsgerichte bundesweit bei der Verfahrensdauer auf Platz 10, bei den Erledigungen pro Richter/in auf Platz 12 und beim Geschäftsanfall pro Richter/in auf Platz 10.

Beide Gerichte verfügen über eine gemeinsame Verwaltung.

Während die Anzahl der Mitarbeiter/innen beim Landesarbeitsgericht in 2000 mit 1,5 Mitarbeiter/innen pro Richter gegenüber 2,09 im Bundesdurchschnitt deutlich darunter lag, war die Personalausstattung beim Arbeitsgericht mit 2,41 gegenüber 2,28 im Bundesdurchschnitt nur geringfügig höher. Insgesamt ist die Personalausstattung im nichtrichterlichen Bereich bundesdurchschnittlich. Von 1996 bis 2001 sind rd. 30 Stellen im Personalbereich gestrichen worden. Seit 1992 wurde der Stellenbestand um 20% reduziert.

Bildschirmarbeitsplätze sowohl im richterlichen wie im nichtrichterlichem Bereich sind Standard. Die sogenannte Einheitssachbearbeitung wurde in den Verfahrensgeschäftsstellen flächendeckend eingeführt. Im Betriebskonto werden seit 1998 alle wesentlichen Ausgaben für das Personal und die Sach- sowie Fachausgaben zusammen veranschlagt. Ab 2003 wird die Budgetierungsstruktur der Justizbehörde übernommen.

Produkte

P 1 Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen

P 2 Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen

P 3 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

P 4 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik; Bibliothek und Dokumentationsstelle)

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	827	827	821
• Betriebseinnahmen	827	827	821
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.163	8.109	7.886

[33] Bisher im Einzelplan 4, Kapitel 4240 und 4250 ausgewiesen

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
• Personalausgaben	5.813	5.814	5.593
• Sach- und Fachausgaben gesamt	2.350	2.295	2.293
− Davon gesetzliche Leistungen	1.150	1.150	1.086

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	814	814	783
• Innerbehördlich	727	727	699
• Überbehördlich (1,5%)	87	87	84

Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Gerichtskosten, Geldstrafen (rd. 99 %).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 71 %), den Auslagen in Rechtssachen (rd. 14 %) und den Gebäudekosten (rd. 10 %).

Kennzahlen Arbeitsgericht	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	90,55	88,6[34]	88,6
Richter-/nichtrichterliches Personal	26/64,55	26/62,6	26/62,6
P 1: Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen			
Klageeingänge	13.500	13.500	14.238
Erledigte Klagen	13.500	13.500	14.040
Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz, Arreste	450	370	470
Erledigte Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz, Arreste	450	370	464
Anträge im Beschlussverfahren	450	450	460
Ergangene Beschlüsse	450	450	441
Verfahrensdauer in Klagsachen (in Monaten)	4,6	4,5	4,75
Verfahrensdauer bei Anträgen im Beschlussverfahren (in Monaten)	4,7	4,5	4,8
Kennzahl für streitbeendende Erledigungen in erster Instanz (in Prozent)	94	93,6	94,4
Erledigte Verfahren pro Richter/in		551	

Kennzahlen Landesarbeitsgericht	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	21	21[35]	21
Richter-/nichtrichterliches Personal	8/13	8/13	8/13
P 2: Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen.			
Berufungseingänge	810	810	782
Erledigte Berufungen	840	840	808
Beschwerden in Beschlusssachen	85	85	61
Erledigte Beschwerden in Beschlusssachen	80	80	77
Eingänge von sonstigen Beschwerden	200	200	198
Erledigte sonstige Beschwerden	200	200	205
Verfahrensdauer bei Berufungen (in Monaten)	6,3	6,5	6,27
Verfahrensdauer bei Beschwerden in Beschlusssachen (in Monaten)	5,8	6,0	5,77
Verfahrensdauer bei sonstigen Beschwerden (in Monaten)	2,1	2,5	2,08
Erledigte Verfahren pro Richter/in	135	140	130,25

[34] Bisher im Einzelplan 4, Kapitel 4240 ausgewiesen
[35] Bisher im Einzelplan 4, Kapitel 4240 ausgewiesen

Produktgruppe 13 Sozialgerichtsbarkeit — Kapitel 2170

Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz
- Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen

Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialversicherung (einschließlich Pflegeversicherung und Kassenarztrecht), der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit sowie des sozialen Entschädigungsrechts. Diese Rechtsgebiete sind nach wie vor durch eine Vielzahl von kurzfristigen Gesetzesänderungen gekennzeichnet mit Einschnitten im Leistungsbereich sowie im Bereich der Leistungserbringung. Dies sowie die anhaltend ungünstige Arbeitsmarktlage haben in den vergangenen Jahren einen deutlichen Anstieg des Geschäftsanfalls bewirkt.

Im Ländervergleich lag das Sozialgericht im Jahr 2000 bei den Klageeingängen pro Richter wie beim Geschäftsanfall im nichtrichterlichen Bereich über dem Bundesdurchschnitt und nahm Platz 5 bzw. Platz 7 ein. Bezüglich der Erledigungen pro Richter/in lag es auf Platz 14 und damit im unteren Drittel. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug ca. 30 Monate und war damit etwa doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt (15,6 Monate); damit ergab sich in der Rangfolge Platz 16. Die Bestände pro Richter lagen um mehr als die Hälfte über dem Bundesdurchschnitt, womit das Sozialgericht im Ländervergleich deutlich an der Spitze stand.

Das Landessozialgericht Hamburg lag im Jahre 2000 im Ländervergleich bei der Verfahrensdauer (30 Monate im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von knapp 15 Monaten) und bei den Erledigungen pro Berichterstatter auf Platz 16. Bei den Berufungseingängen nahm es im richterlichen Bereich Platz 15, im nichtrichterlichen Bereich Platz 16 ein. Auch die Bestände beim Landessozialgericht lagen mit ca. 150 Sachen pro Berichterstatter weit über dem Bundesdurchschnitt.

Die in der Vergangenheit, beginnend mit dem Jahre 2000, eingeleiteten Maßnahmen zur Effektivierung des sozialgerichtlichen Rechtsschutzes durch Bereitstellung zusätzlicher Stellen im richterlichen und nichtrichterlichen Bereich beim Sozialgericht (ab April 2001; gemäß Bürgerschaftsdrucksache 16/5834), Fortführung der Organisationsreform durch Einführung der Einheitssachbearbeitung sowie Verbesserung der IuK-Ausstattung haben beim Sozialgericht erste Erfolge gezeitigt. So sind die Bestände (insgesamt sowie pro Richter) zurückgegangen und die Verfahrensdauer hat sich bei den Klagen bis Ende 2001 auf 24 Monate reduziert.

Auch die Situation beim Landessozialgericht hat sich bis Ende 2001 insofern verbessert, als die durchschnittliche Verfahrensdauer auf ca. 23 Monate reduziert werden konnte. Mit einer weiteren wesentlichen Verbesserung wird auch unter Berücksichtigung des erweiterten IuK-Einsatzes (Beginn der Einführung von Spracherkennung) sowie der Einheitssachbearbeitung nicht zu rechnen sein.

Produkte

P 1 Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen

P 2 Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen

P 3 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

P 4 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik; Bibliothek)

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	330	153	154
• Betriebseinnahmen	330	153	154
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.340	8.275	8.628
• Personalausgaben	5.011	5.008[36]	5.724
• Sach- und Fachausgaben gesamt	3.329	3.267	2.904
− Davon gesetzliche Leistungen	2.199	2.199	1.859

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	702	701	801
• Innerbehördlich	626	626	716
• überbehördlich (1,5%)	75	75	86

[36] Die Kosten für die im Rahmen der Drucksache 16/5834 beschlossenen zusätzlichen 22 Stellen waren im Rahmen des Einzelplans 4 abzudecken und werden auch in den Folgejahren haushaltsneutral durch Umschichtungen bereitgestellt.

Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen resultieren aus Gerichtskosten, Geldstrafen.

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 60 %), den Auslagen in Rechtssachen (rd. 26 %) und den Gebäudekosten (rd. 10 %).

Kennzahlen Sozialgericht	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	96	96 [37]	92
Richter/nichtrichterliches Personal	31/65	31/65	31/61
P 1: Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen			
Klageeingänge [38]	7.150	7.150	6.848
Erledigte Klagen [39]	9.150	8.850	7.419
Verfahrensdauer in Klagsachen (in Monaten)	15,8	18,8	24,3
Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz [40]	450	450	443
Erledigungen [41]	450	450	468
Verfahrensdauer bei Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes (in Monaten)	1,9	1,9	2,1
Kennzahl für streitbeendende Erledigungen in erster Instanz (in Prozent)	94,3	94,1	93,8
Erledigte Verfahren pro Richter/in (Klagen und einstweiliger Rechtsschutz)[42]	320	310	298
Durchschnittlicher Geschäftsanfall pro Richter/in (Klagen und einstweiliger Rechtsschutz)[43]	253	253	275,8

Kennzahlen Landessozialgericht	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	35	34 [44]	35
Richter/nichtrichterliches Personal	9/26	9/25	9/26

[37] Bisher im Einzelplan 4, Kapitel 4250 ausgewiesen

[38] Erwartete Klageeingänge 2002 und 2003 wurden auf der Basis der letzten 5 Jahre (1997-2001) ermittelt. Im Haushaltsplan 2002 wurde für 2002 von 7.575 Klageeingängen ausgegangen, diese Angabe wurde aktualisiert.

[39] Für die Jahre 2002 und 2003 ergeben sich höhere Erledigungszahlen (insbesondere auch aufgrund des ab Mitte 2001 erfolgten Einsatzes zusätzlicher Richterinnen und Richter -Gesamtbestand 30 Ist-Richter-, wobei in 2001 eine Einarbeitungszeit zu berücksichtigen war). Im Haushaltsplan 2002 wurde für 2002 von 9.000 erledigten Klagen ausgegangen, diese Angabe wurde aktualisiert.

[40] Erwartete Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz 2002 und 2003 unter Berücksichtigung der bisherigen Basis. Im Haushaltsplan 2002 wurde für 2002 von 300 Anträgen ausgegangen, diese Angabe wurde aktualisiert.

[41] Erwartete Erledigungen beim einstweiligen Rechtsschutz 2002 und 2003 unter Berücksichtigung des Ergebnisses 2001. Im Haushaltsplan 2002 wurde für 2002 von 300 Anträgen ausgegangen, diese Angabe wurde aktualisiert.

[42] Angestrebt ist der Bundesdurchschnitt.

[43] Der durchschnittliche Geschäftsanfall pro Richter/in wurde unter Berücksichtigung der Eingangszahlen der Klagen und des einstwieligen Rechtsschutzes errechnet. Unter Berücksichtigung der Bestandszahlen ergäbe sich ein höherer durchschnittlicher Geschäftsanfall für das Sozialgericht.

[44] Bisher im Einzelplan 4, Kapitel 4250 ausgewiesen

Produktbereich 05
Arbeits- und Sozialgerichte

Kennzahlen Landessozialgericht	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 2: Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen			
Berufungseingänge [45]	520	520	460
Erledigte Berufungen [46]	510	480	462
Verfahrensdauer Berufungen (in Monaten)	22,0	22,7	23,1
Erledigte Berufungsverfahren pro Berichterstatter/in	85	80	74,9
Durchschnittlicher Geschäftsanfall pro Berichterstatter/in [47]	87	87	74,6

[45] Für die Jahre 2002 und 2003 ergeben sich höhere Berufungseingänge aufgrund der steigenden Abarbeitung beim Sozialgericht durch den Einsatz zusätzlicher Richterinnen und Richter. Erwartete Berufungseingänge wurden auf Basis des Durchschnitts der letzten 5 Jahre ermittelt. Im Haushaltsplan 2002 wurde für 2002 von 640 Berufungseingängen ausgegangen, diese Angabe wurde aktualisiert.

[46] Erwartete Erledigungen bei Berufungen in 2002 und 2003 wurden unter Zugrundelegung von 6 Berichterstatter/innen ermittelt. Im Haushaltsplan 2002 wurde für 2002 von 564 erledigten Berufungen ausgegangen, diese Angabe wurde aktualisiert.

[47] Der durchschnittliche Geschäftsanfall pro Berichterstatter/in wurde unter Berücksichtigung der Berufungseingangszahlen errechnet. Unter Berücksichtigung der Bestandszahlen ergäbe sich ein höherer durchschnittlicher Geschäftsanfall für das Landessozialgericht.

Produktbereich: 06 Justizvollzug

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	4.118	4.118	4.792
Personalausgaben in Tsd. EUR	79.685	80.106	77.657
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	19.422	19.809	20.337
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	19.776	27.967	21.644
Stellen	1.738,86	1.783,43 [48]	1.747,74

Ziele des Produktbereiches

Der Vollzug der Freiheitsstrafe soll den Gefangenen zur künftigen Lebensführung in sozialer Verantwortung ohne Straftaten befähigen und die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten schützen (§ 2 StVollzG). Der Vollzug der anderen freiheitsentziehenden Maßnahmen wird entsprechend den jeweiligen gesetzlichen Vorgaben durchgeführt. Dabei ist den qualitativen und quantitativen Anforderungen der jeweiligen Insassenpopulation durch differenzierte Angebote und Vollzugsformen Rechnung zu tragen. Im Vollzug der Freiheitsstrafe sind die auf Wiedereingliederung abzielenden Maßnahmen vorrangig durchzuführen, soweit sie nicht den Erfordernissen der Sicherheit entgegenstehen.

Produktgruppen – Überblick

PG 14 Strafvollzugsamt

PG 15 Justizvollzugsanstalten

Produktgruppe 14 Strafvollzugsamt — Kapitel 2300

Ziel der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung

- Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Sicherung eines gesetzgemäßen Vollzuges

Folgende fachliche Entwicklungen sollen 2003 schwerpunktmäßig verfolgt werden:

- Effizienzsteigerung im Bereich des Justizvollzuges
- Fortsetzung der Modernisierung der Verwaltung des Justizvollzuges
- Entwicklung eines Konzepts gegen Drogen im Strafvollzug

Produkte

P 1 Weiterentwicklung der konzeptionellen Grundlagen

P 2 Gesamtbetriebliche Steuerung/Controlling, Serviceleistungen

P 3 Aufsicht – fachliche Kontrolle und Beratung – über die Justizvollzugsanstalten

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	741	741	863
• Betriebseinnahmen	741	741	863
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.335	6.391	6.286
• Personalausgaben	4.781	4.806	4.659
• Sach- und Fachausgaben	1.554	1.585	1.627
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	55

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	669	673	652
• Innerbehördlich	598	601	582
• Überbehördlich (1,5%)	72	72	70

[48] Einschl. 36 Stellen für die Unterbringung von geprüften Nachwuchskräften des Allgemeinen Vollzugsdienstes, die gem. Art. 8 Nr. 4 des Haushaltsbeschlusses vorübergehend durch Umwandlung von Stellen für Nachwuchskräfte aus dem Kapitel 2000 geschaffen wurden.

Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen resultieren aus der Vermietung von Dienstwohnungen.

Die Betriebsausgaben werden im Wesentlichen geprägt durch die Personalausgaben (rd. 75%).

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	75	75	82,5

Produktgruppe 15 Justizvollzugsanstalten — Kapitel 2300

Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung

- Eine die elementaren Bedürfnisse der Insassen befriedigende Lebensführung ermöglichen (soweit das unter den Bedingungen des Freiheitsentzuges möglich ist)
- Gesundheit erhalten bzw. soweit nötig und möglich (wieder-)herstellen
- Eigenverantwortung und soziale Kompetenz der Gefangenen stärken
- Erhebliche soziale und psychische Defizite aufarbeiten
- Schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges entgegenwirken
- Tragfähige soziale Bindungen erhalten
- Schulische und berufliche Bildung vermitteln
- Arbeitsfähigkeit und Leistungsbereitschaft erhalten bzw. (wieder-)herstellen
- Entweichungen verhindern
- Unterbringungsbedingungen so gestalten, dass sie von Gefangenen möglichst nicht zur Begehung von Straftaten zum Nachteil Bediensteter sowie Außenstehender oder Mitgefangener genutzt werden können
- Schutz der Bediensteten vor physischen und psychischen Beschädigungen durch Gefangene
- Differenzierungsmöglichkeiten des Straf- und Untersuchungshaftvollzuges fortentwickeln
- Gefangene für Verfahren verfügbar sicher unterbringen
- Unterdrückung und Gewalt verhindern, insbesondere durch weitergehende Kontrolle der subkulturellen Strukturen

Folgende fachliche Entwicklungen sollen 2003 schwerpunktmäßig verfolgt werden:

- Verlagerung der Justizvollzugsanstalt Vierlande
- Ausweitung der Haftplatzkapazität, insbesondere durch die Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Billwerder
- Weiterführung des Programms zur Renovierung der Vollzugsanstalten
- Laufende Überprüfung aller Sicherheitseinrichtungen in den Vollzugsanstalten
- Gewährleistung der differenzierten Belegungsmöglichkeiten in den Vollzugsanstalten
- Reduzierung der Saalunterbringung
- Verbesserung der medizinischen Versorgung der Gefangenen

Produkte

P 1 Grundversorgung insbesondere durch
- in der Regel Einzelunterbringung in wohnlichen und für eine gesunde Lebensführung ausreichend ausgestatteten Hafträumen (§ 18 i.V.m. § 201 Nr. 3, §§ 144-146 StVollzG);
- vollwertige Ernährung nach den Erkenntnissen der modernen Ernährungslehre unter Berücksichtigung ärztlicher Anordnungen und religiöser Speisegebräuche (§ 21 StVollzG);
- Gesundheitsfürsorge durch Aufnahmeuntersuchungen sowie durch Gesundheitsuntersuchungen und medizinische Vorsorgeleistungen, ambulante und stationäre Krankenbehandlungen und Versorgung mit Hilfsmitteln (§§ 5 Abs. 3, 56-62, 65, 158 StVollzG);
- Ausstattung mit Bekleidung und Gegenständen des täglichen Bedarfs.

P 2 Behandlung und Betreuung (einschließlich Soziale Sicherheit) insbesondere durch
- Behandlungsgerechte Anstaltsunterbringung (§ 7 i.V.m. §§ 9 und 10 StVollzG);
- Beschäftigung: Arbeit, schulische und berufliche Bildung (§ 7 i.V.m. §§ 37-46, 148 und 149 StVollzG);
- Besondere Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen (§ 7 StVollzG);
- auf die individuellen Besonderheiten der Gefangenen abgestimmte Behandlungskonzepte.

P 3 Sicherheit insbesondere durch
- bauliche und technische Sicherheitsvorkehrungen (§ 141 StVollzG);
- Kontrollen;
- Sorgfältige Begutachtung von zu Gewalttaten neigenden Gefangenen vor Lockerungsentscheidungen.

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	3.377	3.377	3.929
− Betriebseinnahmen	3.377	3.377	3.929
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	92.772	93.524	91.708
− Personalausgaben	74.904	75.300	72.998
− Sach- und Fachausgaben gesamt	17.868	18.224	18.710
− Davon gesetzliche Leistungen	5.741	6.200	4.879
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	19.776	27.967	21.589

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	10.487	10.542	10.220
• Innerbehördlich	9.363	9.412	9.125
• Überbehördlich (1,5%)	1.124	1.129	1.095

Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte:

Der Einnahmebereich wird geprägt durch die Einnahmen der Arbeitsbetriebe (rd. 66 %) sowie durch Erstattung der Haft- und Unterbringungskosten durch andere Länder (rd. 16 %).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 81 %), den Kosten für die Entlohnung der Gefangenen (rd. 6 %) und den Gebäudekosten (rd. 6 %).

Die Investitionen sind im Wesentlichen vorgesehen für den Neubau und die Erweiterung der Justizvollzugsanstalt XII (rd. 77 %) und die Modernisierung der Justizvollzugsanstalten (rd. 19 %).

Kostenkennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Haftkostensatz in EUR/ Tag	92,82	83,57	91,40
Haftkostensatz in EUR/ Tag (ohne Versorgungs- und Beihilfezuschlag)	72,10	66,02	74,52

Quantitätskennzahlen / Qualitätskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	1.663,86	1.708,43 [49]	1.665,24
Anzahl der Hafttage	1.124.200	1.095.000	1.057.908
Tatsächliche Belegungsfähigkeit (Stichtag 2001 = 31.12.)	3.241	3.095	3.014
Stellen/Insassen-Quotient	0,54	0,56	0,58
Fluktuation – Verhältnis aufgenommene Gefangene zur Durchschnittsbelegung	6,16	6,14	6,04

[49] Einschl. 36 Stellen für die Unterbringung von geprüften Nachwuchskräften des Allgemeinen Vollzugsdienstes, die gem. Art. 8 Nr. 4 des Haushaltsbeschlusses vorübergehend durch Umwandlung von Stellen für Nachwuchskräfte aus dem Kapitel 2000 geschaffen wurden.

Produktbereich 06
Justizvollzug

Vergleichskennzahlen (einschl. Versorgungs- und Beihilfezuschlag) [50]	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Differenzierte Haftkosten-Tagessatz-Berechnung für Hamburg und Berlin in EUR			
Berlin	87,43	84,13	86,33
Darin enthalten:			
− Sächliche Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionen (ohne Bauinvestitionen)	17,71	16,91	16,96
− Personalausgaben	74,62	71,44	73,54
− Einnahmen (einschl. Verwaltungseinnahmen)	4,90	4,22	4,18
Hamburg	91,40	91,14	87,65
Darin enthalten:			
− Sächliche Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionen (ohne Bauinvestitionen)	20,80	19,64	19,41
− Personalausgaben	75,13	75,82	72,62
− Einnahmen (einschl. Verwaltungseinnahmen)	4,53	4,32	4,31

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Grundversorgung/Unterbringung			
Haftplätze insgesamt (Stichtag 2001 = 31.12.)	3.241	3.095	3.014
Davon			
• Einzelhaftplätze	2.410	2.108	1.956
• Gemeinschaftshaftplätze	831	987	1.058
− Gemeinschaftshaftplätze bis 3	217	490	344
− Gemeinschaftshaftplätze über 3	614	497	714
Durchschnittliche Jahresbelegung	3.080	3.000	2.898,4
Durchschnitt der monatlichen Belegungsspitzen			2.998
Fluktuation (aufgenommene Gefangene geteilt durch durchschnittliche Jahresbelegung)	6,14	6,14	6,04
Durchschnittliche Jahresbelegung im Verhältnis zu Haftplätzen in Prozent	95,0	98,5	96,2
Durchschnittliche monatliche Spitzenbelegung im Verhältnis zu Haftplätzen in Prozent			99,5 [51]
Durchschnittliche Zahl der doppelt belegten Einzelhaftplätze (ohne U-Haft)	135	130	78
Ernährung			
Teilnehmer an der Vollverpflegung (Essensportionen)	982.374	1.012.812	924.325
Richtsatz für Vollverpflegung in EUR / Tag	2,86	2,86	2,86
Vollverpflegung in EUR p.a.	1.044	1.044	1.044
Gesundheitsfürsorge			
Medizinkosten pro Insasse/Tag in EUR	2,31	2,3	2,34
Anzahl der Aufnahmeuntersuchungen pro Monat	1.441	1.527	1.402

[50] Die Haftkosten-Tagessätze sind schwer miteinander vergleichbar, weil sie sich auf ganz unterschiedliche Verhältnisse beziehen. Insofern beruht die jetzt gewählte Darstellung auf der Anregung des Haushaltsausschusses der Bürgerschaft (Drucksache 16/5100, S. 19, Nr. 40 „Haftkosten“).
Am ehesten ist der Hamburger Haftkosten-Tagessatz mit dem aus Berlin vergleichbar, weil Berlin Stadtstaat ist und die Berliner Vollzugslandschaft der in Hamburg ähnelt.
Für Vergleiche zwischen Justizvollzugsanstalten, für die in Hamburg Daten vorliegen, sind aus vergleichbaren anderen Justizvollzugsanstalten keine Daten erreichbar.

[51] Eine Belegung zu 99,5% bedeutet eine erhebliche Überbelegung, da eine Reihe von Haftplätzen nicht allgemein, sondern nur für besondere Haftformen zur Verfügung stehen (z. B. Haftplätze im Vollzugskrankenhaus oder im Jugendarrest).

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Grundversorgung/Unterbringung			
Bewirtschaftungsmaßnahmen (Heizung, Strom und Wasser der Justizvollzugsanstalten)			
Kosten in Tsd. EUR p.a.	4.543	3.619	4.526
Kosten pro Insasse/Tag in EUR	3,84	3,31	4,11
pro Haftplatz/Tag in EUR	4,08	3,20	4,28

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 2: Behandlung und Betreuung			
Behandlungsgerechte Anstaltsunterbringung			
Belegung aller Justizvollzugsanstalten (einschließlich Urlauber und vorübergehend Abwesende) Davon	3.080	3.000	2.898
• Offener Vollzug	400 [52]	638	557
• Geschlossener Vollzug	2.570	2.219	2.232
• Sozialtherapeutischer Vollzug	110	143	109
Beschäftigung			
Durchschnittliche Zahl an Beschäftigten im Vollzug, davon in	1.900	1.472	1.888
• Arbeit	1.300	1.274	1.298
• Schule [53]	450	128	446
• Berufsbildung [53]	150	70	144
Durchschnittliche Zahl der Freigänger mit freiem Beschäftigungsverhältnis		170	
Durchschnittliche Zahl an Beschäftigungslosen	1.180	1.040	1.010
Durchschnittliche Kosten für Entgelte und ALV-Beiträge je Gefangenen in Arbeit und Ausbildung pro Jahr in EUR	4.240	4.416 [54]	4.103
Durchschnittliche Kosten für Entgelte und ALV-Beiträge je Gefangenen in Arbeit und Ausbildung pro Arbeitstag in EUR	16,96	17,66	16,41
Besondere Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen			
Anzahl der substituierten Gefangenen	300	290	290
Kosten für Sachmittel und externe psychosoziale Betreuung pro Substituierte(n) in EUR pro Jahr	296,55	296,55	296,55
Anzahl der akupunktierten Gefangenen mit Rauschmittelproblematik	170	170	170
Kosten pro akupunktierten Gefangenen in EUR pro Jahr	5,11	5,11	5,11

[52] Durch die Umplanung der JVA Billwerder in eine geschlossene Anstalt, die Mitte des Jahres 2003 in Betrieb genommen wird, geht die offene JVA Vierlande nur mit der Hälfte eines Jahres in die Berechnung ein.

[53] Die Steigerung der schulischen und beruflichen Bildungsmaßnahmen ggü. dem Planjahr 2002 ist bedingt durch die Gewinnung zusätzlicher externer Bildungsträger sowie der Tatsache, dass bisher im Planjahr 2002 nur reguläre Ausbildungsgänge aufgenommen wurden, nunmehr beinhalten die abgebildeten Daten aber alle beruflichen und schulischen Bildungsmaßnahmen (auch kurzzeitige).

[54] Kostensteigerung durch Anhebung der Eckvergütung für das Arbeitsentgelt der Gefangenen von 5% auf 9% der Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV (Gesetz vom 27.12.2000 – BGBl. I S. 2043).

Stand 11.12.2002

H A U S H A L T S P L A N

DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2003

Einzelplan 2

Justizbehörde

Anordnungsbefugt ist, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist:
Justizbehörde

Deckungskreise

Deckungskreis im Einzelplan

10 - Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen
- ohne Strafvollzugsbereich -

11 - Sachaufwand im Zusammenhang mit
Informations- und Kommunikationstechnik

12 - Bauunterhaltung

13 - Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Informations-
und Kommunikationstechniken

14 - Hochbauinvestitionen

Stand 11.12.2002

Einzelplanübersicht - Einnahmen - (in Tsd. EUR) - Haushaltsjahr 2003 -
****

K A P I T E L		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09		Gebühren (G) 111 Übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111	
Nr.	Bezeichnung	2003	2002	2003	2002
		1	2	3	4
2000	Justizverwaltung	- - A	- - A	- G 682	- G 382
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	- - A	- - A	63 G 1	63 G 1
2110	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	- - A	- - A	103.650 G 17.785	103.620 G 17.135
2120	Verwaltungsgerichte	- - A	- - A	550 G 49	550 G 29
2150	Finanzgericht	- - A	- - A	300 G 1	300 G 1
2160	Arbeitsgerichte	- - A	- - A	818 G 9	818 G 9
2170	Sozialgerichte	- - A	- - A	330 G -	153 G -
2300	Justizvollzug	- - A	- - A	- G 3.274	- G 3.274
	Gesamteinnahmen 2003 / 2002	- - A	- - A	105.711 G 21.801	105.504 G 20.831
	Gegenüber 2002 mehr (+) / weniger (-)	- - A		207+G 970+	

Stand 11.12.2002

- Einnahmen - - Haushaltsjahr 2003 -

Laufende Übertragungen 2		Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z) 33, 34		Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38		Gesamteinnahmen		
2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	Kap. Nr.
5	6	7	8	9	10	11	12	
71	71	- - Z	- - Z	-	-	753	453	2000
-	-	- - Z	- - Z	-	-	64	64	2050
527	527	- - Z	- - Z	-	-	121.962	121.282	2110
-	-	- - Z	- - Z	-	-	599	579	2120
180	180	- - Z	- - Z	-	-	481	481	2150
-	-	- - Z	- - Z	-	-	827	827	2160
-	-	- - Z	- - Z	-	-	330	153	2170
844	844	- - Z	- - Z	-	-	4.118	4.118	2300
1.622	1.622	- - Z	- - Z	-	-	129.134	127.957	Ges.-einn.
-		- - Z		-		1.177+		+/-

Stand 11.12.2002

Einzelplanübersicht - Ausgaben - (in Tsd. EUR) - Haushaltsjahr 2003 -
****
(2.Zeile Verpflichtungsermächtigungen)

K A P I T E L		Personalausgaben 4		Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66	
Nr.	Bezeichnung	2003	2002	2003	2002	2003	2002
		1	2	3	4	5	6
2000	Justizverwaltung	15.852 -	15.587 -	4.143 -	4.264 -	4.248 -	4.479 -
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	1.079 -	1.074 -	214 -	212 -	36 -	33 -
2110	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	147.372 -	150.307 -	83.206 -	82.929 -	1.114 -	1.114 -
2120	Verwaltungsgerichte	8.991 -	9.100 -	2.009 -	1.786 -	5 -	5 -
2150	Finanzgericht	2.786 -	2.753 -	610 -	402 -	- -	- -
2160	Arbeitsgerichte	5.813 -	5.814 -	2.350 -	2.295 -	- -	- -
2170	Sozialgerichte	5.011 -	5.008 -	3.329 -	3.267 -	- -	- -
2300	Justizvollzug	79.685 -	80.106 -	13.615 -	13.543 -	5.807 -	6.266 -
	Gesamtausgaben 2003 / 2002	266.589	269.749	109.476	108.698	11.210	11.897
	Gegenüber 2002 mehr (+) / weniger (-)	3.160-		778+		687-	
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	-
	Gegenüber 2002 mehr (+) / weniger (-)	-		-		-	

Stand 11.12.2002

- Ausgaben - - Haushaltsjahr 2003 -

Schuldendienst 56 - 58 und -hilfen (H) 62, 66		Besondere Finanzierungsausgaben 9		Gesamtausgaben ohne Investitionen		Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8		Gesamtausgaben		
2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
-	-	-	-	24.243	24.330	97	1.343	24.340	25.673	2000
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	1.329	1.319	-	-	1.329	1.319	2050
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	231.692	234.350	1.271	3.031	232.963	237.381	2110
-	-	-	-	-	-	1.685	943	1.685	943	
-	-	-	-	11.005	10.891	125	-	11.130	10.891	2120
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	3.396	3.155	50	-	3.446	3.155	2150
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	8.163	8.109	-	-	8.163	8.109	2160
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	8.340	8.275	-	-	8.340	8.275	2170
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	99.107	99.915	19.776	27.967	118.883	127.882	2300
-	-	-	-	-	-	40.858	12.340	40.858	12.340	
-	-	-	-	387.275	390.344	18.131 B	29.418	408.594	422.685	Ges.-ausg.
- H	- H					3.188	2.923			
-		-		3.069-		11.287-B		14.091-		+/-
- H						265+				
-	-	-	-	-	-	41.132 B	10.970	42.543	13.283	Ges. VE
- H	- H					1.411	2.313			
-		-		-		30.162+B		29.260+		+/-
- H						902-				

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2000	Justizverwaltung			
(012)				
	Einnahmen			
111.01	Verwaltungsgebühren	-	-	
119.92	Schadenersatzleistungen	83	83	92
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	-	
119.98	Vermischte Einnahmen	500	200	834
	Justizbehörde 500			
	Bezirksamt Hamburg-Mitte -			
121.57 (018)	Einnahmen aus Abführungen des Wirtschaftsplans Staatlicher Hochbau / Dienstleistungsbereich Justizbehörde	-	-	
124.01	Einnahmen aus Werbung	-	-	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69			
	Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
124.91 (052)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	98	98	87
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 518.69			
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1	1	
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 535.56 und 546.69			
231.02	Zuweisungen Dritter zu den Kosten des Einsatzes von Personal in den neuen Bundesländern	-	-	274
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 412.80, 429.80, 459.80 und 547.80			
232.02	Beteiligung anderer Bundesländer an den Entwicklungskosten von IuK-Verfahren der Landesjustizverwaltungen	-	-	115
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 812.54			
261.01	Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten des Wirtschaftsplans "Staatlicher Hochbau"	71	71	60
342.01	Zuschüsse zur Beschaffung technischer Arbeitshilfen für Behinderte	-	-	11 28R
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 812.12			
	Gesamteinnahmen	753	453	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2000				
	Ausgaben			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	15.832	15.567	14.922
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	111
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	50
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw	20	20	14
412.80	Aufwandsentschädigung für dienstliche Tätigkeit in den östlichen Bundesländern	-	-	
	Justizbehörde -			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.02			
	Personalamt -ZPD- -			
429.80	Personalausgaben im Zusammenhang mit dienstlicher Tätigkeit zugunsten der östlichen Bundesländer	-	-	32
	Justizbehörde -			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.02			
	Personalamt -ZPD- -			
459.80 (940)	Sonstige personalbezogene Ausgaben im Zusammenhang mit dienstlicher Tätigkeit zugunsten der östlichen Bundesländer	-	-	
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.02			
461.01 (981)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 2	-	-	25-
	Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei den stellengebundenen Personalausgaben im KRD/NSM-Bereich des Einzelplans 2			
519.01 (052)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	54	54	89 4R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 12			
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik	344	465	312 7R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 11			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 132.91			
547.80	Sachausgaben im Zusammenhang mit dienstlicher Tätigkeit zugunsten der östlichen Bundesländer	-	-	
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.02			
632.02	Erstattungen an gemeinsame Einrichtungen	55	55	28 7R
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	1.032	1.129	1.126

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2000				
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Landesamtes für Informationstechnik	3.092	3.226	3.072
	Übertragbar			
	Titelgruppe(n)			
Z 69	Sach- und Fachausgaben der Allgemeinen Verwaltung			
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	364	364	614 336R
	Soweit die Einnahmen bei 124.01 den Betrag von 500 EUR übersteigen, fließen sie nur in Höhe von 50 % zu			
	Justizbehörde 364			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 124.01			
	Personalamt -ZPD- -			
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl	4	4	3 6R
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke	245	245	385 12R
518.69	Mieten und Pachten	2.103	2.103	2.533 0R
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 124.91			
525.69	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	741	741	602 77R
531.69	Herausgabe des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes mit Amtlichem Anzeiger	102	102	5- 49R
534.69	Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen	49	49	92 46R
536.69	Loseblattausgabe "Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg"			42 24R
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben	137	137	281 207R
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 132.91			
547.69	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung des Internationalen Seegerichtshofs	-	-	24 23R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2000				
684.69	Zuwendungen an Dritte für soziale Zwecke	69	69	3 83R
	Übertragbar			
	** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)			
	Einnahmen aus der Überlassung von Räumen fließen den Ausgaben zu			
	Summen für Z 69	3.814	3.814	4.574 862R
701.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechniken	62	62	32 237R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 13			
710.01	Instandsetzung und Modernisierung im Amt für Allgemeine Verwaltung und im Justizamt			316 1.994R
710.02	Grundinstandsetzung und Umbau des Lager- und Versteigerungshauses		1.248	3.174 1.484R
	(Weggefallener Ansatz)			
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR	35	33	4 64R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 2110.812.01, 2120.812.01, 2150.812.01 und 2300.812.01			
812.12	Beschaffung von technischen Arbeitshilfen für Behinderte	-	-	6
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 342.01			
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	-	103 388R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.56			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 232.02			
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Justizbehörde	-	-	2.696 1.458V
	Einseitig deckungsfähig zu Lasten 812.54			
881.01 (022)	Investitionskostenanteil für den Internationalen Seegerichtshof -Teilbetrag-	-	-	282 0R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 14			
	Gesamtausgaben	24.340	25.673	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter			
(011)				
	Einnahmen			
111.01	Verwaltungsgebühren	63	63	
119.98	Vermischte Einnahmen	1	1	4
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69			
124.01 (019)	Einnahmen aus Werbung	-	-	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69			
	Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	
	Gesamteinnahmen	64	64	
	Ausgaben			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.079	1.074	1.024
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	49
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	0
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	6	6	2 21R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 12			
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik	4	7	3
	Deckungsfähig im Deckungskreis 11			
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	8	5	8
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Landesamtes für Informationstechnik	28	28	19
	Übertragbar			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2050				
	Titelgruppe(n)			
Z 69	Sach- und Fachausgaben des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten			
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	14	14	12 5R
	Soweit die Einnahmen bei 124.01 den Betrag von 500 EUR übersteigen, fließen sie nur in Höhe von 50 % zu			
	Justizbehörde 13			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 124.01			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 119.98			
	Behörde für Wirtschaft und Arbeit 1			
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke	30	30	27 4R
518.69	Mieten und Pachten	132	132	130 0R
525.69	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	4	4	6 0R
531.69	Veröffentlichungen	10	10	28
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben	14	9	10 2R
	Künftig wegfallend 5			
	Summen für Z 69	204	199	214 12R
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-		15 0R
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik bei dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten	-		10 0R
	Gesamtausgaben	1.329	1.319	
2110	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften			
(052)				
	Einnahmen			
111.01	Verwaltungsgebühren	850	850	983

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2110				
111.49	Benutzungsentgelte	-	-	20
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69			
111.51	Gerichtskosten	80.765	83.475	84.408
111.52	Einnahmen aus Mahnverfahren	14.500	11.760	14.215
111.53	Einnahmen aus Betreutenvermögen	-	-	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 526.03			
111.54	Gebühreneinnahmen der Vollstreckung	2.800	2.800	
	50 % der Mehreinnahmen sind zweckgebunden			
	Mehreinnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 459.68 und 526.68			
111.55	Auslagenersatz der Vollstreckung	4.735	4.735	
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 546.68			
112.47	Geldstrafen und Geldbußen sowie Gerichtskosten aus diesen Verfahren	15.850	15.850	14.953
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 526.01			
119.05	Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Gegenstände, Kautionen und dgl.	30	30	22
119.09	Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus Gewinnabschöpfung § 73e StGB u. dgl	1.500	850	1.583
119.98	Vermischte Einnahmen	400	400	17-
124.01	Einnahmen aus Werbung	-	-	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69			
	Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5	5	0
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69 und 535.56			
231.01	Erstattung von Verfahrenskosten für Staatsschutzstrafsachen durch die Bundesanwaltschaft	-	-	7
232.01	Erstattung von Kosten durch die Länder Bremen und Schleswig-Holstein für die Abhaltung der großen juristischen Staatsprüfung	527	527	588
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	-	-	
	Gesamteinnahmen	121.962	121.282	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2110				
	Ausgaben			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	146.337	149.272	144.607
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	795
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	8.430
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter	665	665	639
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
511.01	Zustellkosten Mahnverfahren	5.800	5.800	5.748 191R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	374	460	445 338R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 12			
	Justizbehörde 374			
	Behörde für Bau und Verkehr -			
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	29.874	30.874	30.107 291R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
	Justizbehörde 29.812			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 112.47			
	Behörde für Inneres 62			
526.02	Kosten für Unterbringungen	600	600	1.007
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
526.03	Kosten in Betreuungsangelegenheiten	13.000	13.000	11.155
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 111.53			
526.04	Kosten für Insolvenzverfahren	409	409	224
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations-technik	1.903	1.567	1.566 67R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 11			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 132.91			
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	-	-	1R
547.01	Verzinsung hinterlegter Gelder	100	100	69
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2110				
681.01	Entschädigung (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	1.114	1.114	916
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
	Titelgruppe(n)			
Z 68	Vollstreckungskosten			
459.68 (940)	Anspornprämien der Gerichtsvollzieher (§ 49 (1,2) BBesG)	370	370	
	Übertragbar			
	Justizbehörde -			
	Personalamt -ZPD- 370			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden anteilig in Höhe von 50% der Mehreinnahmen bei 111.54			
526.68	Schreibauslagen und Bürokosten der Gerichtsvollzieher (§ 49 (3) BBesG)	2.400	2.400	
	Justizbehörde 2.400			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden anteilig in Höhe von 50% der Mehreinnahmen bei 111.54			
	Personalamt -ZPD- -			
546.68	Auslagenerstattung	4.665	4.665	
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 111.55			
547.68	Kostenbefreite Auslagen (§ 2 (1,2) GvKostG)	100	100	
	Summen für Z 68	7.535	7.535	
Z 69	Sach- und Fachausgaben der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften			
427.69	Entgelte für Zustellungsaufträge	-	-	
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.568	4.568	4.348 75R
	Soweit die Einnahmen bei 124.01 den Betrag von 500 EUR übersteigen, fließen sie nur in Höhe von 50 % zu			
	Justizbehörde 4.524			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 111.49 und 124.01			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 132.91			
	Behörde für Soziales und Familie 3			
	Behörde für Inneres 41			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung		Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2	(in Tsd. EUR)	3	4	5
2110					
514.69	Haltung von Dienstfahrzeugen,Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl		33	33	20 22R
	Justizbehörde	33			
	Personalamt -ZPD-	-			
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke		3.822	3.250	3.315 178R
	Künftig wegfallend insges.	349			
	Justizbehörde	3.822			
	Künftig wegfallend	349			
518.69 (152)	Mieten und Pachten		15.358	15.003	11.948 129R
	Künftig wegfallend insges.	651			
	Justizbehörde	15.358			
	Künftig wegfallend	651			
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben		200	100	207 50R
	Künftig wegfallend	100			
	Summen für Z 69		23.981	22.954	19.838 454R
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz		538 785VE	858 500VE	178 537R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 14				
	Justizbehörde	538			
	Verpflichtungsermächtigung	785			
702.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg		243	1.056 243VE	534 647R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 812.02 und 812.56				
710.01	Instandsetzung und Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften				1.541 3.669R
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR		490 900VE	1.117 200VE	389 1.771R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 2000.812.01, 2120.812.01, 2150.812.01 und 2300.812.01				
	Justizbehörde	490			
	Verpflichtungsermächtigung	900			
	Behörde für Inneres	-			
812.02	Beschaffungen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg		-		74 26R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 702.56 und 812.56				

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2110				
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik im Rahmen der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg	-		1.228
	Gegenseitig deckungsfähig mit 702.56 und 812.02			
892.56	Investitionszuschüsse im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg			460R
971.09	Verwendung von Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus der Gewinnabschöpfung § 73e StGB u. dgl		-	1.321R
	(Weggefallener Ansatz)			
	Gesamtausgaben	232.963	237.381	
	Summe Verpflichtungsermächtigungen	1.685VE	943VE	
2120	Verwaltungsgerichte			
(053)				
	Einnahmen			
111.01	Verwaltungsgebühren	-	-	
111.49	Benutzungsentgelte	-	-	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 546.69			
111.51	Gerichtskosten	550	550	547
119.98	Vermischte Einnahmen	48	28	48
124.01	Einnahmen aus Werbung	-	-	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 546.69			
	Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1	1	1
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 535.56 und 546.69			
	Gesamteinnahmen	599	579	
	Ausgaben			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	8.965	9.074	8.998
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	104
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	4

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2120				
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter	26	26	14
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
517.60	Bewirtschaftung der Grundstücke	-	-	15
518.60	Mieten und Pachten	-	-	50 1R
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	38	38	5 65R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 12			
	Justizbehörde 38			
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	261	261	245
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik	129	129	98 5R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 11			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 132.91			
681.01	Erstattung notwendiger Auslagen an Beschuldigte in Disziplinar- und Berufsgerichtsverfahren	5	5	2
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
	Titelgruppe(n)			
Z 69	Sach- und Fachausgaben der Verwaltungsgerichte			
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	136	136	153 17R
	Justizbehörde 136			
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke	320	317	283 51R
518.69	Mieten und Pachten	1.050	890	887 22R
546.69	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	75	15	14 27R
	Künftig wegfallend 60			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 111.49 und 124.01			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 132.91			
	Soweit die Einnahmen bei 124.01 den Betrag von 500 EUR übersteigen, fließen sie nur in Höhe von 50 % zu			
	Summen für Z 69	1.581	1.358	1.336 117R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2120				
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR	125	-	10 27R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 2000.812.01, 2110.812.01, 2150.812.01 und 2300.812.01			
	Gesamtausgaben	11.130	10.891	
2150	Finanzgericht			
(055)				
	Einnahmen			
111.01	Verwaltungsgebühren	-	-	
111.51	Gerichtskosten	300	300	328
119.98	Vermischte Einnahmen	-	-	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 546.69			
124.01	Einnahmen aus Werbung	-	-	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 546.69			
	Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1	1	0
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 535.56 und 546.69			
232.01	Erstattung von Kostenanteilen durch Niedersachsen und Schleswig-Holstein für Kosten des gemeinsamen Senats für Zoll- und Verbrauchssteuern	180	180	254
	Gesamteinnahmen	481	481	
	Ausgaben			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	2.781	2.748	2.780
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	21-
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	1
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter	5	5	4
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2150				
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	9	9	13R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 12			
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	20	20	21
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik	48	48	47 0R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 11			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 132.91			
	Titelgruppe(n)			
Z 69	Sach- und Fachausgaben des Finanzgerichts			
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	66	66	64 2R
	Justizbehörde 66			
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung	1	1	
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke	80	30	47 20R
518.69	Mieten und Pachten	341	223	177
546.69	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	45	5	21 2R
	Künftig wegfallend 40			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.98 und 124.01			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 132.91			
	Soweit die Einnahmen bei 124.01 den Betrag von 500 EUR übersteigen, fließen sie nur in Höhe von 50 % zu			
	Summen für Z 69	533	325	310 24R
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR	50	-	
	Gegenseitig deckungsfähig mit 2000.812.01, 2110.812.01, 2120.812.01 und 2300.812.01			
	Gesamtausgaben	3.446	3.155	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2160	Arbeitsgerichte			
(054)				
	Einnahmen			
111.51	Gerichtskosten, Geldstrafen usw.	818	818	808
119.98	Vermischte Einnahmen	4	4	4
124.10	Einnahmen aus der Vermietung von Kfz-Stellplätzen	-	-	4
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 534.69			
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	5	5	5
	Gesamteinnahmen	827	827	
	Ausgaben			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	5.716	5.717	5.514
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	17-
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	5
412.01	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	97	97	90 0R
	Übertragbar			
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	40	40	26
	Deckungsfähig im Deckungskreis 12			
519.56	Außerordentliche Bauunterhaltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit IuK		-	
	(Weggefallener Ansatz)			
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	1.150	1.150	1.086 0R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik	84	29	42 10R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 11			
	Titelgruppe(n)			
Z 69	Sach- und Fachausgaben der Arbeitsgerichte			
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	307	307	307
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke	200	200	187
518.69	Mieten und Pachten	554	554	633

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2160				
534.69	Verwendung der Einnahmen aus der Vermietung von Kfz-Stellplätzen	-	-	
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 124.10			
546.69	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	15	15	12 4R
	Summen für Z 69	1.076	1.076	1.139 4R
	Gesamtausgaben	8.163	8.109	
2170	Sozialgerichte			
(054)				
	Einnahmen			
111.51	Gerichtskosten, Geldstrafen usw.	330	153	154
	Gesamteinnahmen	330	153	
	Ausgaben			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	4.929	4.926	5.665
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	19-
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	4
412.01	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	82	82	74
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
519.01	Unterhaltung der Grundstücke	41	41	16 5R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 12			
519.56	Außerordentliche Bauunterhaltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit IuK		-	71 8R
	(Weggefallener Ansatz)			
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	2.199	2.199	1.859 153R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 10			
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik	84	40	28
	Deckungsfähig im Deckungskreis 11			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2170				
	Titelgruppe(n)			
Z 69	Sach- und Fachausgaben der Sozialgerichte			
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände	235	235	188 2R
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl	3	3	0 1R
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke	190	125	118 1R
518.69	Mieten und Pachten	574	621	622 2R
546.69	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	3	3	2 2R
	Summen für Z 69	1.005	987	929 7R
701.56	Bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit IuK-Technik			8R
	Gesamtausgaben	8.340	8.275	
2300	Justizvollzug			
(056)				
	Einnahmen			
111.01	Verwaltungsgebühren	-	-	1
111.49	Benutzungsentgelte	-	-	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69			
119.01	Ersatzleistungen für Sturm- und Feuerschäden	-	-	
119.98	Vermischte Einnahmen	49	49	62
	50 % der Mehreinnahmen sind zweckgebunden			
	Mehreinnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 536.69			
121.03	Ablieferungen des Wirtschaftsplans Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand an den Haushalt	-	-	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2300				
124.01	Einnahmen aus Werbung	-	-	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69			
	Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	751	751	720
	50 % der Mehreinnahmen sind zweckgebunden			
	Mehreinnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 536.69			
125.01	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten Fuhlsbüttel	1.261	1.261	927
	50 % der Mehreinnahmen sind zweckgebunden			
	Mehreinnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69 und 519.01			
125.02	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Glasmoor	441	441	412
	50 % der Mehreinnahmen sind zweckgebunden			
	Mehreinnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69 und 519.01			
125.03	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand	42	42	8
	50 % der Mehreinnahmen sind zweckgebunden			
	Mehreinnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69 und 519.01			
125.04	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Untersuchungshaftanstalt Hamburg	188	188	231
	50 % der Mehreinnahmen sind zweckgebunden			
	Mehreinnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69 und 519.01			
125.05	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Untersuchungshaft- und Vollzugsanstalt Vierlande	104	104	173
	50 % der Mehreinnahmen sind zweckgebunden			
	Mehreinnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69 und 519.01			
125.06	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Vierlande	194	194	45
	50 % der Mehreinnahmen sind zweckgebunden			
	Mehreinnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69 und 519.01			
125.07	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Sozialtherapeutischen Anstalt Altengamme	6	6	18
	50 % der Mehreinnahmen sind zweckgebunden			
	Mehreinnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69 und 519.01			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2300				
125.08	Erlöse aus dem Verkauf von Rohstoffen der Arbeitsbetriebe	-	-	477 36R
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 514.08			
125.09	Einnahmen aus Verpflegung	105	105	99
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 533.69			
129.01	Beitragsanteile der Gefangenen zur Arbeitslosenversicherung	132	132	91
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 636.01			
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1	1	
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 535.56 und 546.69			
232.01	Erstattung von Haft- und Unterbringungskosten durch andere Bundesländer	542	542	825
	50 % der Einnahmen sind zweckgebunden			
	Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 534.69			
232.02	Erstattung von Haftkosten in Staatsschutzstrafsachen durch die Bundesanwaltschaft	72	72	143
	50 % der Einnahmen sind zweckgebunden			
	Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 534.69			
235.01	Zuweisung des Landesarbeitsamtes für Ausgaben der Gefangenenausbildung	-	-	58
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 511.69			
281.01	Erstattung von Haft- und Unterbringungskosten durch die Gefangenen	230	230	502
	50 % der Mehreinnahmen sind zweckgebunden			
	Mehreinnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 636.01			
	Gesamteinnahmen	4.118	4.118	
	Ausgaben			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	79.685	80.106	77.556
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	76
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	25

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2300				
514.08	Beschaffung von Rohstoffen für die Arbeitsbetriebe	-	-	455
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 125.08			
517.60 (053)	Bewirtschaftung der Grundstücke	-	-	615
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.894	1.894	1.840 600R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 12			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden anteilig in Höhe von 50% der Mehreinnahmen bei 125.01, 125.02, 125.03, 125.04, 125.05, 125.06 und 125.07			
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations-technik	264	192	194
	Deckungsfähig im Deckungskreis 11			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 132.91			
636.01	Zuweisung an die Bundesanstalt für Arbeit -Arbeitslosenversicherung für Gefangene-	2.441	2.500	1.896
	Übertragbar			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 681.01 sowie Z69			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 129.01			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 50% der Mehreinnahmen bei 281.01			
681.01	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfen und Taschengeld für Gefangene	3.300	3.700	2.983
	Übertragbar			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 636.01 sowie Z69			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2300				
	Titelgruppe(n)			
Z 69	Sach- und Fachausgaben des Strafvollzugsamtes			
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.284	1.284	1.636 244R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 636.01 und 681.01			
	Soweit die Einnahmen bei 124.01 den Betrag von 500 EUR übersteigen, fließen sie nur in Höhe von 50 % zu			
	Justizbehörde 1.284			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 111.49, 124.01 und 235.01			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden anteilig in Höhe von 50% der Mehreinnahmen bei 125.01, 125.02, 125.03, 125.04, 125.05, 125.06 und 125.07			
	Bezirksamt Altona -			
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung	398	398	319 136R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 636.01 und 681.01			
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke	3.624	3.624	4.526
	Gegenseitig deckungsfähig mit 636.01 und 681.01			
	Justizbehörde 3.624			
518.69	Mieten und Pachten	313	313	315 6R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 636.01 und 681.01			
526.69	Kosten für Gutachten	20	20	3
	Gegenseitig deckungsfähig mit 636.01 und 681.01			
533.69	Nahrungs- und Verbrauchsmittel	3.251	3.251	3.252
	Grundbewilligung 3.146			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 636.01 und 681.01			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 125.09			
534.69	Ärztliche Behandlung der Gefangenen, medizinische Verbrauchsmittel	2.445	2.445	2.479 148R
	Grundbewilligung 2.138			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 636.01 und 681.01			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe von 50% der Einnahmen bei 232.01 und 232.02			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2300				
536.69	Sonstige Ausgaben für Gefangene einschließlich Fortbildung und Freizeitgestaltung	95	95	144 24R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 636.01 und 681.01			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 50% der Mehreinnahmen bei 119.98 und 124.91			
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben	27	27	97 10R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 636.01 und 681.01			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 132.91			
632.69	Erstattungen für Strafvollzugseinrichtungen an andere Bundesländer	66	66	38
	Übertragbar			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 636.01 und 681.01			
	Summen für Z 69	11.523	11.523	12.809 567R
710.01	Modernisierung und Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten	3.708 7.547VE	6.408 6.647VE	10.405
	Deckungsfähig im Deckungskreis 14			
710.02	Neubau der Justizvollzugsanstalt XII -Teilbetrag-	13.580 32.800VE	19.786 3.580VE	10.018 10.533R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 14			
	Justizbehörde 13.580			
	Verpflichtungsermächtigung 32.800			
735.01	Beschleunigte Senkung des Trinkwasserverbrauchs in öffentlichen Einrichtungen			8 86R
811.01	Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen	375	375 375VE	264 47R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 812.01			
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR	375 511VE	375	609 67R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 811.01 sowie 2000.812.01, 2110.812.01, 2120.812.01 und 2150.812.01			
812.02	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen	-		112 56R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 14			
812.03	Beschaffungen im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt XII -Teilbetrag-	1.738	1.023 1.738VE	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
2300				
812.20	Einrichtung für das Vollzugskrankenhaus			228 420R
	Gesamtausgaben	118.883	127.882	
	Summe Verpflichtungsermächtigungen	40.858VE	12.340VE	

Kontenrahmen für Dienstbezüge - in Tsd. EUR - (KRD) Stand 11.12.2002

2 Justizbehörde - Haushaltsjahr 2003 -

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamtbetrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung Personalamt -ZPD-	15.832	-	8.316
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter Personalamt -ZPD-	1.079	-	663
2110	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften Personalamt -ZPD-	146.337	-	82.546
2120	Verwaltungsgerichte Personalamt -ZPD-	8.965	-	5.753
2150	Finanzgericht Personalamt -ZPD-	2.781	-	1.776
2160	Arbeitsgerichte Personalamt -ZPD-	5.716	-	2.626
2170	Sozialgerichte Personalamt -ZPD-	4.929	-	2.247
2300	Justizvollzug Personalamt -ZPD-	79.685	-	53.370
	Summe 2003	265.324	-	157.297
	Summe 2002	268.484	-	159.426
	Ergebnis 2001 Ist	261.066	-	155.811
	Rest	0	-	0

Kontenrahmen für Dienstbezüge - in Tsd. EUR - (KRD) Stand 11.12.2002

2 Justizbehörde - Haushaltsjahr 2003 -

Titel / Kap. Nr.	425.91 Vergütungen der Angestellten	426.91 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	427.91 Beschäftigungs-entgelte, Auf-wendungen für nebenamtlich u. nebenberuflich Tätige	432.91 Kostenanteil an den Versor-gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	435.91 Kostenanteil an den Versor-gungsbezügen der Angestellten	436.91 Kostenanteil an den Versor-gungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter	441.91 Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
2000	3.963	205	146	2.494	356	18	334
2050	173	0	2	199	15	-	27
2110	31.276	904	642	24.771	2.814	82	3.302
2120	1.127	0	27	1.726	101	-	231
2150	368	0	0	533	33	-	71
2160	2.017	0	0	787	181	0	105
2170	1.760	0	0	674	158	-	90
2300	7.210	63	238	16.014	649	6	2.135
	47.894	1.172	1.055	47.198	4.307	106	6.295
	48.076	1.268	1.055	47.838	4.440	0	6.381
	45.687 0	1.387 0	755 0	46.955 0	4.213 0	0 0	6.260 0

Erläuterungen zu den Kapiteln

2000 Justizverwaltung

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Kapitel entspricht dem Produktbereich Justizverwaltung. Für die Entwicklung der Aufgaben ist u.a. die Anzahl der Beschäftigten in der Justiz insgesamt – einschl. Referendarinnen und Referendare und Auszubildenden –, der Grad der Dezentralisierung von Geschäfts- und Serviceaufgaben auf Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der Grad der Modernisierung, Optimierung und Automation von Geschäftsprozessen maßgebend.

2. Zuwendungen

Die Justizbehörde gewährt Zuwendungen aus dem Titel 2000.684.69 „Zuwendungen an Dritte für soziale Zwecke" an den Kindergarten Sievekingplatz e.V. und die Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten. Siehe auch Erläuterungen dort.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 01, Produktgruppe 01

119.98 – Vermischte Einnahmen –

Gelder, die nicht zugeordnet werden können, werden auf einem Verwahrgeldkonto gebucht. Dieses gilt z.B. für im Vorschusswege gezahlte Beträge, die einem bestimmten Verfahren nicht zugeordnet werden können. Gelingt es über einen längeren Zeitraum hinweg nicht, diese Beträge einem bestimmten Verfahren zuzuordnen bzw. an einen Berechtigten auszukehren, werden sie an den Haushalt abgeführt. Mehr aufgrund der Durchschnittsergebnisse der Vorjahre.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

531.69 – Herausgabe des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes mit Amtlichem Anzeiger –

Die mit dem Druck und Vertrieb des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes und des Amtlichen Anzeigers beauftragte Druckerei setzt den erzielten Verkaufserlös von den Druckkosten direkt ab und stellt der Justizbehörde den verbleibenden Rechnungsbetrag für die Druckkosten in Rechnung.

684.69 – Zuwendungen an Dritte für soziale Zwecke –

Zuwendungen sind vorgesehen an (Beträge in Tsd. EUR)

Zuwendungsempfänger	Beginn der Förderung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Bewilligung 2001
Kindergarten am Sievekingplatz e.V.	1995	68	68	68
Notruf für Gefangene	1999			13
Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugs-bediensteten	1998	1	1	1
Einmalige Einzelprojekte				1
Summe		69	69	83

Investitionen

701.56 – Baumaßnahmen für IuK-Technik –

Veranschlagt sind Mittel für Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechniken.

812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR –

Vorgesehen sind Beschaffungen zur Verbesserung der Ausstattung in der Justizverwaltung.

2050 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Für die Entwicklung der Aufgaben sind insbesondere die Innovationen der IuK-Technik, die Anzahl der betreuten Stellen sowie die gemeldeten Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen maßgebend.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden im Bereich des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten nicht gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 02, Produktgruppe 04

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

546.69 – Sonstige Sach- und Fachausgaben –

Der kw-Betrag ist vorgesehen für Umzugskosten des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten.

Investitionen

Für den Bereich des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten sind keine Investitionen geplant.

2110 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl der Verfahren - einschließlich der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, der Register und des Grundbuchs etc.-, von dem Umfang und der Struktur der Verfahren sowie dem Grad der Modernisierung, Optimierung und Automation von Geschäftsprozessen abhängig.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden im Bereich der ordentlichen Gerichte nicht gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 03

111.51 – Gerichtskosten –
111.54 – Gebühreneinnahmen der Vollstreckung –
111.55 – Auslagenersatz der Vollstreckung –

Bei 111.51 weniger in Anlehnung an das Ergebnis 2001, das noch die Gebühreneinnahmen und den Auslagenersatz der Vollstreckung in Höhe von rund 7,5 Mio. EUR enthält.

Die Titel 111.54 und 111.55 wurden zu Lasten des Titels 111.51 zur transparenteren Darstellung der Einnahmen durch den Gerichtsvollzieherdienst neu eingerichtet. Zur besseren Übersicht wurden auch die Vergleichszahlen für 2002 entsprechend angepasst.

111.52 – Mahnverfahren –

Mehr in Anpassung an das Ergebnis 2001

119.09 – Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus Gewinnabschöpfung – § 73e StGB und dgl. –

Kosten, die im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwertung zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögensgegenstände entstehen, werden von den Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus der Gewinnabschöpfung - § 73e StGB und dgl. - abgesetzt.

119.98 – Vermischte Einnahmen –

Bei diesem Titel werden insbesondere Einnahmen aus hinterlegten Geldern nachgewiesen. Es handelt sich dabei um vorübergehende Einnahmen, die zu gegebener Zeit auf Antrag eines Berechtigten wieder ausgekehrt werden müssen.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

519.01 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –

Der Ansatz wurde aufgrund der laufenden Sanierungsmaßnahmen sowie unter Berücksichtigung des Haushaltsrestes gegenüber dem Vorjahr abgesenkt.

526.01 – Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten) –

Die Mittel sind vorgesehen für Gebühren und Auslagen an Rechts- und Patentanwälte in Prozesskostenhilfesachen, Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen, Bekanntmachungskosten, Reisekosten des Gerichts sowie andere Verfahrensauslagen. Weniger in Anlehnung an das Ergebnis 2001.

535.56 – Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik –

Die Justizbehörde hat den Technikeinsatz bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften weiter intensiviert.

459.68 – Anspornprämien der Gerichtsvollzieher (§ 49 (1,2) BBesG) –
526.68 – Schreibauslagen und Bürokosten der Gerichtsvollzieher (§ 49 (3) BBesG) –
546.68 – Auslagenerstattung –
547.68 – Kostenbefreite Auslagen (§ 2 (1,2) GvKostG) –

Die Titelgruppe Z 68 (Vollstreckungskosten) wurde zur transparenteren Darstellung der mit der Aufgabenwahrnehmung durch die Gerichtsvollzieher entstehenden Kosten neu eingerichtet. Die Ansätze für diese Titel wurden haushaltsneutral zu Lasten des Titels 9710.459.92 (sonstige personalbezogene Sachausgaben) aus dem Einzelplan 9.2 (Allgemeine Finanzverwaltung) übertragen.

517.69 – Bewirtschaftung der Grundstücke –
518.69 – Mieten und Pachten –

Die kw-Beträge sind vorgesehen für die Weiternutzung des Gebäudes Johannes-Brahms-Platz 1 bis zum Jahresende 2003, um einen ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb der Gerichte im Zuge der Sanierung der Justizgebäude, des Neubaus des Hauses der Gerichte am Lübeckertordamm und der Segmentierung des Amtsgerichts Hamburg-Mitte aufgrund der damit zusammenhängenden Umbauten und Umzüge zu gewährleisten.

546.69 – Sonstige Sach- und Fachausgaben –

Der kw-Betrag ist vorgesehen für Umzüge im Zusammenhang mit der Sanierung der Justizgebäude, des Neubaus des Hauses der Gerichte am Lübeckertordamm und der Segmentierung des Amtsgerichts Hamburg-Mitte.

Investitionen

701.01 – Kleine Investitionen im Bereich der Justiz –

Die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigung sind vorgesehen für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie für Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (häusliche Sicherung der Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte; Sicherungseinrichtungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften).

702.56 – Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichts Hamburg –

Nach Abschluss des Projektes „Segmentierung des Amtsgerichts Hamburg“ werden an diesem Gericht – mit einer Größe von 16 Dezernaten und ca. 1.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – die zentrale Verwaltungsabteilung und die vier Segmente Zivilverfahren/Vollstreckung, Strafverfahren, Familien- und Vormundschaftsgericht sowie Freiwillige Gerichtsbarkeit als weitgehend selbständige Teilbereiche optimaler Größe (Segmente) organisiert. Gleichzeitig wird durch die Gründung zweier neuer Stadtteilgerichte, Hamburg-Barmbek (hat die Arbeit bereits aufgenommen) und Hamburg-St. Georg (im Haus der Gerichte am Lübeckertordamm) die Bürgernähe der Justiz erhöht. Veranschlagt ist die Schlussrate. Einzelheiten wurden der Bürgerschaft mit den Drucksachen 16/5926 „Gründung des Amtsgerichts Hamburg-Barmbek u.a.“ und 17/953 „Gründung des Amtsgerichts Hamburg-St. Georg u.a.“ erläutert.

812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR –

Die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigung sind vorgesehen für:

- Beschaffungen im Rahmen der Modernisierung zur Verbesserung der Ausstattung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften (z. B. in Sitzungssälen der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit)
- Erweiterung der Fernsprechsonderanlage der Polizei und Anpassung an die aktuelle Fernmeldetechnik
- Beschaffungen im Zusammenhang mit den Prüfungen des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten

2120 Verwaltungsgerichte

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl der Verfahren, von dem Umfang und der Struktur der Verfahren sowie dem Grad der Modernisierung, Optimierung und Automation von Geschäftsprozessen abhängig.

2. Zuwendungen

Im Bereich der Verwaltungsgerichte werden keine Zuwendungen gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 04, Produktgruppe 10

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

518.69 – Mieten und Pachten –

Veranschlagt sind die anteiligen Kosten für die Anmietung des Hauses der Gerichte am Lübeckertordamm für die Verwaltungsgerichte.

546.69 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben –

Der kw-Betrag ist vorgesehen für den Umzug der Verwaltungsgerichte.

Investitionen

812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR –

Die Mittel sind für Ersatz- und Neubeschaffungen im Rahmen des Umzugs der Verwaltungsgerichte vorgesehen.

2150 Finanzgericht

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl der Verfahren, von dem Umfang und der Struktur der Verfahren sowie dem Grad der Modernisierung, Optimierung und Automation von Geschäftsprozessen abhängig.

2. Zuwendungen

Im Bereich des Finanzgerichts werden keine Zuwendungen gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 04, Produktgruppe 11

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

518.69 – Mieten und Pachten –

Veranschlagt sind die anteiligen Kosten für die Anmietung des Hauses der Gerichte am Lübeckertordamm.

546.69 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben –

Der kw-Betrag ist vorgesehen für den Umzug des Finanzgerichts.

Investitionen

812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR –

Die veranschlagten Mittel sind für Ersatz- und Neubeschaffungen im Rahmen des Umzugs des Finanzgerichts vorgesehen.

2160 Arbeitsgerichte

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Kapitel umfasst die Ressourcen für das Landesarbeitsgericht und das Arbeitsgericht Hamburg sowie ihrer gemeinsamen Verwaltung. Die im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2002 aus dem Einzelplan 4 übernommene Kapitelstruktur wurde ab dem Haushaltsjahr 2003 der im Einzelplan 2 der Justizbehörde vorhandenen Struktur angepasst. Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl der Verfahren, von dem Umfang und der Struktur der Verfahren sowie dem Grad der Modernisierung, Optimierung und Automation von Geschäftsprozessen abhängig.

2. Zuwendungen

Im Bereich der Arbeitsgerichte werden keine Zuwendungen gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 05, Produktgruppe 12

111.51 – Gerichtskosten, Geldstrafen –
im Vorjahr 111.21

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Die Titelgruppe Z 66 wurde nach der Überleitung der Arbeitsgerichte aus dem Einzelplan 4 in Anpassung an die Struktur des Einzelplans 2 aufgelöst. Dafür wurden folgende Titel neu eingerichtet:

412.01 – Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter –
im Vorjahr 412.66

519.01 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –
im Vorjahr anteilig in 546.66

526.01 – Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten) –
im Vorjahr 526.66

511.69 – Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände –
im Vorjahr anteilig in 546.66

517.69 – Bewirtschaftung der Grundstücke –
im Vorjahr anteilig in 546.66

518.69 – Mieten und Pachten –
im Vorjahr anteilig in 546.66

534.69 – Verwendung der Einnahmen aus der Vermietung von Kfz-Stellplätzen –
im Vorjahr 534.66

546.69 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben –
im Vorjahr anteilig in 546.66

Die Ansätze bei den neu eingerichteten Titeln ergeben sich durch eine sachgerechte Aufteilung aus den jeweiligen Vorjahrestiteln.

Investitionen

Für den Bereich der Arbeitsgerichte sind keine Investitionen geplant.

2170 Sozialgerichte

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Kapitel umfasst die Ressourcen für das Landessozialgericht und das Sozialgericht Hamburg sowie ihrer gemeinsamen Verwaltung. Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl der Verfahren, von dem Umfang und der Struktur der Verfahren sowie dem Grad der Modernisierung, Optimierung und Automation von Geschäftsprozessen abhängig.

2. Zuwendungen

Im Bereich der Sozialgerichte werden keine Zuwendungen gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 05, Produktgruppe 13

111.51 – Gerichtskosten, Geldstrafen –
im Vorjahr 111.21

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Relevante Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind nicht zu verzeichnen.

Die Titelgruppe Z 61 wurde nach der Überleitung der Sozialgerichte aus dem Einzelplan 4 in Anpassung an die Struktur des Einzelplans 2 durch die Titelgruppe Z 69 ersetzt.

Investitionen

Für den Bereich der Sozialgerichte sind keine Investitionen geplant.

2300 Justizvollzug

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die den Justizvollzugsanstalten vorgesetzte Verwaltungseinheit ist das Strafvollzugsamt. Es übt die Fach- und Rechtsaufsicht über die Anstalten aus und ist zuständig für die zentralen vollzuglichen Planungen einschließlich der Personalausbildung und -disposition sowie die Finanzplanung. Außerdem wird vom Strafvollzugsamt die Organisationsentwicklung des Vollzuges und die betriebswirtschaftliche Steuerung der Anstalten geleistet.

In Hamburg gibt es zwölf Justizvollzugsanstalten:

- JVA Suhrenkamp (geschlossener Vollzug)
- JVA Am Hasenberge (geschlossener Vollzug)
- JVA Glasmoor (offener Vollzug mit geschlossener Abteilung für Abschiebungshaft)
- Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand (offener und geschlossener Jugendvollzug; offener und geschlossener Frauenvollzug)
- JVA Nesselstraße (geschlossener Vollzug)
- Untersuchungshaftanstalt Hamburg mit Zentralkrankenhaus
- Untersuchungshaft- und Vollzugsanstalt Vierlande (geschlossener Vollzug)
- Sozialtherapeutische Anstalt Bergedorf (geschlossener Vollzug)
- JVA Vierlande (offener Vollzug), ab 1.7.2003 JVA Billwerder (geschlossener Vollzug)
- Übergangsanstalt Moritz-Liepmann-Haus (offener Vollzug für Männer und Frauen))
- Sozialtherapeutische Anstalt Altengamme (offener Vollzug für Männer und Frauen)
- Jugendarrestanstalt und Übergangseinrichtung für Jugendstrafgefangene im Christian-Koch-Haus.

In ihnen werden Gefangene behandelt, betreut und versorgt. Die Behandlung bezieht sich insbesondere auf medizinische, sozial-, drogen- und arbeitstherapeutische, psychologische sowie allgemeine soziale Notwendigkeiten. Bei entsprechenden individuellen Voraussetzungen kann eine schulische oder berufliche Ausbildung eingeleitet und gegebenenfalls abgeschlossen werden. Darüber hinaus wird versucht, den Gefangenen - bei Bedarf und nach Möglichkeit - Arbeit und Wohnung für die Zeit nach der Entlassung zu beschaffen sowie eine Schuldenregulierung einzuleiten. Durch entsprechende Sicherheitsvorkehrungen wird die Allgemeinheit vor Straftaten der Inhaftierten geschützt.

2. Zuwendungen

Zuwendungen für den Bereich des Strafvollzugs sind im Kapitel 2000 veranschlagt. Siehe Erläuterungen zum Titel 2000.684.69.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 06, Produktgruppen 14 und 15

125.01
bis – Einnahmen der Arbeitsbetriebe –
125.07

Die Zweckbindung von 50% der Mehreinnahmen für zusätzliche Ausgaben dient als Anreiz zur Einnahmeerhöhung in den Arbeitsbetrieben.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

636.01 – Zuweisung an die Bundesanstalt für Arbeit – Arbeitslosenversicherung für Gefangene –
681.01 – Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfen und Taschengeld für Gefangene –

Weniger infolge Überprüfung der Vergütungsstufen sowie der zu gewährenden Zulagen

632.69 – Erstattungen für Strafvollzugseinrichtungen an andere Bundesländer –

Veranschlagt sind die Kosten für die Unterbringung von weiblichen jugendlichen Gefangenen in der JVA Vechta.

Investitionen

710.01 – Modernisierung und Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten –

Neben den in der nachfolgenden Übersicht dargestellten Maßnahmen über 2,5 Mio. EUR sind die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigung u.a. vorgesehen für

- Justizvollzugsanstalt Suhrenkamp – Erneuerung Grundsielleitungen
- Untersuchungshaft- und Vollzugsanstalt Vierlande – Verlegung Kaltwasserleitung
- Sozialtherapeutische Anstalt Altengamme – Umbau Heizanlage

Einzelmaßnahmen (Hochbau) über 2,5 Mio. EUR in Globaltiteln:

Kurzbezeichnung	Gesamtkosten	davon im Haushaltsjahr 2003	Bemerkungen
	– in Tsd. EUR –		
Erweiterung Frauenvollzug	4.400	500	
Untersuchungshaftanstalt – C-Flügel	6.300	210	
Justizvollzugsanstalt Am Hasenberge A- und B-Flügel	2.744	13	Zunächst wird nur der A-Flügel umgebaut.
Untersuchungshaftanstalt – B-Flügel	2.556	511	

Folgewirkungen der neuen Investitionen:
Es entstehen keine Folgekosten aus den genannten Investitionsmaßnahmen, da es sich dabei ausschließlich um Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen handelt. Durch einige Maßnahmen werden voraussichtlich Einsparungen erzielt werden können, deren Umfang sich aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht quantifizieren lässt.

710.02 – Neubau der Justizvollzugsanstalt XII –

Mit dem Neubau einer Vollzugsanstalt in Billwerder und der Aufgabe der offenen JVA Vierlande (Anstalt XII) soll die Belegung des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme mit Einrichtungen des Justizvollzuges beendet und Raum für die Erweiterung der Gedenkstätte Neuengamme geschaffen werden. Ursprünglich war die Justizvollzugsanstalt Billwerder als offene Anstalt mit 382 Plätzen geplant. Die steigenden Belegungszahlen und Überbelegung bzw. Mehrfachbelegung von Hafträumen sowie das ungünstige Verhältnis zwischen Plätzen im offenen und geschlossenen Vollzug haben eine Konzeptionsänderung und Haftplatzerweiterung zugunsten des geschlossenen Vollzuges erforderlich gemacht. Vorgesehen ist nunmehr eine Anstalt des geschlossenen Vollzuges für erwachsene Männer mit dem üblichen Nebenraum für Arbeit und Ausbildung, medizinische Versorgung, Freizeit und Verwaltung mit 799 Plätzen (davon 35 Freigängerplätze). Hinzu kommen rd. 40 Arrest- und Sicherungshafträume. (vgl. Bürgerschaftsdrucksache 17/802).

Gesamtkosten:	110.185.000 EUR
Davon entfallen auf	
Grunderwerb/Freimachungskosten für Gelände Neuengamme (noch nicht veranschlagt)	10.040.000 EUR
Gesamtkosten – ohne Grunderwerb – nach § 24 LHO	100.145.000 EUR

Davon entfallen auf	
Kosten für den Architektenwettbewerb und die Hochbauplanung bis 1993	1.690.000 EUR

Bisherige Gesamtkosten nach § 24 LHO (einschl. Einrichtungskosten von 2.761.000 EUR)	49.135.000 EUR
Gesamtkosten der Änderung der Konzeption der JVA Billwerder (einschl. Einrichtungskosten von 790.000 EUR)	42.800.000 EUR
Herrichtung des Baugrundstücks durch das Bezirksamt Bergedorf	4.290.000 EUR
Kosten für die äußere Erschließung des Baugrundstücks	2.230.000 EUR
Veranschlagt sind:	
bis 2002	42.794.000 EUR
Ansatz 2003	13.580.000 EUR
Vorbehalten bleiben	32.800.000 EUR
Verpflichtungsermächtigung zulasten 2004	12.800.000 EUR
zulasten 2005	15.000.000 EUR
zulasten 2006	5.000.000 EUR

Für die erweiterte Justizvollzugsanstalt Billwerder mit 799 Haftplätzen ergibt sich ein Stellenbedarf von insgesamt 331 Stellen. Unter Anrechnung der für die Justizvollzugsanstalt Vierlande vorhandenen Stellen reduziert sich der Stellenmehrbedarf für die Justizvollzugsanstalt Billwerder auf 210 Stellen verschiedener Berufsgruppen. Dieser Bedarf soll durch eine strukturelle Neuordnung des Vollzuges aus dem Bestand gedeckt werden. Die geschätzten sächlichen Folgekosten von rd. 1,4 Mio. EUR werden zu den jährlichen Haushaltsplänen eingeworben.

811.01 – Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen –

Für 2003 ist die Ersatzbeschaffung eines Gefangenentransportwagens vorgesehen.

812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR –

Die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigung sind vorgesehen für den Ersatz diverser Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Wirtschafts-, Haus- und Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten.

812.03 – Beschaffung im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt XII –

Vorgesehen ist die Beschaffung der erforderlichen Einrichtungsgegenstände für den 1. Bauabschnitt der Justizvollzugsanstalt.

Anlage 1

Haushaltsplan **Haushaltsjahr 2003**
Freie und Hansestadt Hamburg

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 2

Justizbehörde

Einzelplan 2 Justizbehörde

I. S t e l l e n b e s t a n d

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					61,00	Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte
					23,03	Bereich der Angestellten
					1,00	Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	85,03	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach-wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin-nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
2000	Amt für Allg. Verwaltung	2003	140,52		242,00	91,70		6,00		238,22
		2002	130,77		213,00	93,10		12,04		235,91
2050	Hmb. DSB	2003	13,00			3,63				16,63
		2002	12,00			3,63				15,63
2100	Justizamt	2003	91,50	1,00		47,90				140,40
		2002	36,00	0,00		23,19				59,19
2110	Ordentliche Gerichte	2003	1.489,89	9,00	775,00	736,99		33,59		2.269,47
		2002	1.480,89	8,00	775,00	737,05		36,63		2.262,57
2120	Verwaltungsgerichte	2003	116,50			41,13				157,63
		2002	116,00			41,88				157,88
2150	Finanzgericht	2003	33,00			8,80				41,80
		2002	33,00			8,80				41,80
2160	Arbeitsgerichte	2003	67,00			44,55				111,55
		2002	0,00			0,00				0,00
2170	Sozialgerichte	2003	76,00			55,00				131,00
		2002	0,00			0,00				0,00
2180	Staatsanwaltschaften	2003	360,50	6,00		174,86		3,00		544,36
		2002	340,50	7,00		174,70		3,00		525,20
2300	Strafvollzugsamt	2003	1.619,17			119,69	1,00			1.738,86
		2002	1.663,00			120,43	1,00			1.783,43
	gesamt:	**2003**	**4.007,08**	**16,00**	**1.017,00**	**1.324,25**	**1,00**	**42,59**	**0,00**	**5.389,92**
		2002	**3.812,16**	**15,00**	**988,00**	**1.202,78**	**1,00**	**51,67**	**0,00**	**5.081,61**

Einzelplan 2 Justizbehörde

II. E r l ä u t e r u n g e n

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2002	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2002				Stellenplan 2003	Diffe-renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen-abgänge	Anzahl der Stellen 2003	2003/ 2002
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
2	2000 Amt für Allg. Verwaltung	235,91	-3,00	3,00	-8,50	25,00	-14,19	238,22	2,31
	2050 Hmb. DSB	15,63				1,00		16,63	1,00
	2100 Justizamt	59,19		83,71	-1,00	1,50	-3,00	140,40	81,21
	2110 Ordentliche Gerichte	2262,57	-6,00	12,50		52,93	-52,53	2269,47	6,90
	2120 Verwaltungsgerichte	157,88				1,00	-1,25	157,63	-0,25
	2150 Finanzgericht	41,80						41,80	0,00
	2160 Arbeitsgerichte	0,00		113,55	-2,00			111,55	111,55
	2170 Sozialgerichte	0,00		131,00				131,00	131,00
	2180 Staatsanwaltschaften	525,20	-1,00		-1,00	46,30	-25,14	544,36	19,16
	2300 Strafvollzugsamt	1783,43				3,50	-48,07	1738,86	-44,57
	Summe:	5081,61	-10,00	+343,76	-12,50	+131,23	-144,18	5389,92	308,31

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2000 Amt für Allgemeine Verwaltung

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					2,00	Bereich der Angestellten
					1,00	Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Eine Stelle der Vergütungsgruppe V c BAT kann durch das Statistische Landesamt für die Erstellung von diversen Statistiken für die Gerichte und Staatsanwaltschaften in Anspruch genommen werden.

Aus der hier ausgewiesenen Kapazität in den Vergütungsgruppen Richtl. Angestellte können auch teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte in den Kapiteln 2110 und 2300 bezahlt werden.

Den Beamtinnen und Beamten des mittleren sowie des einfachen Justizdienstes kann die Justizbehörde für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vollziehungsbeamtin bzw. Vollziehungsbeamter der Justiz kraft Auftrages einen Anteil an den Gebühren und eine widerrufliche Entschädigung bewilligen.

In fünf Planstellen Justizamtfrau/Justizamtmann BesGr. A 11 können Beamtinnen und Beamte nur für die Dauer ihrer Teilnahme an Ausbildungslehrgängen für Amtsanwältinnen und Amtsanwälte geführt werden.

In dreizehn Planstellen Justizobersekretärin/Justizobersekretär BesGr. A 7 können Beamtinnen und Beamte nur für die Dauer ihrer Teilnahme an Ausbildungslehrgängen für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher geführt werden.

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 3	1,00	1,00	1)	1,00	Besoldung nach R 3 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	4,00	4,00	2)	4,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 14	7,00	3,00	3)	6,00	***Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle***
A 13	4,00	3,00	4)	3,00	Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	7,00			7,00	
A 12	10,00			11,00	
A 11	23,00			19,00	
A 10	8,00	1,00	5)	9,00	***Vermerk weggefallen***
		0,00	11)		***Vermerk weggefallen***
A 9	5,00	1,00	6)	7,00	***Vermerk weggefallen***
A 9	25,00			24,00	
A 8	24,00			28,00	
A 7	13,52			1,77	

B 3	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (4,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (7,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (1,00)
A 13	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (7,00)
A 12	Amtsrätin/ Amtsrat (9,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (1,00)
A 11	Justizamtfrau/ Justizamtmann (5,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (18,00)
A 10	Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (0,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (8,00)
A 9	Justizinspektorin/ Justizinspektor (1,00), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (4,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (24,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Betriebsdienst (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (0,00)
A 8	Justizvollstreckungshauptsekretärin/ Justizvollstreckungshauptsekretär (11,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (13,00)
A 7	Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (13,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,52)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2000 Amt für Allgemeine Verwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung Zu-gang	Verlagerung Ab-gang	Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 14			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Neustrukturierung der Behörden
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung d. Justizbehörde zum Hanseatischen Oberlandesgericht
A 11		5,00							5,00	StPl 2002; Ausgleichstellen für die Ausbildung von Amtsanwältinnen und Amtsanwälten
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung d. Justizbehörde zum Hanseatischen Oberlandesgericht
A 10	-1,00								-1,00	Neuschaffung von Ausgleichstellen für die Ausbildung von Amtsanwältinnen und Amtsanwälten zum StPl 2002
A 10		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
A 10			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 10		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 10	-1,00								-1,00	Neuschaffung von Ausgleichstellen für die Ausbildung von Amtsanwältinnen und Amtsanwälten zum StPl 2002
A 9	-1,00								-1,00	Neuschaffung von Ausgleichstellen für die Ausbildung von Amtsanwältinnen und Amtsanwälten zum StPl 2002
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung d. Justizbehörde zum Hanseatischen Oberlandesgericht
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2100; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Neustrukturierung der Behörden
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung der Justizbehörde zum Hansatischen Oberlandesgericht
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2100; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Übertragung von Personalverwaltungsaufgaben der Justizbehörde auf das Amtsgericht Hamburg
A 8					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung d. Justizbehörde zum Hanseatischen Oberlandesgericht
A 7		13,00							13,00	StPl 2002; Ausgleichstellen für die Ausbildung von Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 14	3)	3,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	2,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2000 Amt für Allgemeine Verwaltung

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
		1,00	7)		***Vermerk weggefallen***
A 6	1,00			1,00	
A 6	2,00			2,00	
A 5	4,00			5,00	
A 4	2,00			2,00	
Summe:	140,52			130,77	

A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)
A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (2,00)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (4,00)
A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (2,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 15	1,00			2,00	
A 11	1,00			1,00	
A 9	1,00			2,00	
A 9	1,00			1,00	
A 8	3,00			3,00	
Summe:	7,00			9,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs gD	48,00			48,00	
Nachwuchs mD	194,00			165,00	
Summe:	242,00			213,00	

Nachwuchs gD Rechtspfleger-Anwärterin/ Rechtspfleger-Anwärter (40,00), Verwaltungsinspektor-Anwärterin/ Verwaltungsinspektor-Anwärter (8,00)
Nachwuchs mD Justizsekretäranwärterin/ Justizsekretäranwärter (74,00), Obersekretäranwärterin/ Obersekretäranwärter (Strafvz) (120,00), Verwaltungssekretär-Anwärterin/ Verwaltungssekretär-Anwärter (0,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2000 Amt für Allgemeine Verwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-3,00	21,00	-2,00	3,00	-8,00	1,00			12,00	
A 5			-1,00						-1,00	arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Justizwachtmeisterdienstes
Summe Beamtinnen/ Beamte	-3,00	21,00	-3,00	3,00	-8,00	1,00	0,00	0,00	11,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,25	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	-3,00	21,00	-3,25	3,00	-8,00	0,00	0,00	0,00	9,75	
Nachwuchs mD		36,00							36,00	Beendigung der Stellenübertragung für die Unterbringung geprüfter Anwärter des Allgemeinen Vollzugsdienstes (Streichung von 36 Stellen OS StrV A 7 bei Kap. 2300)
Nachwuchs mD			-7,00						-7,00	Konsolidierung 2001;Verzicht auf die Ausbildung von Nachwuchskräften des mittleren Verwaltungsdienstes im Strafvollzug
*Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)**	0,00	36,00	-7,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29,00	

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	1,00			1,00	Nr. 6	
A 15	0,00			1,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
A 9	1,00			2,00	Nr. 6	
A 9	1,00			1,00	Nr. 6	
A 8	2,00			1,00	Nr. 6	
A 8	1,00			2,00	Nr. 7	
gesamt:	7,00			9,00		

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2000 Amt für Allgemeine Verwaltung

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a hD	3,00			4,00	
Richtl. Ang.hD	6,69			6,69	
III	1,84			1,84	
IV a	1,50			1,50	
IV b	6,00			5,50	
V b gD	1,00			1,00	
Richtl. Ang.gD	17,17			17,17	
V c	13,00	1,00	8)	12,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
VI b	28,25	1,00	9)	28,50	kw: 1,00 VergGr. VI b nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
VII	2,50	1,00	10)	3,50	kw: 1,00 VergGr. VII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
IX b/VII	2,75			3,40	
VIII	1,00			1,00	
IX b	7,00			7,00	
Summe:	91,70			93,10	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
5	3,00			6,00	
2	3,00	1,00	11)	6,04	kw: 1,00 Lohngr. 2 nach Freiwerden der Stelle
Summe:	6,00			12,04	
Summe (ohne *) insgesamt	**238,22**			**235,91**	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2000 Amt für Allgemeine Verwaltung

II. E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
II a hD						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
V c		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (personalwirtschaftliche Gründe)
VI b		2,50							2,50	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
VI b			-1,50						-1,50	Interne organisatorische Maßnahme
VI b			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
VII			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (personalwirtschaftliche Gründe)
Summe Angestellte										
	0,00	3,50	-3,50	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,50	-1,40	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-1,40	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	4,00	-4,90	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-1,40	
5			-3,00						-3,00	Neuorganisation des Managements öffentlicher Gebäude -Auflösung der Betriebstechnischen Einheit-
2			-3,04						-3,04	Konsolidierung 2001;arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Hausdienstes
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter										
	0,00	0,00	-6,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-6,04	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-3,00	25,00	-14,19	3,00	-8,50	0,00	0,00	0,00	2,31	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2050 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
A 16	1,00	1,00	1)	1,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	4,00	4,00	2)	4,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	3,00			2,00	
A 12	3,00			4,00	
A 10	1,00			0,00	
Summe:	13,00			12,00	

B 6 Hamburgische Datenschutzbeauftragte/ Hamburgischer Datenschutzbeauftragter (1,00)
A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (4,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (3,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 15	1,00			1,00	
A 14	1,00			1,00	
Summe:	2,00			2,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	1,00			1,00	
IV b	0,63			0,63	
VI b	2,00			2,00	
Summe:	3,63			3,63	
Summe (ohne *) insgesamt	**16,63**			**15,63**	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2050 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	1,00			1,00	Nr. 6	
A 14	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	2,00			2,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13		1,00							1,00	Für die Umsetzung des novellierten Bundesdatenschutzgesetzes
A 12								-1,00	-1,00	aufgabengerechte Anpassung der Stellenwertigkeit für die Verwaltungsleitung beim Hamburgischen Datenschutzbeauftragten
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	

Summe (ohne *) insgesamt	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2100 Justizamt

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					2,00	Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte
					2,00	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 3	2,00	2,00	1)	2,00	Besoldung nach R 3 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 16	1,00	1,00	2)	1,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	10,00	10,00	3)	11,00	***Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle***
A 14	0,00	1,00	4)	1,00	***Vermerk weggefallen***
A 13	0,00	1,00	5)	1,00	***Vermerk weggefallen***
A 13	2,00			1,00	
A 12	4,50	0,50	6)	2,00	***kw: 0,50 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 31.12.2002***
		1,00	7)		***ku: 1,00 BesGr. A 12 Sozialamtsrätin/ Sozialamtsrat nach BesGr. A 11 SozA nach Freiwerden der Stelle***
A 11	64,00	2,00	8)	12,00	***kw: 2,00 BesGr. A 11 Sozialamtfrau/ Sozialamtmann nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-***
A 10	1,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 9	1,00			2,00	

B 6	Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
B 3	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
A 16	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (10,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
A 13	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00), Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (1,00)
A 12	Amtsrätin/ Amtsrat (2,50), Sozialamtsrätin/ Sozialamtsrat (2,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (61,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2100 Justizamt

II. E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15			-1,00						-1,00	Konsolidierung 2001; Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich der Abteilung für Justizgesetzgebung und -aufsicht, Justiziariat im Justizamt
A 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13			-1,00						-1,00	Organisatorische Maßnahme im Bereich der Gnadenabteilung des Justizamtes
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11				29,00					29,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11				23,00					23,00	Verlagerung von Kapitel 4470; Aufgaben- und Stellenverlagerung (Neugliederung der Behörden)
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 15	3)	10,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	11,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 14	4)	weggefallen	1,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	5)	weggefallen	1,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 12	6)	kw: 0,50 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 31.12.2002	
A 12	7)	ku: 1,00 BesGr. A 12 Sozialamtsrätin/ Sozialamtsrat nach BesGr. A 11 SozA nach Freiwerden der Stelle	
A 11	8)	kw: 2,00 BesGr. A 11 Sozialamtfrau/ Sozialamtmann nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2100 Justizamt

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 8	2,00			1,00	
A 7	2,00			1,00	
Summe:	91,50			36,00	

A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 15	1,00			1,00	
A 14	1,00			0,00	
A 11	0,00			1,00	
A 8	0,00			1,00	
Summe:	2,00			3,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 13	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2100 Justizamt

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	1,00			1,00	Nr. 2	
A 14	1,00			0,00	Nr. 7	
A 11	0,00			1,00	Nr. 6	
A 8	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	2,00			3,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-2,00	57,00	-1,00	-1,00			53,00	
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	-2,00	59,00	-1,00	-1,00	0,00	0,00	55,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	0,50	-2,00	59,00	-1,00	-1,00	0,00	0,00	55,50	
A 13		1,00							1,00	vorübergehende Stellenschaffung zur Unterbringung einer geprüften Nachwuchskraft
Summe Andere Amtsstellen	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2100 Justizamt

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	1,00			0,00	
II a hD	0,67			0,00	
III	0,50			0,00	
IV b	25,69			10,19	
V b gD	1,00			0,00	
V c	5,00			5,00	
VI b	1,00			1,00	
VII	5,50	1,00	9)	1,00	***kw: 1,00 VergGr. VII nach Ausscheiden einer/ eines blinden Mitabeiterin/ Mitarbeiters***
IX b/VII	6,54			6,00	
VIII	1,00	1,00	10)	0,00	***kw: 1,00 VergGr. VIII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen***
Summe:	47,90			23,19	
Summe (ohne *) insgesamt	**140,40**			**59,19**	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2100 Justizamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV b			-1,00						-1,00	arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich der Sozialen Dienste der Justizbehörde
IV b				15,00					15,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IV b				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 4470; Aufgaben- und Stellenverlagerung (Neugliederung der Behörden)
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VII				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VII				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 4470; Aufgaben- und Stellenverlagerung (Neugliederung der Behörden)
VIII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Summe Angestellte	0,00	0,00	-1,00	23,00	0,00	1,00	0,00	0,00	23,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	1,71	0,00	0,00	0,00	0,00	1,71	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	-1,00	24,71	0,00	1,00	0,00	0,00	24,71	

Summe (ohne *) insgesamt	0,00	1,50	-3,00	83,71	-1,00	0,00	0,00	0,00	81,21	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2110 Ordentliche Gerichte

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					3,00	Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte
					2,93	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,93	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Für die Dauer ihres Amtes erhalten eine Zuwendung:
a) die / der Vorsitzende des Richterdienstsenats und ihre / seine Stellvertretungen sowie die / der Vorsitzende der Richterdienstkammer und ihre / seine Stellvertretungen in Höhe von 27,61 EUR monatlich,
b) die weiteren Mitglieder der Richterdienstgerichte in Höhe von 22,50 EUR monatlich.

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 6	2,00			2,00	
R 4	1,00			1,00	
R 3	17,00			17,00	
R 2	162,00	4,00	1)	162,00	***Vermerk weggefallen***
		5,00	2)		***Bei den Amtsgerichten Altona, Barmbek, Bergedorf, Harburg und Wandsbek mit einer Amtszulage.***
		1,00	3)		kw: 1,00 BesGr. R 2 Richterin/ Richter am Oberlandesgericht nach Beendigung der Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg
R 1	348,89			348,89	
Summe:	530,89			530,89	

R 6 Präsidentin/ Präsident des Amtsgerichtes (1,00), Präsidentin/ Präsident des Landgerichtes (1,00)
R 4 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des HansOLG (1,00)
R 3 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Amtsgerichtes (1,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Landgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht (15,00)
R 2 Direktorin/ Direktor des Amtsgerichtes (6,00), Richterin/ Richter am Amtsgericht (31,00), Richterin/ Richter am Oberlandesgericht (43,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landgericht (82,00)
R 1 Richterin/ Richter am Amtsgericht (223,00), Richterin/ Richter am Landgericht (125,89)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
R 2	13,00			14,00	
R 1	52,00			56,00	
Summe:	65,00			70,00	

R 2 Richterin/ Richter am Oberlandesgericht (9,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landgericht (4,00)
R 1 Richterin/ Richter (1,00), Richterin/ Richter am Amtsgericht (24,00), Richterin/ Richter am Landgericht (27,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2110 Ordentliche Gerichte

II. E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 1			-2,00						-2,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
R 1		2,00							2,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
Summe Richterinnen/ Richter	0,00	2,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
R 2	1,00			1,00	Nr. 1	
R 2	6,00			6,00		B.Beschl.
R 2	2,00			1,00		§ 115
R 2	1,00			3,00		§ 115
R 2	1,00			1,00		B.Beschl.
R 2	2,00			2,00	Nr. 6	
R 1	1,00			3,00		H.Beschl.
R 1	9,00			11,00	Nr. 7	
R 1	1,00			2,00		§ 115
R 1	11,00			11,00	Nr. 6	
R 1	1,00			1,00	Nr. 1	
R 1	1,00			1,00		H.Beschl.
R 1	1,00			0,00	Nr. 5	
R 1	9,00			12,00	Nr. 7	
R 1	3,00			2,00		§ 115
R 1	7,00			7,00	Nr. 6	
R 1	3,00			3,00	Nr. 1	
R 1	1,00			1,00		B.Beschl.
R 1	1,00			1,00	Nr. 2	
R 1	2,00			1,00	Nr. 5	
R 1	1,00			0,00		H.Beschl.
gesamt:	65,00			70,00		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
R 2	1)	weggefallen	4,00 Bei den Amtsgerichten Altona, Bergedorf, Harburg und Wandsbek mit einer Amtszulage.
R 2	2)	5,00 Bei den Amtsgerichten Altona, Barmbek, Bergedorf, Harburg und Wandsbek mit einer Amtszulage.	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
R 2	1,00	Direktorin/ Direktor des Amtsgerichtes	Richterin/ Richter am Amtsgericht	StPl 2002; für die stellenmäßige Ausstattung der Leitungsfunktion für das neu einzurichtende Amtsgericht Hamburg-Barmbek

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2110 Ordentliche Gerichte

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)					
R 1	4,00	1,00	4)	2,00	kw: 1,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter nach Beendigung der Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg
		1,00	5)		***Vermerk weggefallen***
		2,00	6)		***kw: 2,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter zum 31.12.2002***
		1,00	7)		***kw: 1,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter zum 31.07.2002 Sabbatjahr***
Summe:	4,00			2,00	

R 1 Richterin/ Richter (4,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 10	1,00	1,00	8)	1,00	ku: 1,00 BesGr. B 10 Präsidentin/ Präsident des HmbVerfG und des HansOLG nach BesGr. R 8 Präsidentin/ Präsident des HansOLG nach Freiwerden der Stelle
A 14	2,00			1,00	
A 13	0,00	1,00	9)	1,00	***Vermerk weggefallen***
A 13	20,00	1,00	10)	20,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	59,00	1,00	11)	58,00	ku: 1,00 BesGr. A 12 Justizamtsrätin/ Justizamtsrat nach BesGr. A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann nach Beendigung der Mitgliedschaft im Personalrat; Freigestelltes Personalratsmitglied
A 11	102,00	1,00	12)	102,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
		1,00	13)		***Vermerk weggefallen***

B 10 Präsidentin/ Präsident des HmbVerfG und des HansOLG (1,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat (20,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (4,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (55,00)
A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (98,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (4,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2110 Ordentliche Gerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung Zu-gang	Verlagerung Ab-gang	Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 1		2,00							2,00	Umsetzung des Handlungskonzeptes Hauptbahnhof / St. Georg
R 1			-1,00						-1,00	Beendigung einer vollständigen Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
R 1		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für eine vollständige Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
Summe Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)										
	0,00	3,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
A 14							1,00		1,00	StPl 2002; für die Leitung der Verwaltungsstelle für IuK-Angelegenheiten für alle Hamburger Amtsgerichte
A 13							-1,00		-1,00	StPl 2002; für die Leitung der Verwaltungsstelle für IuK-Angelegenheiten für alle Hamburger Amtsgerichte
A 13		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 13			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 13			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 13		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung d. Justizbehörde zum Hanseatischen Oberlandesgericht
A 12		1,25							1,25	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 12			-1,25						-1,25	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 11		2,40							2,40	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
R 1	5)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter zum 31.03.2002 Sabbatjahr
R 1	6)	kw: 2,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter zum 31.12.2002	
R 1	7)	kw: 1,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter zum 31.07.2002 Sabbatjahr	
A 13	9)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. A 12 Justizamtsrätin/ Justizamtsrat nach Freiwerden der Stelle

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
R 1	1,00	Richterin/ Richter	Richterin/ Richter am Amtsgericht	-

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2110 Ordentliche Gerichte

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 10	52,00			51,00	
A 9	33,00			32,00	
A 9	141,00	2,00	14)	140,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 8	184,00	2,00	15)	179,00	***kw: 2,00 BesGr. A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär zum 31.12.2002***
A 7	223,00	1,00	16)	224,00	kw: 1,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen

A 10	Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (48,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (4,00)
A 9	Justizinspektorin/ Justizinspektor (32,00), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (75,00), Obergerichtsvollzieherin/ Obergerichtsvollzieher (62,00)
A 8	Gerichtsvollzieherin/ Gerichtsvollzieher (29,00), Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (146,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (9,00)
A 7	Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (220,00), Obersekretärin/ Obersekretär im Betriebsdienst (0,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (3,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2110 Ordentliche Gerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		5,65	-3,25	1,00					3,40	
A 11			-2,40						-2,40	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 11						-1,00			-1,00	Vollzug eines Haushaltsvermerkes
A 11			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 11		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung d. Justizbehörde zum Hanseatischen Oberlandesgericht
A 10		1,50							1,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 10			-1,50						-1,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung d. Justizbehörde zum Hanseatischen Oberlandesgericht
A 9		1,50							1,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9			-1,50						-1,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung der Justizbehörde zum Hansatischen Oberlandesgericht
A 8		2,00							2,00	Art. 13 Haushaltsbeschluss zur Umsetzung des Handlungskonzeptes Hauptbahnhof / St. Georg
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Übertragung von Personalverwaltungsaufgaben der Justizbehörde auf das Amtsgericht Hamburg
A 8				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung d. Justizbehörde zum Hanseatischen Oberlandesgericht
A 7		1,50							1,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 11	13)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann nach BesGr. A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2110 Ordentliche Gerichte

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 6	17,00			16,00	
A 6	30,00			30,00	
A 5	55,00			55,00	
A 4	40,00			40,00	
Summe:	959,00			950,00	

A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (14,00), Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (3,00)
A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (30,00)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (55,00)
A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (40,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 13	1,00			1,00	
A 11	9,00			7,00	
A 10	12,00			12,00	
A 9	6,00			7,00	
A 9	2,00			2,00	
A 8	15,50			17,00	
A 7	51,00			57,00	
A 6	4,00			4,00	
A 5	1,00			1,00	
A 4	2,00			2,00	
Summe:	103,50			110,00	

A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat (1,00)
A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (9,00)
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (12,00)
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (6,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (2,00)
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (15,50)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (51,00)
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (4,00)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (1,00)
A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (2,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2110 Ordentliche Gerichte

II. E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		13,15	-9,65	7,00		-1,00			9,50	
A 7			-2,00						-2,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 7			-2,00						-2,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 7		2,00							2,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 7			-1,00						-1,00	Wegfall der Laufbahn des Betriebsdienstes
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	15,15	-14,65	7,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	6,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	15,65	-14,65	7,00	0,00	1,00	0,00	0,00	9,00	

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 13	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	2,00			3,00	Nr. 6	
A 11	7,00			4,00	Nr. 7	
A 10	6,00			7,00	Nr. 7	
A 10	6,00			5,00	Nr. 6	
A 9	5,00			4,00	Nr. 7	
A 9	1,00			2,00	Nr. 6	
A 9	0,00			1,00		H.Beschl.
A 9	2,00			2,00	Nr. 6	
A 8	5,50			5,00	Nr. 7	
A 8	10,00			12,00	Nr. 6	
A 7	21,00			24,00	Nr. 7	
A 7	30,00			33,00	Nr. 6	
A 6	1,00			1,00	Nr. 7	
A 6	3,00			3,00	Nr. 6	
A 5	1,00			1,00	Nr. 6	
A 4	2,00			2,00	Nr. 6	
gesamt:	103,50			110,00		

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2110 Ordentliche Gerichte

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 9	5,00	1,00	17)	6,00	***Vermerk weggefallen***
		1,00	18)		***Vermerk weggefallen***
		4,00	19)		***Vermerk weggefallen***
		1,00	20)		***kw: 1,00 BesGr. A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor zum 30.06.2002 Sabbatjahr***
Summe:	5,00			6,00	

A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (5,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs hD	775,00	10,00	21)	775,00	Diese Stellen sind zum Gegenstand einer Prüfung hinsichtlich ihrer Erforderlichkeit zu machen.
Summe:	775,00			775,00	

Nachwuchs hD Referendarin/ Referendar (775,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
SAV Ang.hD	2,00			2,00	
II a hD	1,00			1,00	
III	1,00			1,00	
IV a	14,00			12,00	
IV b	2,00			2,00	
V b gD	6,00			4,00	
V b mD	1,00			1,00	
V c	127,30	0,50	22)	125,80	kw: 0,50 VergGr. V c Freigestellte/r Vertrauensfrau/-mann der Schwerbehinderten
		1,00	23)		***kw: 1,00 VergGr. V c zum 31.12.2002***
VI b	179,00			115,00	
VII	159,28	1,00	24)	194,03	kw: 1,00 VergGr. VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2110 Ordentliche Gerichte

II. E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 9		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für eine vollständige Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
A 9		4,00							4,00	Sicherstellung der stellenmäßigen Unterbringung geprüfter Rechtspflegeranwärter
A 9	-5,00								-5,00	Vollzug eines Haushaltsvermerks
A 9	-1,00								-1,00	Neuschaffung von Ausgleichstellen für die Ausbildung von Amtsanwältinnen und Amtsanwälten zum StPl 2002
Summe Andere Amtsstellen										
	-6,00	5,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
IV a		2,00							2,00	Kapazitätsausgleich im Bereich der Verwaltungsstelle für IuK-Angelegenheiten beim Amtsgericht Hamburg
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2180; Übernahme der Personalverwaltungsaufgaben durch d. Hanseatische Oberlandesgericht
V c		1,00							1,00	Art. 13 Haushaltsbeschluss zur Umsetzung des Handlungskonzeptes Hauptbahnhof / St. Georg
V c		1,30							1,30	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
V c			-1,30						-1,30	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
VI b		1,50							1,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
VI b			-1,50						-1,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
VII		1,00							1,00	Ausgleich für die zeitgleich gestrichene Stelle OSiBetrd. A 7 (Wegfall der Laufbahn des Betriebsdienstes)
VII		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
VII			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2110 Ordentliche Gerichte

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
VII		1,00	25)		kw: 1,00 VergGr. VII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
		1,00	26)		Freigestelltes Personalratsmitglied
IX b/VII	203,41	0,43	27)	239,22	kw: 0,43 VergGr. IX b/VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
VIII	20,00			19,00	
IX b	19,00			20,00	
X	2,00			1,00	
Summe:	736,99			737,05	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
2	12,00			11,00	
1 (R)	21,59			25,63	
Summe:	33,59			36,63	
Summe (ohne *) insgesamt	**2269,47**			**2262,57**	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2110 Ordentliche Gerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung Zu-gang	Verlagerung Ab-gang	Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		7,80	-3,80	2,00					6,00	
IX b/VII			-1,96						-1,96	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
IX b/VII		1,96							1,96	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
IX b/VII			-1,41						-1,41	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
IX b/VII		1,41							1,41	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
IX b/VII			-3,00						-3,00	K 99; Rationalisierung im Schreibbereich bei den Amtsgerichten
IX b/VII			-3,81						-3,81	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
IX b/VII		3,81							3,81	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
IX b/VII			-2,65						-2,65	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Schreibbereich des Amtsgerichts Hamburg
VIII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1300; Zuständigkeit der Hausverwaltung jetzt bei der Justizbehörde
IX b			-1,00						-1,00	Konsolidierung 99;Arbeitsverdichtende Maßnahme im Justizwachtmeisterdienst beim Amtsgericht
X				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1300; Zuständigkeit der Hausverwaltung jetzt bei der Justizbehörde
Summe Angestellte	0,00	14,98	-17,63	4,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,35	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,51	-1,42	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,41	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	15,49	-19,05	4,50	0,00	-1,00	0,00	0,00	-0,06	
2				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1300; Zuständigkeit der Hausverwaltung jetzt bei der Justizbehörde
1 (R)		11,79							11,79	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
1 (R)			-11,80						-11,80	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
1 (R)			-4,03						-4,03	Übertragung von Reinigungsarbeiten im Ziviljustizgebäude -Sievekingsplatz 1- auf die SGG Städtische Gebäudereinigung
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter	0,00	11,79	-15,83	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,04	
Summe (ohne *) insgesamt	-6,00	52,93	-52,53	12,50	0,00	0,00	0,00	0,00	6,90	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2120 Verwaltungsgerichte

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					36,00	Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte
					15,60	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	51,60	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Für die Dauer ihres Amtes erhalten eine Vergütung:
a) die / der Vorsitzende des Disziplinargerichts Hamburg und ihre / seine Stellvertretungen sowie die Präsidentin / der Präsident des Disziplinarhofs Hamburg und ihre / seine Stellvertretungen in Höhe von 50,11 EUR monatlich,
b) die rechtskundigen Beisitzerinnen und Beisitzer des Disziplinargerichts Hamburg sowie die richterlichen Beisitzerinnen und Beisitzer des Disziplinarhofs Hamburg in Höhe von 41,41 EUR monatlich.
Die weiteren Beisitzerinnen und Beisitzer des Disziplinargerichts Hamburg sowie des Disziplinarhofs Hamburg erhalten ein Sitzungstagegeld in Höhe von 6,65 EUR.

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 6	1,00			1,00	
R 4	1,00			1,00	
R 3	4,00	1,00	1)	4,00	Amtszulage als Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts
R 2	31,00	2,00	2)	31,00	kw: 2,00 BesGr. R 2 Richterin/ Richter am Oberverwaltungsgericht - Stellenstreichung 1991- nach Einführung der Zulassungsberufung
		1,00	3)		kw: 1,00 BesGr. R 2 Richterin/ Richter am Oberverwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
		2,00	4)		kw: 2,00 BesGr. R 2 Richterin/ Richter am Oberverwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-
		1,00	5)		Amtszulage als Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Verwaltungsgerichts
		3,00	6)		kw: 3,00 BesGr. R 2 Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
		1,00	7)		kw: 1,00 BesGr. R 2 Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-
R 1	46,00	4,00	8)	46,00	kw: 4,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Verwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		5,00	9)		kw: 5,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Verwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
		5,00	10)		kw: 5,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Verwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-
Summe:	83,00			83,00	

R 6 Präsidentin/ Präsident des Oberverwaltungsgerichtes (1,00)
R 4 Präsidentin/ Präsident des Verwaltungsgerichtes (1,00)
R 3 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht (3,00)
R 2 Richterin/ Richter am Oberverwaltungsgericht (14,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Verwaltungsgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht (16,00)
R 1 Richterin/ Richter am Verwaltungsgericht (46,00)

Einzelplan	**2**	**Justizbehörde**
Kapitel	**2120**	**Verwaltungsgerichte**

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2120 Verwaltungsgerichte

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
R 2	2,00			3,00	
R 1	5,00			8,00	
Summe:	7,00			11,00	

R 2 Richterin/ Richter am Oberverwaltungsgericht (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht (1,00)
R 1 Richterin/ Richter am Verwaltungsgericht (5,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 13	1,00			1,00	
A 12	1,00			1,00	
A 11	2,00			2,00	
A 10	3,00			2,00	
A 9	2,00			2,00	
A 9	4,50	1,00	11)	5,00	kw: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
A 8	4,00	2,00	12)	4,00	kw: 2,00 BesGr. A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
A 7	9,00	6,00	13)	9,00	kw: 6,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
		1,00	14)		kw: 1,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-
A 6	1,00			1,00	
A 6	1,00			1,00	
A 5	3,00	1,00	15)	3,00	kw: 1,00 BesGr. A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
A 4	2,00	2,00	16)	2,00	kw: 2,00 BesGr. A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
Summe:	33,50			33,00	

A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat (1,00)
A 12 Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (1,00)
A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (1,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (3,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,50), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (4,00)
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (4,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (9,00)
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)
A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (1,00)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (3,00)
A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (2,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2120 Verwaltungsgerichte

II. E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,50	

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
R 2	1,00			1,00		B.Beschl.
R 2	1,00			1,00		B.Beschl.
R 2	0,00			1,00		§ 115
R 1	2,00			4,00	Nr. 7	
R 1	3,00			3,00	Nr. 1	
R 1	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	7,00			11,00		

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2120 Verwaltungsgerichte

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 9	1,00			1,00	
A 8	1,00			1,00	
A 7	1,00			1,00	
Summe:	3,00			3,00	

A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (1,00)
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (1,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
V b gD	3,00			3,00	
V c	5,00	1,00	17)	5,50	kw: 1,00 VergGr. V c nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		1,00	18)		kw: 1,00 VergGr. V c nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
VI b	20,50	3,50	19)	15,50	kw: 3,50 VergGr. VI b nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		5,00	20)		***kw: 5,00 VergGr. VI b nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-***
		2,00	21)		***kw: 2,00 VergGr. VI b nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen - nicht Z 61 finanziert-***
VII	6,37	1,00	22)	10,42	***kw: 1,00 VergGr. VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-***
		0,53	23)		***kw: 0,53 VergGr. VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-***
IX b/VII	5,76	0,07	24)	6,96	***kw: 0,07 VergGr. IX b/VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-***
		1,00	25)		kw: 1,00 VergGr. IX b/VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
VIII	0,50	0,50	26)	0,50	kw: 0,50 VergGr. VIII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
Summe:	41,13			41,88	
Summe (ohne *) insgesamt	**157,63**			**157,88**	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2120 Verwaltungsgerichte

II. E r l ä u t e r u n g e n

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 9	1,00			1,00	Nr. 6	
A 8	0,00			1,00	Nr. 7	
A 8	1,00			0,00	Nr. 6	
A 7	1,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	3,00			3,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
VI b		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Verwaltungsgericht (Aufhebung von Stellenteilungen)
VI b			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Verwaltungsgericht (Aufhebung von Stellenteilungen)
Summe Angestellte	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,25	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	-0,75	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	1,00	-1,25	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	-0,75	

Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	1,00	-1,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,25	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2150 Finanzgericht

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 5	1,00			1,00	
R 3	5,00			5,00	
R 2	15,00			15,00	
Summe:	21,00			21,00	

R 5 Präsidentin/ Präsident des Finanzgerichtes (1,00)
R 3 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Finanzgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Finanzgericht (4,00)
R 2 Richterin/ Richter am Finanzgericht (15,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
R 2	1,00			2,00	
Summe:	1,00			2,00	

R 2 Richterin/ Richter am Finanzgericht (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 12	2,00			2,00	
A 11	1,00			1,00	
A 9	2,00			2,00	
A 8	4,00			4,00	
A 7	1,00			1,00	
A 6	1,00			1,00	
A 5	1,00			1,00	
Summe:	12,00			12,00	

A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (1,00)
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (4,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (1,00)
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (1,00)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (1,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2150 Finanzgericht

II. E r l ä u t e r u n g e n

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
R 2	1,00			1,00	Nr. 1	
R 2	0,00			1,00		§ 115
gesamt:	1,00			2,00		

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2150 Finanzgericht

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 8	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
V c	3,00			3,00	
VI b	1,00			1,00	
VII	2,00			2,00	
IX b/VII	2,80			2,80	
Summe:	8,80			8,80	
Summe (ohne *) insgesamt	**41,80**			**41,80**	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2150 Finanzgericht

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 8	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	1,00			1,00		

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2160 Arbeitsgerichte

I. S t e l l e n b e s t a n d

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
					0,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 6	1,00			0,00	
R 3	8,00			0,00	
R 2	3,00			0,00	
R 1	22,00			0,00	
Summe:	34,00			0,00	

R 6 Präsidentin/ Präsident des Landesarbeitsgerichtes (1,00)
R 3 Präsidentin/ Präsident des Arbeitsgerichtes (1,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Landesarbeitsgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht (6,00)
R 2 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (2,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Arbeitsgerichtes (1,00)
R 1 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (22,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
R 1	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

R 1 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 13	1,00			0,00	
A 11	4,00			0,00	
A 10	3,00			0,00	

A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (3,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (2,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2160 Arbeitsgerichte

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
R 1	1,00			0,00	Nr. 1	
gesamt:	1,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 3				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 2				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 2				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 1				22,00					22,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Summe Richterinnen/ Richter	0,00	0,00	0,00	34,00	0,00	0,00	0,00	0,00	34,00	
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Personalwirtschaftliche Gründe

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2160 Arbeitsgerichte

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 9	1,00			0,00	
A 9	5,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
A 7	11,00			0,00	
A 6	7,00			0,00	
Summe:	33,00			0,00	

A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (5,00)
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (1,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (11,00)
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (6,00), Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
VI b	2,00			0,00	
VII	20,80			0,00	
IX b/VII	14,50			0,00	
VIII	6,75			0,00	
IX b	0,50	0,50	1)	0,00	***kw: 0,50 VergGr. IX b nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)***
Summe:	44,55			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	**111,55**			**0,00**	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2160 Arbeitsgerichte

II. E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				8,00					8,00	
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 7				11,00					11,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 6				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	0,00	34,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	33,00	
VI b				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VII				20,80					20,80	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IX b/VII				12,00					12,00	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IX b/VII				2,50					2,50	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
VIII				7,75					7,75	Verlagerung von Kapitel 4240; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VIII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; aus personalwirtschaftlichen Gründen
Summe Angestellte	0,00	0,00	0,00	45,05	-1,00	0,00	0,00	0,00	44,05	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	0,00	45,55	-1,00	0,00	0,00	0,00	44,55	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	113,55	-2,00	0,00	0,00	0,00	111,55	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2170 Sozialgerichte

I. S t e l l e n b e s t a n d

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					13,00	Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 6	1,00			0,00	
R 3	3,00			0,00	
R 2	9,00			0,00	
R 1	0,00			0,00	
R 1	27,00	5,00	1)	0,00	***kw: 5,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Sozialgericht nach Beendigung der Maßnahme***
Summe:	40,00			0,00	

R 6 Präsidentin/ Präsident des Landessozialgerichtes (1,00)
R 3 Präsidentin/ Präsident des Sozialgerichtes (1,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Landessozialgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landessozialgericht (1,00)
R 2 Richterin/ Richter am Landessozialgericht (6,00), Richterin/ Richter am Sozialgericht (2,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Sozialgerichtes (1,00)
R 1 Richterin/ Richter am Sozialgericht (27,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 12	1,00			0,00	
A 11	3,00			0,00	

A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2170 Sozialgerichte

II. E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 2				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 2				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 2				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 1				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
R 1				19,00					19,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Summe Richterinnen/ Richter	0,00	0,00	0,00	40,00	0,00	0,00	0,00	0,00	40,00	
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
R 1	1)	kw: 5,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Sozialgericht nach Beendigung der Maßnahme	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
R 1	8,00	Richterin/ Richter am Sozialgericht	Richterin/ Richter	-

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2170 Sozialgerichte

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 10	6,00	1,00	2)	0,00	***kw: 1,00 BesGr. A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor nach Beendigung der Maßnahme***
A 9	4,00			0,00	
A 9	6,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
A 7	15,00	7,00	3)	0,00	***kw: 7,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Beendigung der Maßnahme***
Summe:	36,00			0,00	

A 10	Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (2,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (4,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (4,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (6,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
A 7	Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (12,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (3,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
Summe:	0,00			0,00	
Angestellte					
V b gD	1,00			0,00	
V c	1,50			0,00	
VI b	6,00			0,00	
VII	30,50			0,00	
IX b/VII	10,00			0,00	
VIII	2,00			0,00	
IX b	4,00			0,00	
Summe:	55,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	**131,00**			**0,00**	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2170 Sozialgerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				4,00					4,00	
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 10				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 7				12,00					12,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 7				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	0,00	36,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36,00	
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
V c				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VI b				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VII				30,50					30,50	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IX b/VII				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IX b/VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
VIII				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IX b				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4250; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Summe Angestellte	0,00	0,00	0,00	55,00	0,00	0,00	0,00	0,00	55,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	131,00	0,00	0,00	0,00	0,00	131,00	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2180 Staatsanwaltschaften

Bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg erhalten eine Amtszulage:
a) eine Oberstaatsanwältin R 2 oder ein Oberstaatsanwalt R 2 als ständige Vertretung der Leitenden Oberstaatsanwältin oder des Leitenden Oberstaatsanwalts,
b) acht Oberstaatsanwältinnen oder Oberstaatsanwälte R 2 für die Hauptabteilungsleitungen

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
R 6	1,00			1,00	
R 4	1,00			1,00	
R 3	3,00			3,00	
R 2	46,00			47,00	
R 1	122,00			119,00	
A 14	2,00	1,00	1)	2,00	Rückverlagerung der Stelle in ein Schulkapitel nach Freiwerden der Stelle
A 13	1,00			1,00	
A 13	15,00			15,00	
A 12	22,00			14,00	
A 11	34,50	0,50	2)	29,50	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 10	3,00			3,00	
A 9	1,00			1,00	
A 9	27,00	4,00	3)	22,00	***ku: 4,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Freiwerden der Stelle***
		3,00	4)		ku: 3,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr. A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär nach Freiwerden der Stelle

R 6	Generalstaatsanwältin/ Generalstaatsanwalt (1,00)
R 4	Leitende Oberstaatsanwältin/ Leitender Oberstaatsanwalt (1,00)
R 3	Leitende Oberstaatsanwältin/ Leitender Oberstaatsanwalt (3,00)
R 2	Oberstaatsanwältin/ Oberstaatsanwalt (46,00)
R 1	Staatsanwältin/ Staatsanwalt (122,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (1,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 13	Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat (1,00), Oberamtsanwältin/ Oberamtsanwalt (13,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
A 12	Amtsanwältin/ Amtsanwalt (16,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (6,00)
A 11	Justizamtfrau/ Justizamtmann (31,50), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)
A 10	Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (3,00)
A 9	Justizinspektorin/ Justizinspektor (1,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (26,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2180 Staatsanwaltschaften

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 2						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
R 1			-5,00						-5,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
R 1		5,00							5,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
R 1		11,00							11,00	zur Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung bei der Staatsanwaltschaft Hamburg
R 1			-8,00						-8,00	StPl 2002; Verringerung der Zahl der Dezernenten anlässlich von Aufgabenverlagerungen auf den amtsanwaltschaftlichen Dienst bei derStaatsanwaltschaft Hamburg
A 13		2,00							2,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 13			-2,00						-2,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 12		8,00							8,00	StPl 2002; Aufgabenverlagerungen vom staatsanwaltschaftlichen auf den amtsanwaltschaftlichen Dienst
A 11		4,00							4,00	zur Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung bei der Staatsanwaltschaft Hamburg
A 11		1,00							1,00	StPl 2002; Einrichtung eines Dienstpostens insbesondere für Geschäftsprüfungen und Organisationsuntersuchungen bei den Staatsanwaltschaften
A 9			-1,00						-1,00	StPl 2002; Organisatorische Maßnahme im Bereich der Verwaltung der Generalstaatsanwaltschaft
A 9		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2180 Staatsanwaltschaften

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 8	24,00	1,00	5)	6,00	ku: 1,00 BesGr. A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär nach BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Freiwerden der Stelle
A 7	37,00			40,00	
A 6	1,00			18,00	
A 6	4,00			3,00	
A 5	11,00			10,00	
A 4	5,00			5,00	
Summe:	360,50			340,50	

A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (24,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (34,00), Obersekretärin/ Obersekretär im Betriebsdienst (1,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (1,00)
A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (4,00)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (11,00)
A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (5,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
R 1	17,00			15,00	
A 12	5,00			6,00	
A 10	1,00			0,00	
A 9	2,00			1,00	
A 7	8,00			8,00	
A 6	4,00			6,00	
Summe:	37,00			36,00	

R 1 Staatsanwältin/ Staatsanwalt (17,00)
A 12 Amtsanwältin/ Amtsanwalt (4,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (1,00)
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (2,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (8,00)
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (4,00)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2180 Staatsanwaltschaften

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		32,00	-17,00			-1,00			14,00	
A 9		1,00							1,00	zur Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung bei der Staatsanwaltschaft Hamburg
A 7		3,00							3,00	zur Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung bei der Staatsanwaltschaft Hamburg
A 6		1,00							1,00	zur Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung bei der Staatsanwaltschaft Hamburg
A 5		1,00							1,00	zur Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung bei der Staatsanwaltschaft Hamburg
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	38,00	-17,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	20,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,80	-0,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	38,80	-17,80	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	20,00	

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
R 1	7,00			8,00	Nr. 7	
R 1	4,00			3,00	Nr. 6	
R 1	3,00			1,00	Nr. 1	
R 1	3,00			3,00		H.Beschl.
A 12	3,00			3,00	Nr. 7	
A 12	1,00			2,00	Nr. 6	
A 12	1,00			1,00	Nr. 6	
A 10	1,00			0,00	Nr. 7	
A 9	2,00			1,00	Nr. 6	
A 7	5,00			4,00	Nr. 7	
A 7	3,00			4,00	Nr. 6	
A 6	2,00			6,00	Nr. 7	
A 6	2,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	37,00			36,00		

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2180 Staatsanwaltschaften

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
R 1	5,00			5,00	
A 9	1,00	1,00	6)	2,00	***Vermerk weggefallen***
Summe:	6,00			7,00	

R 1 Staatsanwältin/ Staatsanwalt (5,00)
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
SAV Ang.hD	1,00			1,00	
II a hD	0,00			0,78	
III	1,00			1,00	
IV a	2,00			2,00	
IV b	1,00			1,00	
V b gD	2,00			3,00	
V c	44,20	0,50	7)	39,75	Freigestelltes Personalratsmitglied
VI b	92,67			71,58	
VII	12,00			19,00	
IX b/VII	6,49			23,09	
VIII	7,50			7,50	
IX b	5,00			5,00	
Summe:	174,86			174,70	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
2	3,00			3,00	
Summe:	3,00			3,00	
Summe (ohne *) insgesamt	**544,36**			**525,20**	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2180 Staatsanwaltschaften

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 9	-1,00								-1,00	Neuschaffung von Ausgleichstellen für die Ausbildung von Amtsanwältinnen und Amtsanwälten zum StPl 2002
Summe Andere Amtsstellen	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
SAV Ang.hD			-1,00						-1,00	Streichung aus stellenwirtschaftlichen Gründen
SAV Ang.hD						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
V b gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Übernahme der Personalverwaltungsaufgaben durch d. Hanseatische Oberlandesgericht
V c		1,00							1,00	zur Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung bei der Staatsanwaltschaft Hamburg
V c		1,00							1,00	für die Abschöpfung von Vermögensvorteilen aus Straftaten
VI b			-1,50						-1,50	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
VI b		1,50							1,50	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
VI b		3,00							3,00	zur Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung bei der Staatsanwaltschaft Hamburg
IX b/VII			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
IX b/VII		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
Summe Angestellte	0,00	7,50	-3,50	0,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	4,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-3,84	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,84	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	7,50	-7,34	0,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	0,16	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	46,30	-25,14	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	19,16	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2300 Strafvollzugsamt

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					7,00	Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Bedienstete der Jugendanstalt Hahnöfersand, die sich wegen der weiten Entfernung von ihrer Wohnung an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen aus dienstlichen Gründen am Dienstort aufhalten müssen, erhalten freie Unterkunft und Verpflegung.

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00	1,00	1)	1,00	Besoldung nach R 3 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 16	6,00	4,00	2)	6,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	14,00	9,00	3)	14,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
		1,00	4)		ku: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Freiwerden der Stelle
A 14	15,00	4,00	5)	17,00	Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	18,00	1,00	6)	20,00	Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	6,00	1,00	7)	6,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	20,00			16,00	
A 11	75,53	1,00	8)	83,00	kw: 1,00 BesGr. A 11 Verwaltungsamtfrau/ Verwaltungsamtmann nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen

B 6	Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
B 3	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 16	Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (4,00)
A 15	Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (2,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (10,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (2,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (4,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (1,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat an Sonderschulen (2,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (8,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00), Studienrätin/ Studienrat (8,00), Studienrätin/ Studienrat an Sonderschulen (2,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (7,00)
A 13	Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (1,00), Verwaltungsoberamtsrätin/ Verwaltungsoberamtsrat (5,00)
A 12	Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Sozialamtsrätin/ Sozialamtsrat (1,00), Verwaltungsamtsrätin/ Verwaltungsamtsrat (18,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (27,00), Verwaltungsamtfrau/ Verwaltungsamtmann (46,53)

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2300 Strafvollzugsamt

II. E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 14		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 14			-2,00						-2,00	arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich der psychologischen Versorgung der Gefangenen
A 13			-2,00						-2,00	arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich der schulischen Ausbildung der Gefangenen
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13							1,00		1,00	StPl 2002; für die Leitung der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der Untersuchungshaftanstalt Hamburg mit Zentralkrankenhaus
A 12							1,00		1,00	StPl 2002; für die Leitung der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der JVA Glasmoor
A 12							1,00		1,00	StPl 2002; für die Leitung der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der Untersuchungshaft- und Vollzugsanstalt Vierlande
A 12							1,00		1,00	StPl 2002; für die Vollzugleitung und Vertretung der Anstaltsleitung der Sozialtherapeutischen Anstalt Bergedorf
A 12							1,00		1,00	StPl 2002; für die Leitung der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der JVA Vierlande
A 11			-2,00						-2,00	arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich der sozialpädagogischen Betreuung der Gefangenen
A 11							-1,00		-1,00	StPl 2002; für die Leitung der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der JVA Glasmoor
A 11							-1,00		-1,00	StPl 2002; für die Leitung der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der Untersuchungshaftanstalt Hamburg mit Zentralkrankenhaus

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2300 Strafvollzugsamt

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 10	14,00			14,00	
A 9	14,00			12,00	
A 9	285,00	2,00	9)	285,00	kw: 2,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		1,00	10)		Freigestelltes Personalratsmitglied
A 8	435,00	4,00	11)	437,00	kw: 4,00 BesGr. A 8 Hauptsekretärin/ Hauptsekretär im Strafvollzugsdienst nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
A 7	686,64	36,00	12)	722,00	***Vermerk weggefallen***
		5,00	13)		kw: 5,00 BesGr. A 7 Oberwerkmeisterin/ Oberwerkmeister im Strafvollzugsdienst zum 31.12.2002 -Stellenstreichung 1993-
A 6	3,00	1,00	14)	4,00	ku: 1,00 BesGr. A 6 Verwaltungssekretärin/ Verwaltungssekretär nach VergGr. VIII
A 6	6,00			6,00	
A 5	19,00			19,00	
Summe:	1619,17			1663,00	

A 10	Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (3,00), Verwaltungsoberinspektorin/ Verwaltungsoberinspektor (11,00)
A 9	Verwaltungsinspektorin/ Verwaltungsinspektor (14,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst (240,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Werkdienst des Strafvollzuges (29,00), Verwaltungsamtsinspektorin/ Verwaltungsamtsinspektor (16,00)
A 8	Hauptsekretärin/ Hauptsekretär im Strafvollzugsdienst (357,00), Hauptwerkmeisterin/ Hauptwerkmeister im Strafvollzugsdienst (50,00), Verwaltungshauptsekretärin/ Verwaltungshauptsekretär (28,00)
A 7	Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (631,64), Oberwerkmeisterin/ Oberwerkmeister im Strafvollzugsdienst (20,00), Verwaltungsobersekretärin/ Verwaltungsobersekretär (35,00)
A 6	Verwaltungssekretärin/ Verwaltungssekretär (3,00)
A 6	Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (6,00)
A 5	Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (19,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 13	1,00			1,00	
A 11	2,00			2,00	
A 10	0,00			1,00	
A 9	1,00			0,00	
A 8	2,00			3,00	
A 7	11,00			13,00	
A 6	1,00			2,00	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2300 Strafvollzugsamt

II. E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00	-7,00			-1,00	3,00		-4,00	
A 11							-1,00		-1,00	StPl 2002; für die Leitung der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der Untersuchungshaft- und Vollzugsanstalt Vierlande
A 11							-1,00		-1,00	StPl 2002; für die Vollzugleitung und Vertretung der Anstaltsleitung der Sozialtherapeutischen Anstalt Bergedorf
A 11							-1,00		-1,00	StPl 2002; für die Leitung der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der JVA Vierlande
A 8			-1,00						-1,00	StPl 2002; Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Aufsichtsdienstes der Untersuchungshaft- und Vollzugsanstalt Vierlande
A 8			-1,00						-1,00	Organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 8		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 8		1,00							1,00	StPl 2002; Einrichtung eines Dienstpostens für die Leitung der neuen Elektrowerkstatt in der Untersuchungshaft- und VollzugsanstaltVierlande
A 7			-36,00						-36,00	Beendigung der Stellenübertragung für die Unterbringung geprüfter Anwärter des Allgemeinen Vollzugsdienstes (Schaffung von 36 Stellen Nachwuchs mD bei Kap. 2000)
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	3,00	-45,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-43,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,50	-1,33	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,83	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	3,50	-46,33	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-43,83	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2300 Strafvollzugsamt

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 3	1,00			1,00	
Summe:	19,00			23,00	

A 13 Studienrätin/ Studienrat (1,00)
A 11 Verwaltungsamtfrau/ Verwaltungsamtmann (2,00)
A 10 Verwaltungsoberinspektorin/ Verwaltungsoberinspektor (0,00)
A 9 Verwaltungsinspektorin/ Verwaltungsinspektor (1,00)
A 8 Hauptsekretärin/ Hauptsekretär im Strafvollzugsdienst (1,00), Verwaltungshauptsekretärin/ Verwaltungshauptsekretär (1,00)
A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (10,00), Verwaltungsobersekretärin/ Verwaltungsobersekretär (1,00)
A 6 Verwaltungssekretärin/ Verwaltungssekretär (1,00)
A 3 Justizoberwachtmeisterin/ Justizoberwachtmeister (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b/I a	0,31			0,31	
II a/I a	10,70			10,70	
II a hD	19,66			19,66	
Richtl. Ang.hD	1,23			1,23	
II b	1,00			1,00	
III	4,00			3,00	
IV a	1,00			1,00	
IV b	21,57	1,00	15)	23,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
V b mD	1,00			1,00	
V c	14,28			10,78	
VI b	9,01			13,01	
VII	8,00			6,50	
IX b/VII	17,31			17,62	
VIII	5,62			6,62	
Kr. V	5,00			5,00	
Summe:	119,69			120,43	
Nachwuchskräfte (Angestellte)*					
Nachwuchs mD	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	
Summe (ohne *) insgesamt	**1738,86**			**1783,43**	

Einzelplan 2 Justizbehörde
Kapitel 2300 Strafvollzugsamt

II. E r l ä u t e r u n g e n

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 13	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	1,00			1,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
A 10	0,00			1,00	Nr. 7	
A 9	1,00			0,00	Nr. 7	
A 8	1,00			2,00	Nr. 7	
A 8	1,00			1,00	Nr. 7	
A 7	5,00			5,00	Nr. 7	
A 7	5,00			6,00	Nr. 6	
A 7	1,00			1,00	Nr. 7	
A 7	0,00			1,00	Nr. 6	
A 6	0,00			1,00	Nr. 6	
A 6	1,00			1,00	Nr. 7	
A 3	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	19,00			23,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
III						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV b			-1,00						-1,00	arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich der sozialpädagogischen Betreuung der Gefangenen
Summe Angestellte	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,74	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	-1,74	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	-0,74	

Summe (ohne *) insgesamt									
0,00	3,50	-48,07	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-44,57	

Anhang
zu Anlage 1

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2003

Lfd. Nr.	Kapitel	Stellenveränderung	Erläuterung *)
		Stellenneuschaffungen	
1	2110	1,0 Stelle Justizsekretärin/Justizsekretär A 6 wird neu ausgebracht.	Anpassung der Stellenausstattung des Servicebereichs im Strafverfahren beim Landgericht an den Geschäftsanfall
2	2110	1,0 Stelle Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9 wird neu ausgebracht.	Ausweitung der Kapazität der IuK-Sachbearbeitung in der Verwaltungsstelle für IuK-Angelegenheiten beim Landgericht Hamburg
3	2110	5,0 Stellen Obergerichtsvollzieherin/Obergerichtsvollzieher A 9 und 2,0 Stellen Gerichtsvollzieherin/Gerichtsvollzieher A 8 werden neu ausgebracht.	Verstärkung des Gerichtsvollzieherdienstes beim Amtsgericht Hamburg
4	2300	1,0 Stelle Verwaltungsamtsinspektorin/Verwaltungsamtsinspektor A 9 wird neu ausgebracht.	Einrichtung des Dienstpostens Wirtschaftsinspektor in der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der Justizvollzugsanstalt Glasmoor
5	2300	1,0 Stelle Oberwerkmeisterin/Oberwerkmeister im Strafvollzugsdienst A 7 wird neu ausgebracht.	gestiegener Arbeitsanfall in der Hausbetriebswerkstatt der Untersuchungshaftanstalt Hamburg mit Zentralkrankenhaus
6	2300	1,0 Stelle Verwaltungsoberinspektorin/Verwaltungsoberinspektor A 10 wird neu ausgebracht.	Leitung der neu eingerichteten dritten Behandlungsgruppe in der Sozialtherapeutischen Anstalt Bergedorf
		Stellenhebungen	
7	2110	1,0 Stelle Justizamtfrau/Justizamtmann A 11 wird gehoben nach Amtsrätin/Amtsrat A 12.	für die Leitung der Verwaltungsstelle für IuK-Angelegenheiten beim Landgericht Hamburg
8	2110	1,0 Stelle Justizoberinspektorin/Justizoberinspektor A 10 wird gehoben nach Justizamtfrau/Justizamtmann A 11.	für den Dienstposten Rechtspfleger in Strafsachen, Vertretung der Dezernatsgeschäftsleitung des Dezernats IV beim Landgericht Hamburg
9	2300	4,0 Stellen Verwaltungsobersekretärin/Verwaltungsobersekretär A 7 werden gehoben nach Verwaltungshauptsekretärin/ Verwaltungshauptsekretär A 8.	

*) bei Stellenhebungen und sonstigen Stellenveränderungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

Lfd. Nr.	Kapitel	Stellenveränderung	Erläuterung *)
		Sonstige Stellenveränderungen	
10	2050	1,0 Stelle Angestellte/Angestellter I a wird umgewandelt in Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor A 15.	für die Leitung des Referats Grundsatzfragen der IuK-Technik und -Organisation
11	2110	1,0 Stelle Richterin/Richter am Amtsgericht R 2 wird umgewandelt in Direktorin/Direktor des Amtsgerichtes R 2 (mit Amtszulage).	für die stellenmäßige Ausstattung der Leitungsfunktion für das neu einzurichtende Amtsgericht Hamburg-St. Georg
12	2110	6,0 Stellen Justizhauptsekretärin/Justizhauptsekretär A 8 werden umgewandelt in Gerichtsvollzieherin/Gerichtsvollzieher A 8.	
13	2180	3,0 Stellen Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 werden umgewandelt in Justizamtfrau/Justizamtmann A 11.	Vereinheitlichung der Stellenausstattung für die Hauptabteilungsgeschäftsleitungen der Staatsanwaltschaft Hamburg

*) bei Stellenhebungen und sonstigen Stellenveränderungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg
für das Haushaltsjahr 2003

Wirtschaftsplan
der staatlichen Hochbaudienststelle
der Justizbehörde
(§ 15 Abs. 2 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehrerträge dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen verwandt werden.

2. Die Ansätze für Aufwendungen (Personal- und Sachaufwand) und Investitionen sind je für sich gegenseitig deckungsfähig.

3. Mit Einwilligung der Finanzbehörde dürfen Mehraufwendungen im Erfolgsplan geleistet werden, wenn sie Voraussetzung für die Erzielung von Erträgen in mindestens gleicher Höhe sind.

4. Ansätze für Investitionen dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden. Die Einwilligung der Bürgerschaft ist erforderlich, wenn auf Investitionsmaßnahmen mit Gesamtkosten von über 500.000 EUR verzichtet und die Mittel in den Erfolgsplan übertragen werden sollen.
   Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan veranschlagten Maßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 50.000 EUR steigen.

5. Neue Maßnahmen im Finanzierungsplan bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme 50.000 EUR übersteigen.

6. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch Auflösung von Rücklagen gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung der Verlustvorträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist.

Kontobezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001	Erläuterung Nr.
	– in Tsd. EUR –			
1	2	3	4	5
A. Erfolgsplan				
Erträge				
I. Leistungen bei investiven Maßnahmen				
(soweit nicht umsatzsteuerpflichtig)				
110 Architekten- und Ingenieurleistungen (ohne § 31 HO-AI)	208,0	126,8	49,0	
120 Projektsteuerung/Bauherrenberatung/-betreuung	254,0	376,4	43,8	
Summe I	462,0	503,2	92,8	1
II. Leistungen bei Bauunterhaltungsmaßnahmen				
(soweit nicht umsatzsteuerpflichtig)				
210 Architekten- und Ingenieurleistungen (ohne § 31 HO-AI)	0,0	0,0	0,0	
220 Projektsteuerung/Bauherrnberatung/-betreuung	0,0	0,0	0,0	
Summe II	0,0	0,0	0,0	
Summe I+II	462,0	503,2	92,8	1
III. Umsatzsteuerpflichtige Leistungen				
300 Erträge aus umsatzsteuerpflichtigen Leistungen	0,0	0,0	0,0	
IV. Sonstige Erträge				
310 Sonstige betriebliche Erträge	66,1	106,0	0,0	2
320 Entnahme aus Rücklagen	0,0	0,0	0,0	
Summe IV	66,1	106,0	0,0	
V. Gesamterträge (Summe I, II, III, IV)	**528,1**	**609,3**	**92,8**	

Kontobezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001	Erläuterung Nr.
	– in Tsd. EUR –			
1	2	3	4	5
Aufwendungen				
I. Personalaufwand				
410 Beamtenbezüge, Angestelltenvergütungen, Löhne der Arbeiter	379,6	440,5	414,1	3
420 Beschäftigungsentgelte für vorübergehend Beschäftigte	0,0	0,0	1,0	4
430 Sonstige Personalaufwendungen (Zulagen, Überstundenentgelte u. dgl.)	0,0	0,0	0,0	5
440 Zuschläge für Beihilfen u dgl.	2,7	2,9	2,6	6
450 Versorgungszuschläge für Beamte, Angestellte und Arbeiter	48,2	54,7	50,6	7
Summe I	430,5	498,0	468,3	
II. Sachaufwand				
510 Geschäftsbedarf	4,4	4,6	4,4	8
520 Geräte und Ausstattung	1,5	1,5	0,0	9
530 Aus- und Fortbildung	0,5	1,0	0,1	10
540 Reisekosten	0,0	0,0	0,0	11
550 Fremdleistungen	0,5	0,5	0,0	12
560 Miete	17,2	19,9	24,0	13
570 Bewirtschaftung	8,2	8,2	10,2	13
580 Instandhaltung	0,7	0,8	1,0	13
600 Erstattung Verwaltungsgemeinkosten u. dgl.	64,6	74,7	71,3	14
Summe II	97,6	111,3	111,1	
III. Sonstiger Aufwand				
700 Umsatzsteuerzahllast	0,0	0,0	0,0	15
IV. Gesamtaufwendungen (Summe I, II, III)	**528,0**	**609,3**	**579,4**	
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Saldo zwischen Gesamterträgen und Gesamtaufwendungen)				
989 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,0	0,0	-486,6	

Kontobezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001	Erläuterung Nr.
	– in Tsd. EUR –			
1	2	3	4	5
B. Finanzierungsplan				
Finanzbedarf				
I. Investitionen				
... .				
... .				
Summe I	0,0	0,0	0,0	
II. Sonstiger Finanzbedarf				
071 Zuführung an Rücklagen	0,0	0,0	0,0	16
078 Verlustabdeckung aus Vorjahren	724,0	0,0	237,4	17
182 Ablieferung an den Haushalt	0,0	0,0	0,0	18
620 Rückvergütung an Auftraggeber	0,0	0,0	0,0	19
989 Jahresfehlbetrag	0,0	0,0	486,6	
Summe II	724,0	0,0	724,0	
Gesamtsumme Finanzbedarf (Summe I, II)	**724,0**	**0,0**	**724,0**	
Deckungsmittel				
071 Entnahme aus Rücklagen	0,0	0,0	0,0	
078 Verlustvortrag auf das Folgejahr	724,0	0,0	724,0	20
182 Zuschuss aus dem Haushalt	0,0	0,0	0,0	
989 Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0	
Gesamtsumme Deckungsmittel	**724,0**	**0,0**	**724,0**	

Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienststelle der Justizbehörde

- Haushaltsjahr 2003 -

Zu Nr. **Erläuterungen zu den Konten des Wirtschaftsplanes**

Allgemeine Vorbemerkung zu den Wirtschaftsplänen der Hochbaudienststellen

Die in den Jahresabschlüssen für das abgelaufene Jahr von einigen Hochbaudienststellen ausgewiesenen Verluste (siehe Finanzierungsplan, Deckungsmittel, Konto 078 „Verlustvortrag auf das Folgejahr") sind überwiegend darauf zurückzuführen, dass im Rahmen der kameralistischen Buchführung der Hochbaudienststellen offene Forderungen (noch) nicht zu Einnahmen führten (siehe im Einzelnen die Erläuterungen zu der Erläuterungsnummer 19 der Wirtschaftspläne, sofern ein Verlustvortrag auf das Folgejahr ausgewiesen wird).

1 Die honorarabhängigen Erträge (Teile I, II und III) werden nach der (voraussichtlichen) Entwicklung der Auftragslage und Veränderungen bei den Zahlungseingängen geschätzt.
Neben den Ist-Einnahmen (Spalte 4) bestanden am 31.12.2001 offene Sollstellungen i. H. v. 203,5 Tsd. EUR.

2 Dargestellt ist die Personalkostenerstattung der EU aufgrund Abordnung des Leiters der HBD im Rahmen eines EU-Twinning-Projektes.

3 Die Basis für die Veranschlagung und Abrechnung der Personalkosten bilden die Ist-Kosten des Jahres 2001. Berücksichtigt sind lineare Erhöhungen für die Jahre 2002 und 2003 sowie Veränderungen bei Anzahl und Wertigkeit der voraussichtlich im Planjahr besetzten Stellen. Die in den Jahren 1999 – 2001 nicht erfolgte Erstattung von Personalkostenteilbeträgen (1999 = 17,7 Tsd. EUR, 2000 = 7,8 Tsd. EUR, 2001 = 7,7 Tsd. EUR) wird im HJ 2002 ausgeglichen.

4 Veranschlagt sind Personalkosten zur Finanzierung unvorhergesehener, zeitlich befristeter zusätzlicher Personalbedarfe, die zur Erfüllung der vertraglich zugesicherten Leistungserstellung entstehen können (u. a. bei längeren krankheitsbedingten Personalausfällen).

5 Die zeitgerechte Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen kann - betriebsbedingt - die Leistung von Überstunden erforderlich machen, die (falls ein Zeitausgleich nicht in Betracht kommt) zu vergüten sind. Vorsorglich eingerichtetes Konto.

6 Entsprechend dem für die Veranschlagung der Kontenrahmen für Dienstbezüge geltenden Verfahren wird ein prozentualer Zuschlag für Beihilfen u. dgl. in den Wirtschaftsplan eingestellt. Der Zuschlag beträgt 4,0 % der Beamtenbezüge. Bei diesem Konto werden außerdem die personalbezogenen Sachkosten (Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung u.a.) veranschlagt. Auf die in 3 dargestellten Erläuterungen zur Erstattung von Personalkostenteilbeiträgen aus den Jahren 1999 – 2001 wird verwiesen.

7 Für Versorgungszuschläge werden prozentuale Zuschläge für Versorgungsleistungen veranschlagt (vgl. Erläuterung zu Nr. 6). Die Zuschläge betragen für Beamtinnen und Beamte 30,0 % und für dauerhaft beschäftigte Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter 9 % der Personalausgaben. Auf die in 3 dargestellten Erläuterungen zur Erstattung von Personalkostenteilbeiträgen aus den Jahren 1999 – 2001 wird verwiesen.

8 Veranschlagt sind die Aufwendungen für Schreib- und Zeichenbedarf, Ingenieur-Haftpflichtversicherung, Büro- und Verbrauchsmaterial, Post- und Fernmeldegebühren, Kopien, Lichtpausen, Bücher, Zeitschriften und sonstige Geschäftsbedürfnisse. Darüber hinaus sind Kosten für die Haltung von Dienstfahrzeugen und für Kilometergelder berücksichtigt.

9 Veranschlagt sind Kosten für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen bis 5 Tsd. EUR im Einzelfall sowie der Aufwand für ihre Wartung, Reparatur, Miete und dgl.

10 Berücksichtigt sind die Kosten für Aus- und Fortbildung; hierin eingeschlossen sind die Kosten für die Teilnahme an Veranstaltungen, die von der FHH selbst durchgeführt werden und deren Kosten zu erstatten sind.

11 Vorsorglich eingerichtetes Konto zur Finanzierung von Reisekosten, die insbesondere für auswärtige Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sowie überregionale Erfahrungsaustausche/Fachtagungen entstehen können.

12 Veranschlagt sind Kosten für die Beauftragung externer Servicedienste.

13 Veranschlagt sind die voraussichtlichen Kosten für Miete, Bewirtschaftung und Instandhaltung.

Sofern die jeweilige Behörde diese Kosten verauslagt, werden sie am Jahresende durch Umbuchung an die entsprechenden Titel des jeweiligen Einzelplans erstattet. Die Erstattungen sind von den Behörden in Ergänzung von Nr. 1.2 der VV zu § 35 (1) LHO von den jeweiligen Ausgaben abzusetzen.

14 Veranschlagt sind die Verwaltungsgemeinkostenpauschale für die Inanspruchnahme der Service- und sonstigen Verwaltungsleistungen durch die Hochbaudienststelle und die Gebühren für die Prüfung der Hochbaudienststellen durch die Prüfungsabteilung der Finanzbehörde.

15 Die Umsatzsteuerzahllast ergibt sich aus den Umsatzsteueranteilen der Honorareinnahmen beim Konto 300 abzüglich anrechenbarer Vorsteuer.

16 Es werden grundsätzlich 50 % eines etwaigen Jahresüberschusses der Rücklage zugeführt (vgl. auch Nr. 18)

17 Dargestellt ist in der Spalte 4 der aus Vorjahren (kumuliertes Ergebnis) abzudeckende Verlust.

18 Ab dem Geschäftsjahr 2001 werden grundsätzlich 50 % eines etwaigen Jahresüberschusses an den Haushalt abgeliefert und beim Titel XXXX.121.57 im jeweiligen Folgejahr im Haushalt vereinnahmt.

19 Bis einschließlich der Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2000 wurden grundsätzlich 90 % eines Jahresüberschusses an Auftraggeber rückvergütet.

20 Dargestellt ist in der Spalte 4 der Verlustvortrag auf das Jahr 2002.

Es wird davon ausgegangen, dass der Verlustvortrag mittelfristig abgebaut werden kann.

Kennzahlen:

		2003	2002	2001
1.	Anzahl der im Jahresdurchschnitt besetzten Stellen:	5,5	6,5	7,5
2.	Kostendeckungsgrad (in %) :	100	100	48
3.	Jahres-Honorar pro Mitarbeiter/-in (- in Tsd. EUR -)	117,3	110,8	43,1
4.	Projektfaktor in %:	--------	--------	51,4

zu 1. Für die Jahre „laufendes Haushaltsjahr“ und „Planjahr“ werden die voraussichtlich im Jahresdurchschnitt besetzten Stellen dargestellt.

zu 2. Berechnungsformel: Gesamterträge (incl. Veränderungen der offenen Sollstellungen) / Gesamtaufwendungen x 100 = Kostendeckungsgrad in %

zu 3. Bei der Berechnung des „Jahres-Honorars pro Mitarbeiter/-in“ werden die (ggf. voraussichtlichen) Stellenbesetzungen berücksichtigt, soweit diese aufgrund der geforderten Qualifikation unmittelbar der Leistungserstellung dienen. Hierzu gehören Stellen für Architekten und Ingenieure, Techniker, Technische Zeichner. Außerdem sind die Stellen für Leitungskräfte zu berücksichtigen. Stellen für Verwaltungskräfte bleiben dagegen unberücksichtigt.

zu 4. Summe Projektzeiten / Gesamtarbeitszeit x 100 = Projektfaktor in %

Einzelplan WI Wirtschaftspläne
Kapitel 2005 Staatl. Hochbau Justizbehörde

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 13	1,00			1,00	
A 11	1,00			1,00	
Summe:	2,00			2,00	

A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	1,00			1,00	
II a hD	1,00			1,00	
III	2,00			2,00	
IV a	1,00			1,00	
IV b	1,00			1,00	
VI b	1,00			1,00	
Summe:	7,00			7,00	
Summe (ohne *) insgesamt	**9,00**			**9,00**	

Einzelplan WI Wirtschaftspläne
Kapitel 2005 Staatl. Hochbau Justizbehörde

II. E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 11			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 11		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Summe (ohne *) insgesamt									
0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

HAUSHALTSPLAN DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
für das Haushaltsjahr 2003

Wirtschaftsplan
Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand
(§ 26 Abs. 1 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan durch Minderausgaben bei Investitionen bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft, wenn im laufenden Wirtschaftsjahr auf die Durchführung einer Investitionsmaßnahme mit Gesamtkosten von über 500 Tsd. EUR verzichtet werden soll**.**

2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250 Tsd. EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.

3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250 Tsd. EUR übersteigen.

4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.

5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Erfolgsplan:

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003/04	Ansatz 2002/03	Ergebnis 2000/2001	Erläuterung Nr.
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
Erträge				
1. Umsatzerlöse				
300 Erträge aus der Bodennutzung	4	4	36,29	
340 Erträge aus der Viehhaltung	385	372	451,16	1
Summe 1.	389	376	487,45	
2. Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen				
390 Mehrbestände	0	0	4,45	
591 Minderbestände	0	0	-56,58	
Summe 2.	0	0	-52,13	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen				
Summe 3.	0	0	0	
4. Sonstige betriebliche Erträge				
260 Betriebsfremde Haus- und Grundstückserträge	0	0	0	
380 Sonstige Betriebserträge	20	20	21,06	
Summe 4.	20	20	21,06	
5. Zinserträge und ähnliche Erträge				
270 Zinserträge	4	4	8,91	
Summe 5.	4	4	8,91	
6. Außerordentliche Erträge				
158 Gewährl. d. Versorgungszusagen d. d. FHH				
280 Betriebliche außerordentliche Erträge	2	2	3,44	
250 Betriebsfr. u. außerordentliche Erträge				
Summe 6.	2	2	3,44	
Gesamterträge	**415**	**402**	**468,73**	

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003/04	Ansatz 2002/03	Ergebnis 2000/2001	Erläuterung Nr.
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
Aufwendungen				
1. Materialaufwendungen				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren				
500 Saatgut, Sämereien	2	2	6,39	
502 Düngemittel	9	9	9,17	
520 Futtermittel	68	66	79,22	1
525 Viehzukauf	46	46	1,55	3
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen				
503 Allgemeine Kosten der Feldwirtschaft	5	5	4,99	
507 Lohnmaschineneinsatz	18	18	33,72	
529 Allgemeine Kosten der Viehhaltung	17	15	19,30	
Summe 1.	165	161	154,34	
2. Personalaufwendungen				
2.1 Gehälter und Löhne				
... Beamtenbezüge				
401 Angestelltenvergütungen	86	84	120,86	4
402 Arbeiterlöhne	0	0	0	
403 Gefangenen-, Insassenlöhne	15	15	8,79	
442 Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung u. zu Gemeinschaftsveranstaltungen	1	1	1,48	
Summe 2.1	102	100	131,13	
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
401 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angest.	17	16	24,85	1 + 4
... Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter				
... Versorgungsaufwendungen - Beamte				
411 Versorgungsaufwendungen - Angestellte	4	3	4,01	4
413 Pensionsrückstellung rückwirkend	0	0	2,05	
413 Pensionsrückstellung (Zuführung)	2	4	4,22	
440 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen				
... Beiträge zur Landesunfallkasse	0	0	0	
Summe 2.2	23	23	35,13	
Summe 2.	125	123	166,26	

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003/04	Ansatz 2002/03	Ergebnis 2000/2001	Erläuterung Nr.
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen				
590 Abschreibungen	58	56	93,06	1
Summe 3.	58	56	93,06	
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
4.1 Personalbedingte Aufwendungen				
562 Dienstreisen	2	2	0,75	
Summe 4.1	2	2	0,75	
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung				
506 Großpachten	12	6	5,92	1
530 Energie, Brennstoffe u. dgl.	11	11	15,70	
540 Instandhaltungen	20	18	24,49	5
Summe 4.2	43	35	46,11	
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb				
550 Versicherungen	5	5	7,35	
560 Geschäftsbedürfnisse	2	2	1,12	
561 Post- u. Fernmeldegebühren	2	2	1,05	
563 Allgemeine Betriebskosten	2	2	1,64	
580 Verwaltungskostenerstattung	4	4	5,84	
Summe 4.3	15	15	17,00	
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen				
230 Betriebliche außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	
240 Betriebliche periodenfremde Aufwendungen	0	0	0	
Summe 4.4	0	0	0	
Summe 4.	60	52	63,86	
5. Zins- u. ähnliche Aufwendungen				
... Zinsaufwendungen	0	0	0	
Summe 5.	0	0	0	
6. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	8,18	6
Summe 6.	0	0	8,18	

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003/04	Ansatz 2002/03	Ergebnis 2000/2001	Erläuterung Nr.
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	
Summe 7.	0	0	0	
8. Sonstige Steuern				
550 Grundsteuer	2	2	2,60	
Summe 8.	2	2	2,60	
Gesamtaufwendungen	**410**	**394**	**488,30**	
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**5**	**8**	**-19,57**	7

Finanzierungsplan:

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003/04	Ansatz 2002/03	Ergebnis 2000/2001	Erläuterung Nr.
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	
B. FINANZIERUNGSPLAN				
I. Finanzbedarf				
1. Investitionen				
001 Bebaute Grundstücke				
... Gebäude	0	0	7,10	
010 Maschinen und Anlagen	60	59	18,01	8
020 Fahrzeuge				
039 Geringwertige Wirtschaftsgüter	3	5		
Summe 1.	63	64	25,11	
2. Sonstiger Finanzbedarf				
050 Genossenschaftsanteile	0	0	1,46	
182 Ablieferung an den Haushalt	0	0		
072 Noch verfügbare Deckungsmittel	0	0	46,92	
989 Jahresfehlbetrag	0	0	19,57	7
Summe 2.	0	0	67,95	
Gesamtsumme Finanzbedarf	63	64	93,06	
II. Deckungsmittel				
989 Jahresüberschuss	5	8	0	7
590 Abschreibungen	58	56	93,06	1
072 Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	0	0	0	
Summe Deckungsmittel	63	64	93,06	

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2003/2004
Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand

Erläuterungen:

Der nach § 26 LHO eingerichtete landwirtschaftliche Betrieb der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand bewirtschaftet die landwirtschaftlichen Flächen der früheren Elbinsel. Er wird auf den nicht von den Gebäuden und dem Freigelände der Anstalt unmittelbar belegten Flächen betrieben, liegt aber innerhalb des Sicherheitsbereiches und dient somit zum einen der Abschirmung nach außen. Sein weiterer und eigentlicher Zweck liegt in der Bereitstellung von Arbeitsplätzen für die Insassen der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt. Der Landwirtschaftsbetrieb verfügt über 12 Arbeits- und 3 Ausbildungsplätze für Gefangene. Die Anstalt ist bestrebt, mittelfristig alle Arbeitsplätze zu besetzen.

Aufgrund des Wegfalls eines Großteils der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Hahnöfersand (Ausgleichsmaßnahme für den ”Airbus A 380”) muss der Betrieb umstrukturiert werden. Es ist vorgesehen, schwerpunktmäßig auf ”Milchproduktion” umzustellen.

Größe des landwirtschaftlichen Betriebes	82,5 ha
davon landwirtschaftliche Nutzfläche	81,0 ha

Erläuterungen des Erfolgs- und Finanzierungsplanes

1.) Anpassung an den zukünftigen Produktionsumfang
2.) In Anpassung an das Ergebnis
3.) Vermehrte Viehzukäufe durch Ausgliederung der Jungviehaufzucht
4.) Tarifveränderungen wurden, soweit diese bekannt sind, berücksichtigt
5.) Die Kosten für die Instandhaltung der Gebäude und insbesondere der Maschinen sind nicht vorhersehbar
6.) Zusätzlicher Aufwand für Gefangenenbeaufsichtigung im Ergebnis 2000/2001
7.) Der Fehlbetrag im Ergebnis 2000/2001 resultiert im Wesentlichen aus Aufwendungen für die Beaufsichtigung von Gefangenenarbeitskräften, da die Jugendvollzugsanstalt Hahnöfersand kein Aufsichtspersonal zur Verfügung gestellt hatte (vgl. Nr. 6)
8.) Geplant ist die Anschaffung von Spaltenschiebern (20 Tsd. EUR) und Emissionsschutzeinrichtung für den Güllebehälter (28 Tsd. EUR) darüber hinaus ist die Sanierung der Wasserversorgung (6 Tsd. EUR) sowie die Überholung der Tankanlage (6 Tsd. EUR) erforderlich.

Ausweisung der noch zur Verfügung stehenden Deckungsmittel
Stand per 30.06.2001: **203.815,05 EUR**

Der Landesbetrieb plant folgende Maßnahmen:		EUR
I.	Erweiterung und Verbesserung der Siloanlage	15.400
II.	Modernisierung des Färsenstalls	15.300
III.	Anschaffung eines PKW mit Anhänger	15.400
IV.	Anschaffung einer umweltgerechten Ausbringungstechnik für wirtschaftseigenen Dünger	9.700
V.	Anbau Boxenlaufstall	27.600
VI.	Modernisierung der Grünlandtechnik	15.000
VII.	Kauf von Milchquoten	42.600
VIII.	Ersatzbeschaffung Schlepper und Stoppelgrubber	69.000

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kapitel 2304 Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand

I. S t e l l e n b e s t a n d

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
III	1,00			1,00	
V c	1,00			1,00	
VIII	1,00			1,00	
Summe:	3,00			3,00	
Summe (ohne *) insgesamt	**3,00**			**3,00**	

Einzelplan	**LAN**	**Landesbetriebe**
Kapitel	**2304**	**Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand**

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Übersicht über die in den Deckungskreisen 10, 11, 12 und 14 veranschlagten Mittel
Deckungskreis 10 / Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen – ohne Strafvollzug –

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003		2002		2001		2001		2001
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
2110	**Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften**									
412.01	Entschädigung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter	665	0	665	0	639	0	665	0	26
511.01	Zustellkosten Mahnverfahren	5.800	0	5.800	0	5.748	191	5.880	0	132
526.01	Auslagen in Rechtssachen	29.874	0	30.874	0	30.107	291	30.268	0	161
526.02	Kosten für Unterbringungen	600	0	600	0	1.007	0	716	0	-291
526.03	Kosten in Betreuungsangelegenheiten	13.000	0	13.000	0	11.155	0	7.311	0	-3.844
526.04	Kosten für Insolvenzverfahren	409	0	409	0	224	0	409	0	185
547.01	Verzinsung hinterlegter Gelder	100	0	100	0	69	0	112	0	43
681.01	Entschädigung an Beschuldigte in Strafsachen, Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	1.114	0	1.114	0	916	0	1.114	0	198
2120	**Verwaltungsgerichte**									
412.01	Entschädigung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter	26	0	26	0	14	0	26	0	12
526.01	Auslagen in Rechtssachen	261	0	261	0	245	0	276	0	31
681.01	Erstattung an Beschuldigte in Disziplinar- und Berufsgerichtsverfahren	5	0	5	0	2	0	5	0	3
2150	**Finanzgericht**									
412.01	Entschädigung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter	5	0	5	0	4	0	5	0	1
526.01	Auslagen in Rechtssachen	20	0	20	0	21	0	33	0	12
2160	**Arbeitsgerichte**									
412.01	Entschädigung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter	97	0	97	0	90	0	102	0	12
526.01	Auslagen in Rechtssachen	1.150	0	1.150	0	1.086	0	1.023	0	-63
2170	**Sozialgerichte**									
412.01	Entschädigung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter	82	0	82	0	74	0	82	0	8
526.01	Auslagen in Rechtssachen	2.199	0	2.199	0	1.859	153	2.199	0	340
Summe	**Deckungskreis 10**	**55.407**	**0**	**56.407**	**0**	**53.260**	**635**	**50.226**	**0**	**-3.034**

Deckungskreis 11 / Sachaufwand Informations- und Kommunikationstechnik

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Ansatz Tsd. EUR	2003 VE Tsd. EUR	2002 Ansatz Tsd. EUR	2002 VE Tsd. EUR	2001 Ergebnis Tsd. EUR	2001 Rest Tsd. EUR	2001 Ansatz Tsd. EUR	2001 VE Tsd. EUR	2001 Abweichung Tsd. EUR
2000	**Justizverwaltung**									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	344	0	465	0	312	7	380	0	68
2050	**Hmb. Datenschutzbeauftragter**									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	4	0	7	0	3	0	5	0	2
2110	**Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften**									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	1.903	0	1.567	0	1.566	67	1.556	0	-10
2120	**Verwaltungsgerichte**									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	129	0	129	0	98	5	129	0	31
2150	**Finanzgericht**									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	48	0	48	0	47	0	48	0	1
2160	**Arbeitsgerichte**									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	84	0	29	0	42	10	28	0	-14
2170	**Sozialgerichte**									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	84	0	40	0	28	0	35	0	7
2300	**Justizvollzug**									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	264	0	192	0	194	0	192	0	-2
Summe	**Deckungskreis 11**	**2.860**	**0**	**2.477**	**0**	**2.290**	**89**	**2.373**	**0**	**83**

Deckungskreis 12 / Bauunterhaltung

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Ansatz Tsd. EUR	2003 VE Tsd. EUR	2002 Ansatz Tsd. EUR	2002 VE Tsd. EUR	2001 Ergebnis Tsd. EUR	2001 Rest Tsd. EUR	2001 Ansatz Tsd. EUR	2001 VE Tsd. EUR	2001 Abweichung Tsd. EUR
2000	**Justizverwaltung**									
519.01	Bauunterhaltung	54	0	54	0	89	4	54	0	-35
2050	**Hmb. Datenschutzbeauftragter**									
519.01	Bauunterhaltung	6	0	6	0	2	21	6	0	4
2110	**Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften**									
519.01	Bauunterhaltung	374	0	460	0	445	338	460	0	15
2120	**Verwaltungsgerichte**									
519.01	Bauunterhaltung	38	0	38	0	5	65	38	0	33
2150	**Finanzgericht**									
519.01	Bauunterhaltung	9	0	9	0	0	13	9	0	9
2160	**Arbeitsgerichte**									
519.01	Bauunterhaltung	40	0	40	0	26	0	26 [1]	0	0
2170	**Sozialgerichte**									
519.01	Bauunterhaltung	41	0	41	0	16	5	24 [2]	0	8
2300	**Justizvollzug**									
519.01	Bauunterhaltung	1.894	0	1.894	0	1.840	600	1.894	0	54
Summe	**Deckungskreis 12**	**2.456**	**0**	**2.542**	**0**	**2.423**	**1.046**	**2.511**	**0**	**88**

[1] vor der Verlagerung zur Justizbehörde veranschlagt bei 4240.546.66
[2] vor der Verlagerung zur Justizbehörde veranschlagt bei 4250.519.61

Deckungskreis 14 / Hochbauinvestitionen

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003		2002		2001		2001		2001
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR	Rest Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Abweichung Tsd. EUR
2000	**Justizverwaltung**									
710.01	Instandstandsetzung, Modernisierung Allgemeine Verwaltung, Justizamt									
	weggefallener Ansatz	0	0	0	0	316	1.994	0	0	-316
710.02	Grundinstandsetzung, Umbau Lager- und Versteigerungshaus									
	weggefallener Ansatz	0	0	1.248	0	3.174	1.484	2.365	1.248	-809
881.01	Investitionskostenanteil für den ISGH	0	0	0	0	282	0	0	0	-282
2110	**Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften**									
701.01	Kleine Investitionen	538	785	858	500	178	537	715	256	537
710.01	Instandsetzung, Modernisierung Gerichte und Staatsanwaltschaften									
	weggefallener Ansatz	0	0	0	0	1.541	3.669	1.337	0	-204
2300	**Justizvollzug**									
710.01	Modernisierung, Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten	3.708	7.547	6.408	6.647	10.405	0	6.647	6.647	-3.758
710.02	Neubau der Justizvollzugsanstalt XII	13.580	32.800	19.786	3.580	10.018	10.533	20.963	2.761	10.945
812.02	Beschaffung von Einrichtungsgegen-ständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen	0	0	0	0	112	56	0	0	-112
Summe	**Deckungskreis 14**	**17.826**	**41.132**	**28.300**	**10.727**	**26.026**	**18.273**	**32.027**	**10.912**	**6.001**

Anlage 4

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003		2002		2001	
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR	Rest Tsd. EUR
2000	**Justizverwaltung**						
534.69	Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen	49	0	49	0	92	46
2300	**Justizvollzug**						
526.69	Kosten für Gutachten	20	0	20	0	3	0